Die polnische Frage und das österreichisch-deutsche Bündnis 1885 bis 1887

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

einer

hohen Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Johannes Behrendt
Studienassessor
am Deutschen Gymnasium zu Posen

1 9 2 7

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8

Marburg 1927

Referent: Prof. Dr. R. Häpke-Marburg
Tag der Annahme: 12. Januar 1926
Rigorosum: 16. Januar 1926

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort: Quellenangabe 5

Schlüssel für die Quellenangaben 7

Literaturverzeichnis 9

Einleitung: Die Bedeutung der polnischen Frage in der allgemeinen Politik 11

I. Teil: Die Stellung Österreich-Ungarns in Bismarcks Bündnissystem 15
Die politische Lage 1885.

II. Teil: Die polnische Frage 1885/86 22
1. Die Lage des Polentums 1885 und die Bedeutung der polnischen Frage innerhalb des Zweibunds und des Drei-Kaiser-Bündnisses.
2. Die Ausweisungen.
3. Kirchenpolitik und polnische Frage.
4. Die Ansiedlungspolitik Bismarcks.
5. Die Stimmung im polnischen Lager.
6. Die Maßnahmen der Polen gegen Bismarcks Ansiedlungspolitik.

III. Teil: Das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn 1886/87 58
1. Orientalische Krisis und russisch-französische Kriegsgefahr.
2. Die Preßfehde von 1887.

IV. Teil: Die Haltung der Polen 1887 75

V. Teil: Zusammenfassung und Ausblick 78

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554424_0139

Vorwort

Quellenangabe

Die folgende Darstellung fußt auf unveröffentlichten Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und des Archivs des Innern und der Justiz zu Wien; als Ergänzung wurden unveröffentlichte Akten des Politischen Archivs beim Auswärtigen Amt in Berlin und des Reichsarchivs in Potsdam herangezogen.

Bei der Archivarbeit ging ich von der Erwägung aus, daß die schärfere Polenpolitik Bismarcks seit 1885 im diplomatischen Schriftverkehr der österreichisch-ungarischen Botschaften in Berlin und Petersburg und des österreichisch-ungarischen Generalkonsulats in Warschau ihren Niederschlag gefunden haben müsse. Die Kritik, welche die Polenpolitik Bismarcks von verbündeter Seite erfuhr, mußte in doppelter Hinsicht von Interesse sein; sie mußte erstens geeignet erscheinen, die polnische Frage als inneres Problem der beteiligten Staaten in neues Licht zu rücken, sie mußte zweitens Schlüsse zulassen auf das Verhältnis der Bundesmächte in außenpolitischer Beziehung.

Bei der Durchsicht der genannten Akten des Haus-, Hof und Staatsarchivs in Wien ergab sich von vornherein die Notwendigkeit, außer dem diplomatischen Schriftverkehr auch die Akten des Informationsbüros beim Ministerium des Äußeren heranzuziehen.

Die polnische Frage war nie eine nur äußere oder nur innere Frage. Bei der engen Verbindung, die zwischen dem Polentum der drei Teilgebiete stets bestanden hat, waren für mich befriedigende Ergebnisse nur zu erreichen, wenn das Verhalten der galizischen und russischen Polen und der polnischen Emigration in den betreffenden Jahren mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen wurde.

So war es erforderlich, auch die Akten der Präsidialregistratur des österreichischen Innenministeriums und der Präsidialkanzlei des österreichischen Ministerrats im Archiv des Inneren und der Justiz einzusehen. Es kamen hier hauptsächlich die Protokolle des österreichischen Ministerrats, die Berichte des k. u. k. Statthalters in Lemberg und die Notizen der Polizeidirektion in Wien in Frage.

Die Akten des galizischen Landsmann-Ministeriums, die gerade für unseren Fall gute Ausbeute versprachen, konnten leider nicht benutzt

werden; denn der Umsturz von 1918 hat es mit sich gebracht, daß manches wichtige Aktenmaterial der Wiener Archive in den Besitz der Nachfolgestaaten übergegangen ist.

Es kam hinzu, daß die Aktenbestände beim Archiv des Innern und der Justiz zum Teil in Neuordnung begriffen waren.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß der Ursprung letzter Entscheidungen, gerade in der so heiklen polnischen Frage, aus den Akten oft nicht zu ersehen ist. Es mag als Erklärung hierfür dienen, daß in dem künstlichen Gebilde des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates mehr als in anderen Staaten die Gefahr, sich zu kompromittieren, den leitenden Staatsmännern stets vor Augen stand. Daher war es oft üblich, die letzten Entscheidungen, unter Umgehung des komplizierten Geschäftsverkehrs der Behörden, auf Grund privater Aussprache und privater Schreiben herbeizuführen. Das gilt besonders für die Akten des Innenministeriums.

War mit der Zusammenstellung des auf verschiedene Archive verteilten Materials schon manche Schwierigkeit gegeben, entsprachen die Akten bei der Einsichtnahme nicht immer den Erwartungen, so war des weiteren auch zu berücksichtigen, daß man in den Teiluntersuchungen, für die sich naturgemäß in den Archiven eine Fülle neu zu erschließenden Stoffes bot, nicht zu weit gehen durfte, um den Rahmen der vorgenommenen Arbeit nicht zu sprengen.

Zur Ergänzung des in Wien gewonnenen Materials wurden, wie angegeben, unveröffentlichte Akten des Politischen Archivs beim Auswärtigen Amt in Berlin, besonders Berichte des Generalkonsulats Warschau, benutzt; für eine Teilfrage (Mission Waldersee 1882) kamen unveröffentlichte Akten des Reichsarchivs in Potsdam in Betracht.

Bei dem schon bezeichneten doppelten Weg, auf den die polnische Frage den Betrachter wies, war es möglich, in den Archiven für einzelne Fragen der Großen Politik, soweit sie den Zweibund und das Drei-Kaiser-Bündnis betrafen, Material zu sammeln, das eine wesentliche Ergänzung der bisherigen Publikationen darstellt und neue Gesichtspunkte für die geschichtliche Betrachtung eröffnet. Die folgende Arbeit legt einen Teil des gewonnenen Stoffes vor. Die ausführliche Betrachtung einzelner Fragen, die ich hier nur streifen konnte, bleibt einer späteren Darstellung vorbehalten.

Mein besonderer Dank gebührt Herrn Universitätsprofessor Dr. Rudolf Häpke, Marburg, der die Anregung zu der Arbeit gab, auf die Benutzung der Archive hinwies, sie vermittelte und mir stets mit seinem gütigen Rat zur Seite stand.

Ferner habe ich zu danken Herrn Ministerialrat Dr. Bittner vom Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien; Herrn Archivdirektor Dr. Kalbrunner vom Archiv des Innern und der Justiz in Wien und Herrn Geh.-Leg.-Rat Dr. Meier vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin.

Sie alle haben mich bei meiner Archivarbeit in weitgehendem Maße unterstützt.

Schlüssel für die Quellenangaben

I. Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien:
   St. A. = Politische Akten des Statsarchivs.
   I. B. = Informationsbüro des Ministeriums des Äußeren.
   Kab. Arch. Geh. = Kabinettsarchiv. Geheimakten.
   R. M. R. = Gemeinsame Ministerkonferenz. (Protokoll.)

II. Akten des Archivs des Innern und der Justiz in Wien:
   M. I. = Präsidialregistratur des österreichischen Innenministeriums.
   M. P. = Präsidialkanzlei des österreichischen Ministerrats
   M. R. = Österreichischer Ministerrat. (Protokoll.)

III. Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Berlin = Pol. Arch.

IV. Akten des Reichsarchivs in Potsdam = R. Arch.

V. Akten aus der amtlichen Aktenpublikation des Auswärtigen Amts in Berlin (Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914) = Gr. Pol.

Literaturverzeichnis

der mehrfach zitierten Werke und Abhandlungen

Andrássy, Julius Graf: Bismarck und Andrássy. Budapest u. Leipzig 1924. (Zit. als: Andrássy.)

Becker, O.: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. 1. Bd.: Bismarcks Bündnispolitik, Berlin 1923. (Becker.)

Bernhard, Ludwig: Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen. 3. neubearbeitete Aufl. München u. Leipzig 1920. (Bernhard.)

Bettelheim: Biographisches Jahrbuch, Bd. 3. (Bettelheim.)

Bismarck, O. v.: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1 u. 2. 1898.

— — Reden. Ausg. Horst Kohl. 2. Aufl. 1903. (Reden.)

Corti, E. C.: Alexander v. Battenberg, sein Kampf gegen den Zaren und Bismarck. Wien 1920. (Corti.)

Crispi, Francesco: Memoiren. Deutsch von Wichmann. Berlin 1912. (Crispi.)

Cyon, Elie de: Histoire de l' entente Franco-Russe 1886—1894. Paris 1895. (Cyon.)

Delbrück, Hans: Das Staatsarchiv, gegründet von Aegidi und Kleinhold. Bd. 48. (Delbrück, Staatsarchiv.)

Deutscher Geschichtskalender (Wippermann) 1885, 1886, 1887. Leipzig, Verlag Grunow. (Dt. Gesch. Kal.)

Feldman, W.: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen. München u. Berlin 1917. (Feldman.)

Fischel, A.: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart 1919. (Fischel.)

Heller, E.: Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik. Berlin 1925. (Heller.)

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst zu: Erinnerungen. Stuttgart 1908. (Hohenlohe.)

Hötzsch, O.: Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark. In: „Die deutsche Ostmark"; herausgg. vom Ostmarkenverein. (Hötzsch.)

Laubert, M.: Die preußische Polenpolitik 1772—1914. Breslau 1923. (Laubert.)

— — Nationalität und Volkswille im deutschen Osten. Breslau 1925.

Lepsius, Johannes: Bismarck als Pacifist. Südd. Monatshefte 1922. Juni bis November. (Lepsius.)

Lucius, Frhr. v. Ballhausen: Bismarckerinnerungen. Stuttgart 1920. (Lucius.)
Meisner, H. O.: Bismarcks Bündnispolitik 1871—90, in: Preuß. Jahrb. 190. Bd. Berlin 1922. (Meisner.)
Platzhoff, W.: Bismarcks Bündnispolitik. Bonn u. Leipzig 1920. (Platzhoff.)
Plehn, H.: Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung. München 1920. (Plehn.)
Přibram, A. F.: Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. 1. Bd. Wien 1920. (Přibram.)
Protokolle, stenographische des österreichischen Reichsrats. 8. Session, 12. Bd. (Stenogr. Prot.)
Rachfahl, F.: Deutschland und die Weltpolitik. Bd. 1: Die Ära Bismarck. Stuttgart 23. (Rachfahl.)
Schulthess: Europäischer Geschichtskalender für 1885—1887. (Schulthess.)
Sosnosky, Th. v.: Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, Stuttgart 1913—14. (Sosnosky.)
Trützschler v. Falkenstein, H.: Bismarck und die Kriegs-
Waldersee, Graf A.: Denkwürdigkeiten. Herausgg. v. H. O. Meisner. Stuttgart u. Berlin. 1922—23. (Waldersee.)
gefahr des Jahres 1887. Berlin 1925. (Trützschler.)
Wendt, H.: Bismarck und die polnische Frage. Historische Studien, herausgg. v. R. Fester, Bd. 9. Halle 1922. (Wendt.)
Wertheimer, E. v.: Graf Julius Andrássy. 3. Bd. Stuttgart 1913. (Wertheimer.)

Einleitung

Die Bedeutung der polnischen Frage in der allgemeinen Politik

In einem Erlaß an den Prinzen Reuß aus dem Jahre 1886[1]) bringt Bismarck den Zusammenhang zwischen dem zugleich innen- wie außenpolitischen Problem der polnischen Frage auf folgende knappe Formel: „Die polnische Frage bildet die einzige Schwierigkeit in den Konsequenzen unseres Bündnisses. Österreich wird nach seiner bisherigen Politik vielleicht nicht darauf verzichten wollen, bei einem etwaigen Krieg mit Rußland Polen zu insurgieren und eine nationale polnische Armee in Galizien zu gründen. Diese Entwicklung würde für uns um so gefährlicher werden, je kräftiger das polnische Element in Posen und Westpreußen noch ist." „In der Abschwächung des polnischen Elements bei uns" ... liegt „die Verstärkung unserer Bündnisfähigkeit mit Österreich."

Es wird bei der geschichtlichen Darstellung leicht übersehen, daß die Richtlinien für das außenpolitische Wirken des Staatsmannes in der Großen Politik nicht allein aus einer mit ihr gegebenen, ihr immanenten Gesetzmäßigkeit im Sinne eines Systems sich entwickeln. Wenn wir auch das Subjektive der historischen Persönlichkeit niemals restlos enträtseln können[2]), so werden wir uns doch bemühen müssen, den letzten Motiven ihres Handelns nahe zu kommen, soweit es die Quellen zulassen; dazu werden wir aber, in weiterem Umfange als es gewöhnlich geschieht, unser Augenmerk auch zu richten haben auf die mannigfachen Verwebungen und Verflechtungen zwischen dem Komplex der inneren und dem der äußeren Politik. Das Genie des großen Staatsmannes wird, bewußt oder unbewußt, immer auch die innerpolitischen Gegebenheiten in Rechnung stellen und das Fazit aus ihnen ziehen, ehe sein Entschluß zu außenpolitischer Wirksamkeit kommt.

---

[1]) St. A., Erlaß Nr. 75 nach Wien (Abschr.) Berlin, 1. Februar 1886.

[2]) Vgl. die feinen Bemerkungen Rachfahls, S. 307, über die Motive Bismarcks beim Abschluß des Zweibunds.

Diese Wechselwirkung gilt allgemein[3]), sie gilt, wie wir den vorangestellten Worten Bismarcks entnehmen können, im besonderen für die polnische Frage.

Im Nationalitätenproblem der Teilgebiete war für die drei Kaisermächte ein ständiger Konfliktsherd gegeben, der sich auch außenpolitisch immer bemerkbar machte. Während das volklich-polnische Problem innerhalb des Drei-Kaiser-Bündnisses für das Verhältnis Deutschlands zu Rußland als einigender Faktor zu werten war, wurde es in den Beziehungen Österreichs zu Rußland zur Ursache mancher Spannung, und es blieb zwischen Österreich und Deutschland ungeklärt, so sehr es auch auf das Verhältnis der im Zweibund eng aneinandergeschlossenen Mächte einwirkte und nach einer Lösung verlangte.

Das hat man bei der bisherigen Betrachtung der polnischen Frage viel zu wenig beachtet; man behandelte sie zu einseitig lediglich als innere Frage der beteiligten Staaten[4]).

---

[3]) Die Wechselwirkung deutet auch Heller S. 77 an: „Vielfache Fäden führten von den reichsfeindlichen Elementen in Deutschland nach auswärts und umgekehrt, und jede Stärkung der äußeren Gegner mußte eine solche der inneren Feinde nach sich ziehen, so ergab sich eine Wechselwirkung, die im Einzelfall eine völlig klärende Analyse kaum zuläßt, sicherlich aber auch in Bismarcks Maßnahmen ein unlösbares Ineinandergreifen von außen- und innenpolitischen Beweggründen bedingte."

[4]) Es erscheint mir z. B. nicht richtig, wenn Wendt, S. 55, sagt: Bismarck habe sich „mit dem innerpolitisch-polnischen Problem gleichsam nur aus der Vogelschau befassen" können.

Den innigen Zusammenhang zwischen den Vorgängen der inneren und äußeren Politik bei Bismarck betont, gerade mit Rücksicht auf die polnische Frage, das eben erschienene verdienstvolle Werk von Walther Recke, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin, 1927. In der Vorbemerkung des Werkes, das nach seiner ganzen Anlage die Jahre 1885—1887 nur flüchtig streift und in der Hauptsache ausführlich auf die Wiederaufrichtung Polens während des Weltkriegs eingeht, heißt es (S. XI):

„Es fehlte Bethmann Hollweg und seinen Beratern die Einstellung Bismarcks gegenüber der Politik. Dieses größte politische Genie der Neuzeit ist ohne die Erfahrung aus der Geschichte nicht zu denken. Vor seiner Intuition erhielt jede politisch-historische Erscheinung Leben, trat sie in Beziehung zur Gegenwart..."

...„Gerade das Beispiel Bismarcks gewährt die Erkenntnis, daß die Imponderabilien des politischen Lebens nur dem feinen Tastsinn des Politikers fühlbar werden, der sich an dem Studium der Geschichte und an ihrem Erleben ausgebildet hat."

Daher trat sie auch in den Abhandlungen über die allgemeine Politik unseres Zeitabschnittes von 1885—1887 völlig zurück gegenüber dem genialen Kunstwerk diplomatischer Verknüpfungen, das sich im europäischen Bündnissystem Bismarcks dem Forscher darbot. Man verschloß sich dabei ganz der Tatsache, daß die polnische Frage nun einmal bestand, also auch nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis der Mächte zueinander bleiben konnte.

Von solchen Erwägungen aus will ich im Folgenden versuchen, die polnische Frage und das österreichisch-deutsche Bündnis darzustellen. Die große Politik wird dabei den weiteren Rahmen abgeben, in den das Bild einzuzeichnen ist.

I. Die Stellung Österreich-Ungarns in Bismarcks Bündnissystem. Die politische Lage 1885

Es mag im dualistischen System und in der volklichen Zusammensetzung der Donaumonarchie begründet sein, daß in ihr „der Machtwille nach außen" immer mehr erkennbar war als „der Staatswille nach außen" [5]).

Graf Kálnoky, der Leiter der auswärtigen Politik am Ballhausplatz in den achtziger Jahren, verschloß sich dieser Tatsache nicht; er fand aber das dualistische System in Österreich logisch gerechtfertigt, wenn sich die Führung des Reiches wirklich auf den deutschen und den magyarischen Stamm stützte; hatten die Deutschen den stärksten nationalen Rückhalt, so hatten seiner Ansicht nach die Magyaren vom Standpunkte der Pflege und Entwicklung ihrer Nationalität das größte Interesse an der Erhaltung der Monarchie.

Diese Einstellung zur Nationalitätenfrage ist als Grundlage der Außenpolitik Kálnokys anzusehen; die Methoden der inneren Politik des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Taaffe stimmten mit ihr keineswegs überein. Taaffe war für die Niederhaltung des deutschen und die Stärkung des slawischen Elementes.

Zu diesem Gegensatz der politischen Grundeinstellung trat der Gegensatz im Temperament; Kálnoky war von „schwer-flüssigem Naturell", während Taaffe sich stets einen sorglosen Sinn bewahrte.

Man wird weiter zu berücksichtigen haben, daß Andrássy, der große Vorgänger Kálnokys, noch immer seinen eigenen außenpolitischen Standpunkt vertrat und ihn mit Hilfe der öffentlichen Meinung Ungarns oft genug gegen die Absichten Kálnokys durchzusetzen trachtete.

Beachtet man ferner, daß Kálnoky als Grundgedanken einer ersprießlichen Staatsleitung die „möglichste und allseitige Concordanz der inneren Politik mit den Prinzipien, Aufgaben und Interessen der auswärtigen" ansah, so wird man zugeben, daß der bekannte Ausspruch Kál-

---

[5]) Vgl. z. folg.: den Abschnitt über Kálnoky bei Bettelheim, III, bes. S. 370 ff., aus Kálnokys Denkschrift über die Nationalitätenfrage. Vgl. a. die Charakteristik bei Andrássy, S. 112 ff.

nokys: „Man erwartet von mir, ich solle marschieren, und man bedenkt nicht, daß bald mein rechter, bald mein linker Fuß gebunden ist“,[6]) einer gewissen Tragik nicht entbehrt, zumal Kálnoky aus anderem Holz geschnitzt war als Andrássy und sich schließlich in seinen politischen Absichten immer dem stärkeren Willen Bismarcks beugen mußte[7]).

Es wird zweckmäßig sein, daß wir uns die eben berührten Verhältnisse stets gegenwärtig halten, wenn wir das österreichisch-deutsche Bündnis betrachten und dabei der Politik Kálnokys gerecht werden wollen[8]).

Die europäische Politik der achtziger Jahre wird beherrscht durch das überragende Genie Bismarcks[9]); es befähigte ihn, sich zum allgemein anerkannten „Schiedsrichter“ Europas aufzuschwingen[10]).

Mit dieser Wertschätzung verband sich aber die Furcht vor dem, was Bismarcks Gegner das Ränkespiel des großen Staatsmannes nannten, dem auch wissenschaftliche Betrachtung den Vorwurf des „Macchiavellismus“ nicht erspart hat[11]).

Daß Bismarck dieser Kritik gerade von seiten Rußlands ausgesetzt war, ergab sich in der Hauptsache aus dem Bundesverhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn[12]). Der Zweibund bildete seit dem 7. Oktober 1879 den unverrückbaren Grundstein des Bismarckschen Bündnissystems[13]), und wir werden im folgenden sehen, wie er

---

[6]) Sosnosky, Balkanpolitik, 2. Bd., S. 82.

[7]) Andrásssy kennzeichnet S. 114 die Politik Kálnokys sehr treffend: „Die offizielle Politik bewegt sich auf dem Mittelweg zwischen der Politik Bismarcks und Andrássys, sie besteht in einem geschickten Lavieren zwischen beiden“.

[8]) Es sei, gerade hinsichtlich der Stellung Kálnokys zum dualistischen System der Donaumonarchie und zur Nationalitätenfrage, hier auch hingewiesen auf die allgemeine Darstellung des Dualismus unter besonderer Betonung des preußisch-magyarischen Zusammenhalts bei: W. Schüssler, Österreich und das deutsche Schicksal, Leipzig 1925, bes. S. 27 ff. u. S. 89 ff.

[9]) Vgl. das Gespräch Herbert Bismarcks mit dem Großfürsten Wladimir am 26. April 1888. Gr. Pol. VI, 1338.

[10]) Vgl.: Lucius, S. 270. Platzhoff, S. 12.

[11]) Gegen diesen Vorwurf wendet sich z. B. Becker, S. 104 und 105.

[12]) Große Pol. VI, 1338: „Le point noir dans nos rélations c'est Votre arrangement avec l'Autriche.“

[13]) Rachfahl sieht S. 306 das Bündnis von 1879 ganz richtig im universalgeschichtlichen Zusammenhang als „Ende der russisch-deutschen Freundschaft“ an. Vgl.: Andrássy, S. 36. Auf die Kausallinie von 1879—1914 weist neben Andrássy auch Meisner, S. 276/77, hin. Man muß sich aber hüten, das Bündnis vom Standpunkt Bismarcks aus als unbedingte Option gegen Rußland aufzufassen. In einem Mémoire vom 1. Jänner 1888 (St. A. XXIII Geh. S. 474) sucht Kálnoky sich über die Motive der dauernden Feindschaft Rußlands gegenüber

allen Erschütterungen, die sich aus der innen- wie außenpolitischen Lage der Jahre 1885—1887 ergaben, standhielt.

Der Wille Bismarcks, den europäischen Frieden um jeden Preis zu erhalten, mußte mit Notwendigkeit dazu führen, daß er einerseits für die Interessen Österreich-Ungarns offen eintrat, daß er andererseits bemüht war, die Interessen Rußlands nicht zu schädigen. Dabei setzte sich Bismarck der Gefahr aus, unter Umständen einen offenen Bruch mit Rußland zu erleben und auf österreichischer Seite zum mindesten manche tiefe Enttäuschung zu erwecken [14]).

Bismarck hatte es als staatsmännisches Genie gewiß nicht nötig, seine politische Handlungsweise zu rechtfertigen, es steht jedoch gerade nach den neuen Aktenpublikationen fest, daß Bismarcks Taten immer jenen Worten auf dem Berliner Kongreß entsprochen haben, die Graf Herbert in dem oben zitierten Gespräch dem Großfürsten Wladimir ins Gedächtnis zurückruft [15]): „Après tout la politique honnête est encore la meilleure."

Wenn freilich Lepsius [16]) so weit geht, daß er uns Bismarck als „Pazifisten" vorführt, so gibt er selbst zu, daß diese Bezeichnung gerade nicht glücklich gewählt ist; Bismarcksche Art war es nicht, utopistischen Träumereien nachzuhängen, sein Grundsatz war vielmehr: „sich mit dem Erreichbaren zu begnügen, sobald man über die Nützlichkeit einer Sache nicht mehr im Zweifel sei" [17]). Man kann in der politischen Haltung Bismarcks vor und nach 1870 wohl eine scheinbare, aber niemals eine grundsätzliche Inkonsequenz deshalb finden, weil er, der eben erst mit „kühnem Hieb den gordischen Knoten der Koalitionen" zerstört hatte [18]), vom „cauchemar des coalitions" [19]) beunruhigt, nun selbst Koalitionen schuf, um den Koalitionen seiner Gegner vorzubeugen [20]).

Durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn von 1879 war die dauernde Grundrichtung dieser Koalitionen festgelegt [21]).

Deutschland, bezw. Österreich klar zu werden. Er kommt nach mancherlei Erwägungen zu dem Schluß: „Es sind also 1. die überwiegende Machtstellung Deutschlands und 2. das österreichisch-deutsche Bündnis die Hauptursachen der feindseligen Absichten, welche Rußland gegenüber den beiden Kaisermächten hegt."

[14]) Becker, S. 104/5.

[15]) Gr. Pol. VI, 1338, S. 296.

[16]) Vgl. Lepsius, S. 79 ff. Gegen Lepsius wendet sich auch Becker, besonders S. 60/1.

[17]) Gr. Pol. IV, Nr. 833, S. 201.

[18]) Andrássy, S. 8.

[19]) Ged. u. Erinn. II, S. 224.

[20]) Platzhoff, S. 4.

[21]) Vgl. Gr. Pol. III, 583, S. 263: „Den festen Punkt jeder derartigen Kristallisation würde immer unser dauerndes Bündnis zu Zweien bilden."

Bismarck war der Ansicht, daß Deutschland bei einem Bündnis den stärkeren Teil bilden müsse, um Herr seiner Geschicke zu bleiben; und in dieser Richtung bot der Zweibund mit Österreich-Ungarn eine sichere Garantie [22]), Bismarck verlor aber dabei niemals aus dem Auge, daß dieser Zweibund, so sehr er auch als Grundrichtung anzusehen war, nur eine vorläufige Schöpfung darstellte, die durch Heranziehung einer dritten Macht zu erweitern war. Ob diese „dritte Macht" England oder Rußland sein werde, schien eine Zeitlang ungewiß, wenn auch anzunehmen ist, daß dem Fürsten von vornherein ein Ausbau des Zweibundes zum Drei-Kaiser-Bündnis unter Heranziehung Rußlands vorgeschwebt hat [23]).

Hier scheiden sich die Wege in der politischen Einstellung Bismarcks und Andrássys. Während für Andrássy der Zweibund ein Endziel war, der Zweibund mit defensiver Spitze gegen Rußland, mußte für Bismarck, aus dem Gesichtspunkt einer Sicherung Deutschlands gegen Frankreich, das Drei-Kaiser-Bündnis anzustreben sein [24]).

Der natürliche Hauptgegner Deutschlands war in Frankreich zu suchen [25]), während er für Österreich im Osten drohte. Deutschland mußte der Gefahr eines Zweifrontenkrieges, der durch ein französisch-russisches Bündnis eintreten konnte, auf alle Fälle vorbeugen.

Die Gefahr einer Isolierung für das junge Deutsche Reich wurde noch verschärft, wenn Österreich sich mit Rußland verbündete [26]); Bismarcks politischem Scharfblick entging es ferner nicht, daß Österreich im Laufe der Entwicklung in Frankreichs Arme getrieben werden könnte.

Es kam alles darauf an, eine österreichisch-russische wie eine österreichisch-französische „Intimität" zu unterbinden, die bedrohliche „Triple-Allianz aus dem Siebenjährigen Kriege" war zu verhindern [27]).

Der Zweibund bildete also für Bismarck stets die „Assekuranz, die nicht nur unseren Frieden mit Rußland, sondern auch den mit Frankreich befestigt, und der gefährlichen Koalition gegen uns, der von Frankreich, Rußland und Österreich, jeden Boden entzieht" [28]).

Zwar war sich Bismarck bei seinem Bündnis mit Österreich-Ungarn völlig klar darüber, daß es nicht die Aufgabe des Deutschen Reiches war, den vielfach in andere Richtung gehenden Wünschen der Donau-Monarchie in allem zu folgen, aber er blieb sich andererseits stets dessen

---

[22]) Platzhoff, S. 7.

[23]) Vgl.: Meisner, S. 269; Becker, S. 32 ff.; vgl. a.: Gr. Pol. IV, S. 3 ff. die Anm. und Heller, S. 64/65.

[24]) Andrássy, S. 46. Andrássy sprach vom „wieder aufgewärmten Drei-Kaiser-Bündnis". Wertheimer III, S. 297.

[25]) Gr. Pol. III, 505, S. 122.

[26]) St. A., Memorandum Kálnokys, Juli 1889.

[27]) Gr. Pol. III, 455.

[28]) Gr. Pol. III, 461.

bewußt, daß ein unabhängiges Österreich-Ungarn für das Gleichgewicht Europas notwendig sei [29]).

Die Brennpunkte für die Entwicklung europäischer Komplikationen lagen im Westen und im Südosten [30]).

Frankreich war durch Isolierung unschädlich zu machen, im Südosten dachte Bismarck zunächst an eine Lösung durch radikale Änderung des Status quo [31]), später wurde ihm die Erhaltung der Türkei wichtig, und er suchte jetzt jede Veränderung des Status quo auf dem Balkan nach Möglichkeit zu verhindern.

Zu dieser Stellung des „Schiedsrichters zwischen seinen Alliierten" [32]) kam Bismarck im Drei-Kaiser-Bündnis, er bildete jetzt das „Zünglein an der Wage". War er im Zweibund durchaus den Wünschen Andrássys und den Interessen Österreichs auf dem Balkan entgegengekommen, so brachte er durch das Drei-Kaiser-Bündnis Österreich-Ungarn in den Fragen des anstoßenden Orients in gewissem Sinne um das Selbstbestimmungsrecht, und Österreich begab sich damit „ohne Not in eine falsche Stellung".

Für Bismarck war durch die Erneuerung des alten Drei-Kaiser-Bündnisses also zweierlei erreicht: es war der Anfang gemacht mit der Isolierung Frankreichs, es war ferner eine gewisse Gewähr geboten für eine Erhaltung des Status quo am südöstlichen Brennpunkt.

Es war von bedeutendem Einfluß auf die politische Entspannung in den Jahren 1879—1884, daß gerade in dieser Zeit durch die kolonialen Bestrebungen Rußlands und Frankreichs, die durch Bismarck, weil er sie als Ablenkung vom Kontinent richtig einschätzte, bekanntlich gefördert wurden, eine Verlegung des politischen Schwerpunkts nach Asien und Afrika einsetzte.

Im Jahre 1884 war Bismarck endlich so weit, daß er sich seinem Ideal, einer dauernden Allianz der drei Kaisermächte und Italiens mit der Spitze gegen Frankreich, wenigstens genähert hatte. Frankreichs Isolierung war gelungen, Deutschland hatte die politische Führung Europas erreicht, der europäische Friede schien gesichert [33]).

Das Jahr 1885 brachte einen Umschwung; verschiedene Ereignisse trafen zusammen, um ihn zu bewirken [34]).

In Frankreich hatte sich nach dem Sturze Ferrys (31. März 85) ein Chauvinismus entwickelt, der in den Kammerwahlen im Oktober 1885 zum Siege der unversöhnlich deutschfeindlichen Richtung führte.

---

[29]) Ged. u. Erinn. II, S. 291.

[30]) Gr. Pol. V, 1037.

[31]) Gr. Pol. II, S. 250; Heller, S. 113.

[32]) St. A. Denkschr. Andrássys vom 24. Nov. 85; vgl. a.: Wertheimer, III, S. 127 Anm. 2 und S. 327 ff.

[33]) Vgl. Rachfahl, Weltwirtschaftl. Arch. XVI, S. 35; Crispi bezeichnete den Dreibund mit seinen Außengliedern als „Keim der Vereinigten Staaten von Europa". Vgl.: Platzhoff, S. 15, u. d. Urteil der Pall-Mall-Gazette 1883 bei Becker, S. 59.

[34]) Andrássy, S. 85 ff.

Der Sieg dieser Richtung war um so bedrohlicher, als sich Frankreich überraschend schnell von der Schwächung durch den Krieg erholt und sich durch seine kolonialen Erfolge die Grundlage einer neuen Machtstellung geschaffen hatte [35]). Außerdem war die panslawistische Partei in Rußland infolge der neuen Verwicklungen auf dem Balkan nur allzu geneigt, einer französisch-russischen Allianz die Hand zu bieten. So erhob die Gefahr eines Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland von neuem ihr Haupt.

Durch den Ausbruch der ostrumelischen Revolution im September 1885 war die orientalische Frage in eine neue Phase der Entwicklung getreten. Die beiden „lebensunfähigen, infolgedessen unzufriedenen" Bulgarien [36]) des Berliner Kongresses konnten nur mit Rußlands Hilfe bestehen oder sich vereinigen. Rußland wünschte selbst eine Union, aber erst nach dem Sturze des Battenbergers. „Was es bisher als Frucht des Volkswillens und der Gerechtigkeit mit einem „Hosiannah" begrüßt hätte, wenn es im Namen Rußlands von Kaulbars oder Ernroth errungen worden wäre, das mußte es jetzt, weil die Initiative von dem russenfeindlichen Battenberger ausgegangen war, als Vertragsbruch, als Revolution stigmatisieren" [37]).

Für Österreich war die Lage besonders schwierig. Andrássy hatte seinerzeit die Schaffung eines großen Bulgariens nach dem Plane Ignatieffs verhindert, aber dem Plane Beaconsfields nur gegen seine Überzeugung zugestimmt [38]). Hätte Österreich jetzt die Union sanktioniert, so hätte man das nicht als Inkonsequenz betrachten können [39]), aber zu dieser Sanktion konnte sich Österreich schwer entschließen; denn es war jetzt einerseits durch das Drei-Kaiser-Bündnis zur Berücksichtigung der russischen Balkaninteressen verpflichtet, andererseits hatte es zugesagt, daß es eine südliche Expansion Serbiens unterstützen werde, und es setzte sich, wenn es gegen Milan Stellung nahm, der Gefahr aus, für wortbrüchig erklärt zu werden. Daher protestierte Kálnoky prinzipiell gegen die gewaltsame Union (29. Sept. 1885).

Zar Alexander betrachtete die Wiederherstellung des Status quo als den einzig richtigen Ausweg [40]).

Kálnoky erklärte sich mit diesen Grundsätzen einverstanden, er wünschte nur Aufklärung, welche Mittel anzuwenden seien, um den Status quo durchzuführen. Er hielt es nicht für einen der Mächte würdigen Vor-

---

[35]) Die kolonialen Erfolge wirkten allerdings mehr indirekt als als Kräftigung. Seit der Besetzung von Tunis wußte man, daß auch die Republik organisieren könne. Die Kolonien selbst waren lange Zeit ein prekärer Besitz.

[36]) Andrássy, S. 94 ff.

[37]) Andrássy, S. 96. Rachfahl, S. 551 ff.

[38]) St. A., Denkschr. Andrássys vom November 1885.

[39]) Andrássy, S. 97.

[40]) Vgl. zum Folgenden: St. A. Skizze der Unterredung des Grafen Kálnoky mit dem Fürsten Lobanow, 10./11. Oktober 1885; Kab. Arch. G. A. 17.

gang, eine Herstellung des Status quo herbeizuführen, „welche bloß die Form der Legalität für eine gewisse Zeit aufrichten würde, mit dem kaum verhehlten Hintergedanken, dann doch bis zu einem gewissen Grade nachzugeben". Kálnoky konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, daß Rußland eine Verschleppung der bulgarischen Frage anstrebe, und er kam in seiner Unterredung mit Lobanow am 11. Oktober auf seine Befürchtungen zurück, daß „die ohnehin schon erschütterte Autorität der Mächte, wenn sie durch weiteres Zögern oder eine erfolglose Scheinaktion einen weiteren Stoß erlitte, der Fortentwicklung der Ereignisse gegenüber sich als völlig machtlos erweise und damit ein Chaos von unberechenbaren Gefahren eintrete".

Es sei jetzt der Augenblick gekommen, die Freundschaft zwischen Österreich, Rußland und Deutschland „auf Handschlag praktisch zu betätigen". Könne er der Bevölkerung gegenüber nicht den Beweis liefern, daß gerade durch das Bestehen des Einvernehmens der drei Kaisermächte eine klare Aktion möglich sei, so bedeute das den Zusammenbruch der von ihm befolgten Politik.

Bismarck suchte nach Kräften auf Österreich einzuwirken, damit es einen Krieg Serbiens mit Bulgarien verhindere[41]). Er war aber schließlich für einen auf Serbien und Bulgarien lokalisierten Krieg zu haben, auch Rußland gab seine Zustimmung, falls der Berliner Vertrag gewahrt bleibe .

Durch den Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges wurden neue Grundlagen für die Erledigung der Unionsfrage geschaffen.

Den Erklärungen Kálnokys in den Delegationen begegnete Andrássy mit seiner Denkschrift vom 24. November 1885. Der Unterschied zwischen Andrássy und Kálnoky läßt sich dahin kennzeichnen, daß Andrássy, wie wir schon hervorhoben, allein im Sinne des Zweibunds arbeitete, während Kálnoky das Drei-Kaiser-Bündnis aufrechterhalten wollte. Kálnoky suchte also auch die Entscheidung der bulgarischen Krisis im Rahmen des Drei-Kaiser-Bündnisses im verein mit Rußland, während Andrássy einen Kongreß der europäischen Mächte als das dafür geeignete Forum ansah.

So war die außenpolitische Situation von 1885 äußerst kritisch; sie war geeignet, zu Konflikten zwischen Österreich einerseits, Deutschland und Rußland andererseits zu führen. Es kam hinzu, daß die innerpolitische Lage sowohl für Kálnoky wie für Bismarck Schwierigkeiten bot, die jederzeit auf das außenpolitische Verhältnis der beiden Mächte zurückwirken konnten.

Daß auch gerade der polnischen Frage innerhalb des Zweibundes eine wichtige Rolle zukam, hatten wir am Anfang unserer Betrachtung als Behauptung hingestellt. Es wird nun unsere Aufgabe sein, für diese Behauptung den Beweis anzutreten.

---

41) Rachfahl, S. 556.

II. Die polnische Frage 1885—86

1. Die Lage des Polentums 1885 und die Bedeutung der polnischen Frage innerhalb des Zweibunds und des Drei-Kaiser-Bündnisses

Bevor wir dazu übergehen, die Polenpolitik Bismarcks in den Jahren 1885—86 und ihre Wirkung auf Österreich-Ungarn zu betrachten, müssen wir uns vergegenwärtigen, in welcher Lage sich das Polentum zu diesem Zeitpunkte befand.

Durch die Aufhebung der katholischen Abteilung des Kultusministeriums (8. Juli 1871) hatte Bismarck eins seiner drei Hauptziele im Kulturkampf erreicht[42]). Während die Polen in Preußen sich bis 1870 eines weitgehenden Minderheitenschutzes zu erfreuen hatten, bewog das statistisch belegte Anwachsen des polnischen Elementes Bismarck nach 1870 zu schärferen Maßnahmen[43]). Wenn es auch zweifelhaft erscheinen muß, ob der Beginn des Kulturkampfes bestimmend durch die polnische Frage beeinflußt worden ist[44]), so läßt es sich doch nicht leugnen, daß Bismarck die Gefahr, die im Bündnis der Ultramontanen mit dem Polentum gegeben war, immer drohend vor Augen stand, und daß sich daraus ein enger Zusammenhang zwischen dem Kulturkampf und der polnischen Frage ergibt[45]). Er war entschlossen, den Kampf mit dem Polentum aufzunehmen; in dieser Richtung bewegt sich das Schreiben an den Minister des Innern Friedrich zu Eulenburg vom 7. Februar 1872[46]), in dem auf die polnisch-katholisch-österreichische Politik hingewiesen und die Ausweisung aller nicht heimatberechtigten Polen verlangt wird. Bismarck rechnete also schon damals mit dieser Möglichkeit, die erst 1885 Wirklichkeit wurde. Die zweite Maßnahme im Kampfe gegen das Polentum war das Schulaufsichtsgesetz, das am 27. November 1871 angekündigt, am 8. März 1872 durch das Herrenhaus genehmigt und am 11. März 1872 erlassen wurde[47]).

Bei dieser Gelegenheit tauchte auch der Gedanke auf, eine deutsch-

---

[42]) Poschinger, Also sprach Bismarck, III, S. 141/42.

[43]) Laubert, Nationalität und Volkswille, S. 56.

[44]) Vgl. Wendt, S. 39 ff., bes.: S. 46, wo der Polenkampf als „Teilfeldzug im Großen Kriege gegen den angreifenden Ultramontanismus" bezeichnet wird.

[45]) Diesen „intuitiven" Zusammenhang betonten öfter die Berichte Széchényis nach Wien, z. B. Bericht 50 A v. 10. April 1886. St. A.

[46]) Das Schreiben ist abgedruckt z. B.: Deutsche Ostmark, S. 49/50. Vgl. a.: Laubert, S. 124/25. Wendt, S. 42, u. Hötzsch, S. 602 ff. Gegen die Ansicht Hötzsch's wendet sich Wendt, Anm. 148a, S. 88.

[47]) Vgl. Laubert, S. 126; Wendt, S. 43 ff. Wendt weist Anm. 152, S. 88/89, auf die besonders interessante Taktik Bismarcks bei Durchbringung dieses Gesetzes hin; Bismarck schob die polnische Gefahr bewußt in den Vordergrund, während er die allgemeine Richtung des Gesetzes gegen das Zentrum „bewußt im Dunkeln" ließ.

freundliche polnische Presse zu schaffen [48]). Bismarck mußte sich freilich später eingestehen, daß dieser Plan ohne Erfolg geblieben war, und er suchte noch 1888 auf Kálnoky einzuwirken mit einer Anfrage, „ob Österreich sich auch genügend der polnischen Presse zu seinen Zwecken bediene" [49]).

Bei Gelegenheit des Berliner Kongresses sollte nach dem Wunsche der Polen die polnische Frage noch einmal vor einem internationalen Forum aufgerollt werden [50]); allerdings blieben alle Bemühungen fruchtlos, so daß sich die Polen mit der Tatsache, „vom Pferd gestürzt" zu sein, abfinden mußten [51]).

Jetzt suchte die polnische konservative Partei in engem Anschluß an Österreich Einfluß auf die österreichische Regierung zu gewinnen. Die klerikal-feudale Einstellung des Ministeriums Taaffe war den Polen und Tschechen günstig. Das Programm Kozmians im Czas vom 27. Juli 1878 kann wohl als „Programm der dreifachen Loyalität" bezeichnet werden; nach ihm sollte die polnische Staatsidee vorläufig zurücktreten gegenüber der „Rettung der Existenz als Nation" [52]).

Wie stark dabei aber doch die Voreingenommenheit der österreichischen Polen gegen Rußland ausgeprägt blieb, beweist die Verurteilung der österreichischen Politik zur Zeit des Berliner Kongresses durch die demokratischen polnischen Abgeordneten [53]).

Lehrreich ist in dieser Hinsicht auch eine Denkschrift, die der Land-

---

[48]) Wendt, S. 45 und Anm. 157/8; Laubert, S. 125.

[49]) Pol. Arch. Berl., aus Erlaß nach Wien 822, Friedrichsruh, 16. Dezember 1888 (Reinkonzept). Es heißt dort weiter: „In Preußen hätte man keinen Zugang zur polnischen Presse. Vielleicht aber in Österreich, und es liege wohl im Interesse der österreichischen Politik, die polnischen Empfindungen am Leben zu erhalten". Die Antwort Reuß' (Nr. 530, 19. Dezember 1888, Abschrift) fiel allerdings nicht ermutigend aus und ist bezeichnend für die vorsichtige Politik Kálnokys: „Der Minister hatte nichts gegen die Ideen einzuwenden, sagte aber, die hiesige Regierung müsse in diesen Dingen sehr vorsichtig sein". (Randbemerkung Bismarcks: „Gut; s'abstenir à l'avenir"). „Er habe sich selbst schon einmal die Finger dabei verbrannt, als er versucht hätte, durch die Presse das polnische Nationalgefühl gegen Rußland anzustacheln. Sobald man in Galizien merke, daß eine solche Anregung aus dem Ministerium herrühre, gingen die Leute dort sofort los, weil sie glücklich wären, einmal ihr Gift fließen lassen zu dürfen. Es sei schwer, die Grenze zu finden, und da man russischerseits sehr bald Lunte riechen werde, so dürften dort Verstimmungen entstehen, die man doch wohl besser zu vermeiden hätte."

[50]) R. T. R. 19. Februar 1878, Reden VII, S. 107/8; vgl. Feldman, S. 261ff. und Wendt, S. 46.

[51]) Worte Tarnowskis nach Feldman, S. 265/6.

[52]) Feldman, S. 280.

[53]) Vgl. Rede Wolskis in der Sitzung des österr. Reichsrats am 4. November 1878. Stenogr. Prot. VIII. Session, 12. Bd. S. 13008

marschall von Galizien, Ludwig Graf von Wodzicki, am 6. Juni 1878 an den Kaiser richtete [54]). Er tritt hier als Dolmetscher eines Landes auf, „welches zahlreiche Beweise Kaiserlicher Gewogenheit und landesväterlicher Fürsorge für seine teuersten Interessen und Traditionen" immer fester an das Kaiserhaus anschließen, und will die in maßgebenden Kreisen Galiziens verbreitete Ansicht über die Rückwirkung der Verwicklungen im Orient auf die politische Lage der Monarchie und insbesondere Galiziens dem Kaiser unterbreiten.

Die Aufgabe der auswärtigen Politik der Donaumonarchie liegt, so ist seine Ansicht, im „Schutz der katholischen Religion und der verschiedenen Volksstämme, deren Kräfte für die Bildung selbständiger Staaten nicht hinreichen", und in der Verbreitung der abendländischen Kultur im Osten Europas. Im Schisma und im Panslawismus erscheinen die zerstörenden Kräfte, die die Grundlagen der Machtstellung Österreichs im Osten zu erschüttern trachten. Wodzicki vergleicht sie mit der Reformation, die seinerzeit benutzt werden sollte, Österreichs Machtstellung im Westen Europas zu vernichten. Er weist hin auf die Gefahren, die sich aus der Verbreitung dieser Lehren politisch ergeben können. Ein Kampf gegen die katholische Kirche von seiten Rußlands bedeute für die Polen, die sich keinesfalls zum Schisma verleiten ließen, einen Ausrottungskampf.

Mit den religiösen Umtrieben von russischer Seite verbänden sich soziale. Die soziale Frage sei erst durch russische Agenten in Galizien lebendig geworden. Mehr noch als einen Krieg fürchte man in Galizien einen Zustand, der weder Krieg noch Frieden sei und den Feinden des Staates Zeit gebe, die Grundlagen der Macht und Zukunft Österreichs im Nord- und Südosten zu unterwühlen.

„Gelangen die orientalischen Verwicklungen zu einem Abschlusse, der den obigen Erwägungen nicht entspricht, wird Rußland herausgefordert, ohne gehörig eingedämmt zu sein, so wird die Lage der Monarchie und insbesondere die Galiziens eine außerordentlich schwierige werden".

Trotzdem man sich in Galizien bewußt war, daß dieses Land die ersten und unmittelbarsten Leiden eines Krieges mit Rußland zu tragen hätte, wollte man also den Krieg gern ertragen, um eine Klärung des Verhältnisses Österreichs zu Rußland zu erreichen. Daß dabei für die Polen die Hoffnung auf eine Wiederaufrichtung des polnischen Staates in erster Linie mitsprach, ist selbstverständlich; denn gerade nach der ablehnenden Haltung des Berliner Kongresses konnten die Polen nur aus einer kriegerischen Auseinandersetzung eine Erfüllung ihrer Wünsche in dieser Richtung erwarten [55]).

Es wäre verfehlt gewesen, hätte Österreich diese günstige Haltung der Polen im Falle eines Krieges mit Rußland nicht für sich ausgenutzt.

---

bis 13 013. Rede Hausners am 5. November 1878, 12. Bd., S. 13 051 bis 13 057.

[54]) St.Arch. (Kab. Arch. Geh. 17).

[55]) Vgl. Feldman, S. 265/6.

Dieser Tatsache konnte sich auch Bismarck nicht verschließen, und er mußte versuchen, sie in der richtigen Weise in seine politische Rechnung einzustellen.

Wenn Bismarck noch 1877 zu Crispi geäußert hatte, daß er eine aktive polnische Politik Österreichs nicht dulden könne[56]), so entsprach das nicht ganz dem Standpunkte, den er später, nach Abschluß des Zweibundes, einnahm. Er mußte seine Stellung dahin ändern, daß er Österreich in der polnischen Frage ein Zugeständnis machte; er konnte Österreich nicht zumuten, auf die Waffe, die es in der Pflege des Polentums in Galizien besaß, Rußland gegenüber zu verzichten[57]).

Dieser Gedanke hat sich im Laufe der Zeit bei Bismarck eher *verstärkt* als abgeschwächt[58]).

Als daher im Frühjahr 1882 Österreich den Wunsch aussprach, in militärische Verhandlungen mit Preußen einzutreten[59]), lag es nahe, wenn bei Gelegenheit dieser Besprechungen auch auf die polnische Frage eingegangen wurde[60]). Um Aufsehen zu vermeiden, sollte Waldersee die Mission übernehmen, die Besprechungen sollten in der Form

---

[56]) Zu Crispi, 17. September 1877, Memoiren (deutsch), S. 31/2. Vgl. a.: Lucius, 29. März 1878, S. 137.

[57]) Vgl. Wendt, S. 51 und Anm. 188, S. 91. Und „Gedanken und Erinnerungen" II, S. 235.

[58]) Wie Bismarck später über die Haltung Österreichs gegenüber den Polen im Falle eines Krieges mit Rußland dachte, geht z. B. hervor aus: Pol. Arch. Berl., Erlaß nach Petersburg Nr. 59 (Reinkonzept), 25. Januar 1886; hier heißt es ausdrücklich: „Ein Pole, z. B. als Festungskommandant, würde nur der österreichischen Politik entsprechend handeln, wenn er die Aspirationen und etwaigen kriegerischen Vorbereitungen seiner Landsleute begünstigte. *Die ganze Richtung der Politik Österreichs rechnet darauf, sich der Polen ausgiebig zu bedienen, wenn es einmal zum Bruch mit Rußland kommt . . .*" „Gerade bei den österreichischen Militärs findet der Gedanke, den Polonismus eintretenden Falles gegen Rußland auszuspielen, allgemeine Sympathie . . .

Der Erlaß sucht ausdrücklich die Ansicht Schweinitz's (Bericht Nr. 25, vertraulich, 20. Januar 86) von der österreichischen Politik richtig zu stellen. Schweinitz hatte gegenüber den Andeutungen Pobedonowszews, daß die „hirnlosen" Polen in Krakau Waffen sammelten, erklärt, daß der Festungskommandant von Krakau unfehlbar dagegen eingeschritten wäre.

[59]) Waldersee, Denkw. 25. März 1882, 1. Bd., S. 219.

[60]) Daß Bismarck im allgemeinen die Ansichten Waldersees über die polnische Frage teilte, geht hervor aus Denkw. I, 11. Dezember 1882, S. 223: „In bezug auf die polnische Frage war er völlig der Ansicht, die ich ihm vor einigen Monaten entwickelt hatte, worüber ich sehr froh bin." (Vielleicht bezieht sich das auf eine Unterredung am 11. März 82, S. 219; dort ist allerdings nur von „mehreren Fragen" die Rede, „auf die er bereitwillig eingeht". Vgl. a.: Denkw. I, S. 230, 27. Oktober 1883.

vorerst einen mehr privaten Charakter tragen; sie hatten nach dem Wunsche des Feldmarschall-Lieutenants Beck den Zweck, eine gewisse Grundlage für „diejenigen Punkte zu gewinnen, deren Erwägung und Bearbeitung als eine Vorbereitung für den Eintritt etwaiger künftiger Eventualitäten zu dienen vermag“ [61]).

Es entsprach auch dem Wunsche Bismarcks, dieser vorbereitenden Aussprache über die Lage keinen offiziellen Charakter zu geben [62]).

Die Unterredung mit Beck fand in Strobl bei Ischl statt und dauerte etwa eine Stunde. Das Gespräch behandelte die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion der österreichischen und deutschen Armee gegen Rußland, Waldersee trat dabei für Offensivkrieg ein. Gleichzeitig mit der deutschen sollte eine österreichische Armee in Polen einbrechen und auf dem rechten Weichselufer vorgehen. Als erster Abschnitt des Feldzuges war die Besitznahme des Königreichs Polen gedacht; dabei sollte die deutsche Armee nicht wesentlich über die Linie Kowno-Grodno-Bialystok hinausgehen.

Zum Schluß der Unterredung wurde die polnische Frage berührt. Waldersee äußerte sich dahin, daß die Stimmung der Polen ein Faktor sei, der für Deutschland sehr ins Gewicht falle. Er hielt es für eine wesentliche Erleichterung der Deutschland zufallenden Aufgabe, wenn man von der polnischen Bevölkerung nicht als Feind betrachtet werde, vielmehr die polnischen Soldaten als unsichere Elemente in der russischen Armee ansehen könne. Bei dem lebhaften Temperament und den Neigungen der Polen bestand für Waldersee die Wahrscheinlichkeit, daß sich seitens der polnischen Bevölkerung eine aktive Parteinahme gegen Rußland geltend machen werde. Da man unter solchen Umständen verhältnismäßig früh einen großen Teil des Königreichs Polen besetzen konnte, erklärte Waldersee eine vorherige Vereinbarung über Verwaltung und Ausnutzung der besetzten Landesteile für notwendig.

Da der Feldmarschall-Lieutenant anscheinend noch nicht gründlich über diese Frage nachgedacht hatte und sie daher nur ungern berührte, verließ Waldersee dieses Gebiet mit der Bemerkung, „daß in diesen überwiegend politischen Fragen von anderer Stelle das Nötige gewiß veranlaßt werden würde“.

Nach der österreichischen Aufzeichnung hatte Beck noch bemerkt, daß österreichischerseits nicht beabsichtigt werde, mit revolutionären Mitteln vorzugehen. Es sei leicht, die polnische Frage heraufzubeschwören, „aber sie wieder in geordnete Bahnen zu bringen, um so schwieriger“.

Soviel stand zweifellos fest, in Zukunft waren der Krieg gegen Rußland und die polnische Frage nicht voneinander zu trennen. Bismarck beschäftigte sich daher immer wieder mit dem Gedanken der Wieder-

---

[61]) R. Arch., Brief des Grafen Wedel an Waldersee, Wien, 7. Juni 1882.

[62]) Waldersee, Denkw. I. S. 221. Zum Folgenden vgl.: R. Arch., Bericht Waldersees an Moltke (Konzept), 10 August 1882. Der Bericht entspricht seinem Inhalte nach: St. A. Aufzeichnung v. 24. August 1882.

herstellung Polens[63]), er hielt sie zwar „für ein geringeres Übel als eine russische Invasion" und erkannte ihre Notwendigkeit im Falle eines russischen Krieges an; er mußte sich aber andererseits sagen, daß eine Wiederherstellung Polens jedenfalls ein „zweischneidiges Schwert" war[64]).

Zweischneidig, weil eine Unterstützung der vom österreichischen Standpunkte aus wohl berechtigten Polenpolitik immer unangenehme Rückwirkungen auf die preußisch-polnischen Provinzen ausüben mußte, solange man sich auf die Gesinnung der dort ansässigen Bevölkerung nicht verlassen konnte. Zweischneidig aber auch, weil eine Duldung der österreichischen Polenpolitik das Verhältnis Deutschlands zu Rußland stets in ungünstigem Sinne beeinflussen mußte.

Man erkennt das Heikle der Lage, in welche sich Bismarck jedesmal versetzt sah, wenn die polnische Frage brennend wurde.

Welche Stellung sollte Bismarck gegenüber der polnischen Frage einnehmen, die, rein innenpolitisch betrachtet, genügend Schwierigkeiten bot, erstens als volkliches Problem, zweitens in ihren Zusammenhängen mit der Kulturkampfbewegung, die außerdem, außenpolitisch betrachtet, jederzeit sich auswachsen konnte zu einer Gefährdung der Grenzen des Staates? Sie war nun einmal die schwache Stelle des Zweibunds und des Drei-Kaiser-Bündnisses zugleich[65]).

Wenn also Lucius nach einem Grund sucht für das eilige Bemühen Bismarcks, „den Frieden mit Rom à tout prix herbeizuführen", und für „die heftige Aufnahme der Polenfrage, welche doch in keiner mehr akuten Lage war wie seit Jahren", und wenn er den Grund in

---

[63]) Vgl. z. B. Lucius, S. 416, 8. Januar 1888.

[64]) Waldersee, Denkw. I, 27. Oktober 1883, S. 230; der Gedanke einer Wiederherstellung Polens kehrt bei Waldersee noch öfter wieder:

Denkw. I, 9. Februar 1884, S. 234;
1. November 1886, S. 301;
12. November 1886, S. 302;
10. Juli 1888, S. 412;
23. Juni 1888, S. 410;
Denkw. II, 3. November 1888, S. 14;
3. Dezember 1888, S. 81;
29. Oktober 1893, S. 298;
9. Februar 1894, S. 307;
30. September 1894, S. 323.

[65]) Dabei konnte Bismarck, wie Wendt, S. 57, richtig hervorhebt, das polnische Problem nicht einmal in seiner ganzen Tragweite einer „allgemein deutschen Verbreitung" des „inneren" Polentums überschauen. Die polnische Frage blieb ihm lediglich eine „rein östliche", preußische Frage. Das war nach dem Stand der Entwicklung zur Zeit Bismarcks auch nicht anders möglich. Es erscheint daher nicht berechtigt, daß Wendt von einem „Erstarren des Urteils" spricht.

großen europäischen Katastrophen vermutet, die Bismarck drohen sieht, so hat er damit eher Recht als die anderen, die die Planmäßigkeit des Bismarck'schen Handelns bezweifelten [66]).

Es war schon einmal auf den Erlaß Bismarcks nach Wien hingewiesen worden, in dem er seine Maßnahmen in den preußischen Ostprovinzen rechtfertigte. Je geringer die Bedeutung des polnischen Elements für Preußen wurde, um so freier konnte sich das Bundesverhältnis zu Österreich entwickeln; mit jeder Verminderung der Zahl der Polen in Preußen kam man der Möglichkeit näher, die polnischen Vorgänge außerhalb der deutschen Grenzen gleichgültiger zu betrachten. Außerdem war in einem scharfen Vorgehen gegen die Polen ein Mittel gegeben, Rußland durch die Gemeinsamkeit der Polenpolitik fester an Deutschland anzugliedern.

Die Gefahr, die polnische Frage akut werden zu sehen, war für Bismarck nicht der letzte Grund, den Frieden mit Rußland um jeden Preis zu erhalten. Denn blieb er erhalten, so war damit ein Aufrollen der polnischen Frage überhaupt verhindert [67]).

So wirkten die verschiedenen innen- und außenpolitischen Motive zusammen, um die Politik Bismarcks zu einem Ring zu schließen, der infolge des Systems gegenseitiger Sicherungen schwer zu sprengen war.

2. Die Ausweisungen

Wir haben versucht, die Stellung Bismarcks zur polnischen Frage mit seinen Grundsätzen in der Großen Politik in Einklang zu bringen und die tiefere Ursache seiner Polenpolitik zu erfassen.

Die nähere Veranlassung für ein schärferes Vorgehen gegen die Polen war in der erhöhten Agitation des Polentums gegeben, die nach dem Abbau des Kulturkampfes mit neuen Kräften einsetzte [68]). Die polnische Presse ließ nicht nach, ihren intensiven Haß gegen das Reich und alles, was deutsch war, offen auszusprechen; der Gedanke an eine baldige Wiederherstellung eines unabhängigen Polens wurde im Volke wachgehalten, die Propaganda der Polen in Masuren und Schlesien nahm zu [69]). Es fehlte nicht an warnenden Stimmen von deutscher Seite [70/71]).

---

[66]) Lucius, 5. April 1886, S. 343/44; Wendt, Anm. 214, S. 92, deutet auch auf die Annäherung an Rußland hin, bemüht aber außerdem die Schwenningersche Kunst.

[67]) Auch Heller sieht S. 91 den „tiefen realen Grund" für die Ablehnung eines Krieges gegen Rußland in der „Sorge vor dem Wiederaufrollen der polnischen Frage". Er stützt sich dabei allerdings nur auf Hohenlohe II, S. 343.

[68]) Wendt, S. 55.

[69]) Vgl. z. B. die poln. Pressestimmen in der Broschüre: Die polnische Frage in bezug auf Preuß. u. d. Deutsche Reich. Thorn 1885. (Verlag Ernst Lambeck.)

[70]) Vgl. Art. der Berl. Nat. Ztg. 29. Januar u. 27. Februar 1885; Dt. Gesch. Kalender I, S. 120/21.

[71]) Aufsätze E. v. Hartmann's, Gegenwart 1885, Nr. 1, 2 u. 6.

Seit 1882 liefen dauernd Klagen bei der preußischen Regierung ein über das beunruhigende Verhalten der Grenzbevölkerung [72]). Man mußte sich entschließen, gegen die Agitation des polnischen Republikanismus einzuschreiten.

Schon 1881 vor den Reichstagswahlen konnten deutsche Blätter erstaunt berichten von einer sozialistisch-demokratischen Richtung der Polen [73]), die aber nicht international, sondern durchaus polnisch-national war; sie war in den preußischen Provinzen vorwiegend kirchlich orientiert und stand unter dem Einfluß der niederen Geistlichkeit. Daneben bestand die französisch-republikanische Richtung, die die Traditionen der Emigration aufrecht erhielt und ein „politisches Transitgeschäft" zwischen den Teilgebieten anstrebte [74]).

Bismarcks Abneigung gegen alles revolutionäre Treiben ist bekannt. Der rein dynastische Charakter seiner Bündnisse ist oft hervorgehoben worden; man kann sogar so weit gehen zu sagen, daß seine Bündnisse mit „starken populären Tendenzen im Widerspruch" standen [75]); bei der Bedeutung, die dem monarchischen Gedanken in der Staatsauffassung Bismarcks zukommt, mußte Bismarck mit aller Schärfe gegen alle radikal-demokratischen und republikanischen Strömungen vorgehen, zumal nach seiner Auffassung der nächste Krieg den Charakter „d'une guerre du drapeau rouge contre les éléments d'ordre et de conservation" haben würde [76]).

Mit umso größerer Schärfe mußte Bismarck gegen eine Bewegung auftreten, in der sich offensichtlich nationale und revolutionäre Tendenzen verbanden [77]).

Genf, Zürich, Paris und London waren die Zentren der polnischen Emigration; seit dem Anfang der achtziger Jahre strebte man danach, eine Allianz der verschiedenen Emigrantenvereine herbeizuführen [78]), noch bildete vielfach unter den Emigranten und in Polen der Sozialis-

---

Polnische Gegenschrift: Poln. Stimmen. Ausrotten? Zürich 1886 (J. Schabelitz).

[72]) Bernhard, S. 114 ff.

[73]) Über die Entstehung der poln.-demokr. Richtung s. Bernhard, S. 109 ff.

[74]) Bernhard, S. 114.

[75]) Heller, S. 73 u. 74 ff.

[76]) Gr. Pol. V, 1127, S. 323.

[77]) Vgl. Wendt, S. 56 u. 64 ff. Es ist wohl richtig, daß Bismarck die treibenden Kräfte der polnischen Agitation immer im Adel und vor allem in der Geistlichkeit erblickte, es mag auch richtig sein, daß Bismarck in seiner Politik gegenüber den Polen nicht die richtigen Mittel anwandte, aber Wendt geht doch zu weit, wenn er meint (S. 64/5): „Der polnische Nationaldemokrat, der polnische Sozialdemokrat . . . waren Gegner, die von ihm nicht mehr wahrgenommen wurden . . ."

[78]) Vgl. Nr. 3110/4 I. B. 1886 Poliz. Direkt. Wien, 4. Oktober 1886. Nr. 3324/4 I. B. 1886 Pol. Direkt. Wien, 29. Oktober 1886.

mus den Stein des Anstoßes; er wirkte zunächst einer Allianz entgegen [79]). Vertreten wurde ein „nationaler Sozialismus" oder „sozialer Nationalismus" mit den Zielen der Wiederherstellung Polens und der sozialen Emanzipation. Die neue Richtung hatte zunächst mit der Abneigung der in einem besonderen Verband zusammengeschlossenen Emigranten von 1863 zu kämpfen [80]).

Die polnischen Gesellschaften in der Schweiz versandten Anfang 1885 einen „Aufruf an sämtliche polnischen Emigranten" [81]), der nach manchen Kämpfen, besonders gegen den Radikalismus der Genfer Gesellschaft zustande gekommen war und auf der Basis der „Föderation" eine „Union der polnischen Emigration" herbeiführen wollte. In diesem Aufruf wird die Emigration als „das einzige wirkliche Organ" der politischen und sozialen Interessen, als die polnische „Gesandtschaft im Auslande" bezeichnet, die den Zweck habe, Alliierte für das Befreiungswerk zu suchen [82]). Die Liebe zu Polen, der Glaube an dessen Bestand und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft waren das Banner, unter dem sich die polnischen Emigranten über alle Religions- und Parteiunterschiede hinweg vereinten [83]).

Bezeichnend für den Zusammenhang der Emigranten mit der Heimat ist es, daß 1884 ein Betrag von 500 fl. aus dem offiziellen Dispositionsfonds des galizischen Landesausschusses für die Emigranten in Paris gestiftet wurde. Das führte zu einem Kompetenzkonflikt zwischen dem Innenministerium und dem Landesausschuß [84]).

Oft taucht in konfidentiellen Berichten die Nachricht auf, daß in der Emigration und auch in Galizien und Russisch-Polen mit Agenten fremder Staaten unterhandelt werde. Besonders die englischen Agenten waren in polnischen Kreisen seit längerer Zeit nicht unbekannt [85]). Schon während des russisch-türkischen Krieges waren sie mit der Emigration in Verbindung getreten, um die Polen Rußlands zu insurgieren. Angeblich

---

[79]) Über die sozialistische Propaganda unter den Polen vgl. Fasc. 16/2, 852/M. I. 1885. Am 20. Februar teilte der deutsche Botschafter in Wien vertraulich mit: „Auf Nachrichten, welche im vertraulichen Wege in Berlin eingegangen, werden die in Genf erscheinenden polnischen sozialrevolutionären Schriften auf dem Wege über Paris . . . nach Österreich und Rußland eingeführt. Es wird aber auch behauptet, daß ein Teil derselben über Augsburg—Lugano—Rom durch Vermittlung italienischer Sozialisten nach Triest und von dort weiter in das Land spediert wird . . ."

[80]) Nr. 3458/4 I. B. 1886; Fasc. 22/Gre. 4932/M. I. 1886.

[81]) Fasc. 22/Gre. 2097/M. I. 1885; Poliz. Direkt. Wien, 8. Mai 1885.

[82]) Nach Statth. Ber. Lemberg 158/g, 19. August 1885 wurde dieser Aufruf auch nach Galizien verschickt und kam zur Ztschr. Nowa Reforma. Nowa Reforma machte keinen Gebrauch davon, sie vertrat den Grundsatz, „daß die Leitung der politischen Polenaktion nunmehr dem Lande und nicht der Emigration zukomme".

[83]) Fasc. 22/Gre. 503. M. I. 1885.

[84]) Fasc. 22/Gre. 168/M. I. 1885.

[85]) Vgl. z. B. 3229/4 I. B. 1886.

stellten diese aber damals Bedingungen, die England nicht erfüllen konnte, denn sie forderten tatkräftige Unterstützung nicht nur während des Aufstandes, sondern auch, nachdem England sein Hauptziel erreicht hätte. In späteren Jahren versprach man sich in der Emigration ebenfalls nicht viel von derartigen Verhandlungen mit England, da man zu genau wußte, daß ein Aufrollen der polnischen Frage für England ebensowenig erwünscht war wie für Bismarck. Außerdem gab man sich der Hoffnung hin, daß die Verhältnisse eines Tages Bismarck ohnedies zwingen würden, von sich aus für die Wiederherstellung Polens einzutreten [86]). Es tauchen auch immer wieder Gerüchte von Organisationen in Galizien auf, die Parteigänger für einen Aufstand in Russisch-Polen suchten und von England aus mit Geld unterstützt wurden. Englische Agenten erschienen von Zeit zu Zeit in Krakau, Lemberg und Warschau. Den Krakauer Patrioten war eine Tätigkeit in dieser Hinsicht durchaus nicht erwünscht, da sie ihnen nicht im Interesse der polnischen Sache zu liegen schien.

Im allgemeinen konnte man also eine nüchterne Auffassung der Polen gegenüber den englischen Einflüsterungen feststellen. Eine Verschwörung in Polen hielt man nicht mehr wie ehemals für eine Verkörperung des „aufopferungsvollen Patriotismus". Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß kein Pole England zuliebe sein Land ins Verderben stürzen werde.

Es mögen konfidentielle Nachrichten oft recht zweifelhafter Natur sein, wenn sie aber durch amtliche Berichte gestützt werden, wird doch ein Körnchen Wahrheit dabei sein.

Es könnte also die mit aller Vorsicht gewertete Tatsache geheimer polnischer Verbindungen mit dem Auslande zum mindesten als ein Zeichen dafür genommen werden, daß die polnische Frage im Falle eines europäischen Krieges zweifellos von neuem in den Brennpunkt des internationalen Interesses gerückt wäre.

Von seiten der preußischen Polen entfaltete der deutsche Reichstagsabgeordnete Ludwig v. Graeve 1885 eine rege Tätigkeit im Sinne einer nationalen Verständigung aller Westslawen; er suchte eine kombinierte Aktion des katholischen Slawismus herbeizuführen. Er plante eine Wallfahrt von Posener Polen zur Velehrad-Feier, an die sich ein Kongreß führender slawischer Katholiken in Prag anschließen sollte. Dieser Ausflug unterblieb dann, wahrscheinlich, weil Graeve bei den österreichischen Polen nicht die nötige Gegenliebe für seine Ideen fand [87]).

Es wurden einige Beispiele herausgegriffen, die das national-revolutionäre Treiben der Polen in den achtziger Jahren beleuchten sollten.

Wenn also Bismarck immer wieder von einer besonderen Neigung der Polen zum Konspirieren und Agitieren sprach, so hatte er nach den angeführten Beispielen guten Grund dazu. Man beschränkte sich in den

---

[86]) Vgl. hierzu: 1692/M. I. 1885; 1331/M. I. 1885; 1689/M. I. 1885. Fasc. 22/Gre.

[87]) Vgl. Fasc. 25. 4536/M. I. 1885 und 2873/4 I. B. 1885. Fasc. 25. 3347/M. I. 1885.

polnischen Kreisen nicht allein darauf, die Verbindung zwischen den Teilgebieten aufrecht zu erhalten, es zeigen sich immer wieder Anfänge einer Propaganda, die geeignet war, die Aufmerksamkeit fremder Staaten auf die polnische Frage zu lenken; mit ihrer Hilfe konnte man vielleicht dem Ziel alles Strebens, der Wiederherstellung des polnischen Staates, einmal näherkommen.

Wie sahen nun die Maßnahmen aus, die von Bismarck 1885 gegen die Polen getroffen wurden, und welche Maßnahmen lösten sie im verbündeten Österreich-Ungarn aus?

Im März 1885 war den Provinzialbehörden Preußens aufgegeben worden, den Übertritt russisch-polnischer Elemente über die preußische Landesgrenze zu verhindern und Überläufer, welche sich bereits im Lande aufhielten, aus dem preußischen Staatsgebiete zu verweisen [88]). Auf die Interpellation der Abgeordneten Borowski und Genossen begründete v. Puttkamer am 6. Mai 1885 das Vorgehen der Regierung mit der Rücksicht auf „die politische Sicherheit, auf die deutsche Kultur, auf die Pflege des deutschen Wesens“ [89]). Die Zunahme der Deutschen im Zeitraume von 1871—1880 sei hinter dem regelmäßigen Bevölkerungszuwachs von 10% weit zurückgeblieben.

In Posen bildete sich sofort ein Komitee zur Unterstützung der Ausgewiesenen, und der deutsche Reichstagsabgeordnete v. Graeve knüpfte mit einflußreichen Persönlichkeiten in Krakau Unterhandlungen wegen Unterbringung der aus Preußen ausgewiesenen Polen an; das Ergebnis der Verhandlungen war die Bildung eines Komitees in Krakau (11. Juli 1885) [90]). Vorsitzender des Komitees in Krakau wurde der Stadtpräsident Dr. Szlachtowski, als Mitglieder werden eine Reihe angesehener Bürger genannt, unter ihnen der Reichsratsabgeordnete Chrzanowski und die Universitätsprofessoren Zatorski und Zoll.

Nach Ansicht des Statthalters wurden von dem Komitee keinerlei politische Zwecke verfolgt [91]).

Am 14. Juli 1885 beschloß das Krakauer Komitee, seine Konstituierung „zu humanem Zweck“ anzuzeigen und gleichzeitig um Bewilligung milder Sammlungen im ganzen Lande zu bitten. Der Landmarschall Dr. Zyblikiewicz und der Bischof Dunajewski von Krakau sollten um Förderung des Unternehmens gebeten werden. Eine Einwanderung nach Galizien sollte nur solchen Ausgewiesenen gestattet sein, die als politisch Verdächtige nicht nach Russisch-Polen zurückkehren konnten.

---

[88]) Die Nordd.-Allg.-Ztg. kündete am 27. März 1885 Ausweisungsmaßnahmen der Regierung an und rechtfertigte sie am 31. Mai mit volkswirtschaftlichen Gründen. Vgl.: Schulthess, 1885, S. 68 u. S. 100.

[89]) Vgl. Dt. Gesch.-Kal. 1885, I, S. 20/1; Wendt, S. 56. Bei der Interpellation wurden Konferenzen der Oberpräsidenten in Aussicht gestellt. Am 6. Juli berichtete die Nordd.-Allg.-Ztg., daß diese Konferenzen stattgefunden hätten, und daß neue Maßnahmen zu erwarten seien. Schulthess 1885, S. 116.

[90]) Vgl. Fasc. 8. 3084/M. I. 1885.

[91]) Vgl. Fasc. 8. 3203/M. I. 1885.

Sie sollten sich mit Zeugnissen des Posener Komitees, die durch Graeve gefertigt waren, ausweisen [92]).

Die Beteiligung hervorragender Persönlichkeiten des Landes an diesem Komitee, ihre ständige Verbindung mit dem Komitee in Posen, die beabsichtigte Veranstaltung von Sammlungen im ganzen Lande, die schließlich nur Personen zugute kommen sollten, welche gegenüber Rußland politisch kompromittiert waren, das alles mußte dazu beitragen, die genannten Vorgänge im Lichte einer politischen Demonstration erscheinen zu lassen.

Darum ließ Graf Kálnoky den Innenminister Grafen Taaffe vertraulich darauf aufmerksam machen, daß diese Vorgänge geeignet seien, „sowohl in Rußland als auch in Preußen mehrfach Anstoß zu erregen" [93]). Da diese Bedenken unter dem Gesichtspunkt der damaligen internationalen Lage besonders schwer ins Gewicht fielen, wurde der Statthalter Zaleski vom Innenminister ersucht, den Komitees gegenüber in seiner reservierten Haltung zu beharren und dahin zu wirken, daß die Tätigkeit der Komitees jedes auffälligen demonstrativen Charakters entkleidet werde.

Als nun das Krakauer Komitee ein Gesuch um Bewilligung milder Sammlungen einreichte, konnte sich der Statthalter aus politischen Rücksichten zwar nicht zur Befürwortung dieses Gesuches entschließen, aber er verfehlte nicht hinzuzufügen: „Ich kann es nicht verhehlen, daß ein Verbot der Sammlungen .... Aufsehen erregen, die öffentliche Meinung ziemlich berühren und die Sache der aus Preußen Ausgewiesenen erst recht zu einer populären machen würde. Es können sich dann Elemente derselben bemächtigen, deren Aktion nicht so leicht im Zaum zu halten sein wird" [94]).

Die Angelegenheit der Komitees wurde mit dem Augenblick in ein anderes Fahrwasser gebracht, als es auch zur Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen kam [95]). Trotzdem legte man von seiten der österreichischen Regierung Wert darauf, die Sammlungen nur im Stillen fortzusetzen, und Zaleski trat deswegen mit dem Mitglied des Krakauer Komitees, Dr. Zoll, in Verbindung [96]), er konnte zwar nicht mehr verhindern, daß ein Artikel in der „Nowa Reforma" wegen seines provozierenden Tones zur Konfiszierung des Blattes führte, aber in einem Chiffretelegramm vom 5. Oktober 1885 konnte er Taaffe melden: „Ruhiger Verlauf Krakauer Komitees und dortiger Tagespresse in Angelegenheit der Sammlungen gesichert" [97]).

---

[92]) Im Juli wurde auch ein Komitee in Lemberg gegründet, das in seiner Sitzung am 23. Juli beschloß, mit dem Krakauer Komitee Hand in Hand zu arbeiten. Die Bildung von Lokalkomitees wurde eingeleitet. Vgl. Fasc. 8. 3217/M. I. 1885.

[93]) Fasc. 8. 3203/M. I. 1885 u. 3389/M. I. 1885.

[94]) Fasc. 8. 3529/M. I. 1885.

[95]) Fasc. 8. 4204/M. I. 1885.

[96]) Fasc. 8. 4204/M. I. 85.

[97]) Fasc. 8. 4206/M. I. 1885. Die polnische Presse hielt freilich auch

Am 13. Oktober 1885 — inzwischen hatte sich der österreichische Ministerrat mit der Ausweisungsangelegenheit beschäftigt — wurde vom Innenminister anheimgestellt, die Bewilligung zu milden Sammlungen in unauffälliger Weise zu erteilen [98]).

Anfang September war es schon zu diplomatischen Schritten Österreich-Ungarns in der Ausweisungsfrage gekommen. Kálnoky hatte den deutschen Geschäftsträger Grafen von der Goltz vertraulich davon in Kenntnis gesetzt, daß er in der Ausweisungsfrage einen amtlichen Schritt in Berlin werde unternehmen müssen. Durch vertraulichen Erlaß Bismarcks vom 9. September 1885 war Graf von der Goltz angewiesen worden, dem Grafen Kálnoky Aufklärung über die Gründe zu den Ausweisungsmaßnahmen der preußischen Regierung zu geben [99]). Er tat es am 12. September. Die Mitteilung bot Kálnoky nichts wesentlich Neues, sie bewegte sich auf dem Boden der Argumente, die Kálnoky schon von seinem Varziner Besuch her bekannt waren [100]).

Trotzdem Kálnoky dem deutschen Geschäftsträger versichern konnte, daß niemand daran denke, in den Verfügungen der preußischen Regierung eine unfreundliche Tendenz gegen Österreich-Ungarn zu sehen, so war er doch genötigt, mit Rücksicht auf die bevorstehenden parlamentarischen Anfragen um Aufklärungen auf amtlichem Wege zu bitten. Er wies in seinem ersten Erlaß an den österreichischen Geschäftsträger in Berlin auch auf die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten hin und forderte auf Grund des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und der preußischen Monarchie eine gegenseitige wohlwollende und rücksichtsvolle Behandlung der Staatsangehörigen. Er versäumte schließlich nicht, hervorzuheben, daß man gegen die in Österreich-Ungarn lebenden Staatsangehörigen des Deutschen Reiches bereits mancherlei Agitationsmittel in Anwendung gebracht und dabei in tendenziöser Weise auf die Behandlung der österreichisch-ungarischen Staatsbürger hingewiesen habe.

In seinem Erlaß nach Wien, Nr. 534, geht nun Bismarck näher auf

---

weiterhin mit ihren Angriffen gegen die preußische Regierung nicht zurück. So wurde z. B. noch am 3. Februar 1886 der in Lemberg erscheinende Kurjer Lwowski Nr. 29 wegen eines Artikels „Das preußische Attentat" konfisziert. (Vgl. 428/4. I. B. 1886.) Im April 1886 gab es einen großen Schriftwechsel zwischen dem Statthalter und dem Bezirkshauptmann von Krakau wegen einer „antipreußischen Gedenktafel" am Friedhofe in Krakau. Der Bezirkshauptmann wollte kein Verbot dagegen erlassen, weil er „der Regierung unliebsame Demonstrationen" befürchtete. Erst auf Einschreiten des Statthalters sah das Komitee von seinem Vorhaben ab. (Vgl. 22/Galiz. 1676/M. I. 1886.)

[98]) Fasc. 8. 4274/M. I. 1885. (Zwei hier erwähnte Schreiben Taaffes und Zaleskis waren nicht aufzufinden.)

[99]) Fasc. 20/1. 3948/M. I. 85 und Erlaß Bismarcks nach Wien Nr. 534 (Abschrift) 1080/M. P. 1885.

[100]) 12.—16. August 1885. Schulthess, 85, S. 120.

die Gründe ein, die ihn zur Ausweisung fremder Staatsangehöriger bestimmt hätten. Durch die fremden Zuzügler sei das Konfessions- und Sprachenverhältnis in den östlichen Provinzen verändert worden, man habe sogar dem Unterricht in einzelnen Bezirken, deren Bevölkerung früher deutsch war, eine vorwiegend polnische Richtung geben müssen.

Bismarck erhebt dann Vorwürfe gegen die polnische Geistlichkeit, die „mit ganz vereinzelten Ausnahmen der nationalrevolutionären Richtung zuneigt und die Hoffnungen auf die Wiederherstellung Polens im ganzen Umfange in der Bevölkerung nährt". Man sei von preußischer Seite aus stets bestrebt gewesen, die Schwierigkeiten, welche in der Verschiedenheit der Stellung der beiden verbündeten Kaiserhöfe zur polnischen Frage lägen, zu umgehen und unberührt zu lassen; man bitte nun aber auch, in dieser Rücksichtnahme Preußen die „Reziprozität" nicht vorzuenthalten.

Bismarck erklärte schließlich, daß er auch Repressalien von seiten der österreichisch-ungarischen Regierung nicht als ein Unglück betrachten könne; im übrigen werde man sich bemühen, die österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen wohlwollend zu behandeln [101]).

Die von Kálnoky erwarteten Anfragen im Reichsrat blieben nicht aus [102]).

Am 2. Oktober 1885 erfolgte die Interpellation Grocholski und Genossen, die der Ansicht Ausdruck gab, die Ausweisungen ständen im Widerspruch zu den Prinzipien des Völkerrechts sowie zu den Grundsätzen der modernen Zivilisation überhaupt [103]). Sie wären mit dem Art. 19 des zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland am 23. Mai 1881 abgeschlossenen Handelsvertrages nicht zu vereinen [104]). Die Inter-

[101]) Dem Erlaß Bismarcks ist eine statistische Übersicht über die Zunahme der katholischen und evangelischen Bevölkerung von 1871 bis 1880 beigefügt.

[102]) Schon im Mai wandten sich mehrere polnische Emigranten durch Vermittlung eines Professors in Florenz an den galizischen Demokraten Romanowicz in Krakau mit einem Memorandum, in dem ein feierlicher Protest aller Polen gegen das Verfahren der preußischen Regierung gefordert wurde. Romanowicz riet, den Ausgang der Wahlen in den Wiener Reichsrat abzuwarten. Man werde dann neben polnischen auch andere slawische und deutsche Abgeordnete für die Idee gewinnen und eine Interpellation im Reichsrat in Szene setzen können, zumal die preußische Regierung auch die österreichischen Polen mit Ausweisung bedrohe. (Fasc. 22/Gre. 2095/M. I. 1885.)

[103]) Vgl. zum Folgenden: M. R. 65 vom 4. Oktober 1885 und Stenogr. Prot., 10. Session, 1. Bd. S. 48—50. und S. 178/9. — Über Grocholski vgl. das Urteil Hausners (829/4 J. B. 86): „Nur Grocholski allein besitzt noch einigen Einfluß nach oben, den er vornehmlich dazu benutzt, die polnische Vertretung wenigstens in der dermaligen Machtfülle zu erhalten".

[104]) In dem Art. heißt es: „Die Angehörigen der vertragschließenden Teile sollen gegenseitig in bezug auf Antritt, den Betrieb und die Ab-

pellanten hielten daher die österreichische Regierung für verpflichtet, auf Zurücknahme der Maßregel und auf angemessene Entschädigung der bereits Ausgewiesenen hinzuwirken. Sie erwarten ferner von der österreichischen Regierung Hilfeleistung für die Ausgewiesenen.

Am 4. Oktober 1885 beschäftigte sich der österreichische Ministerrat mit dieser Interpellation. Es war zunächst nur ein vorläufiger Gedankenaustausch beabsichtigt,. Das Referat hatte der galizische Landsmann-Minister Freiherr von Ziemiatkowski. Er bejahte von sich aus die Frage, ob man gestützt auf den Vertragsartikel 19, eine Zurücknahme der Ausweisungsmaßregeln fordern könne. Da aber schon ein diplomatischer Gedankenaustausch stattgefunden habe[105]), könne der Ministerrat erst nach Rücksprache mit dem Minister des Äußeren zu einem Beschluß kommen.

Der Ministerpräsident Taaffe konnte die Ansicht Ziemialkowskis über den Art. 19 des Handelsvertrages nicht teilen, ihm schloß sich der Ackerbauminister Graf Falkenhayn an. Falkenhayn erschien es wichtig, sich darüber klar zu werden, ob die Ausweisungsmaßregel lediglich als eine innere Angelegenheit Preußens, die man als solche über sich ergehen lassen müsse, anzusehen sei.

Dagegen vertrat gleich dem galizischen Landsmannminister auch der Finanzminister Ritter von Dunajewski den Standpunkt, „daß die vorliegende, mit einem nie vorgekommenen Zynismus einfach von der Tendenz der Austreibung der Katholiken und Polen getragene Ausweisungsmaßregel allerdings einen Bruch des Handelsvertrages involviere". Die ganze Angelegenheit erschien ihm mehr oder weniger als eine „Machtfrage".

Der Justizminister Frhr. v. Pražak trat dafür ein, bei den Vorstellungen in Berlin auf die Möglichkeit eines „reziproken Vorgehens" von österreichischer Seite hinzuweisen, und stellte zur Erwägung, ob nicht Entschädigungsansprüche an Preußen gestellt werden könnten.

Eine solche „Retorsionsdrohung" erschien Dunajewski nicht richtig, „wenn man nicht zugleich auch ernstliche Gründe habe und entschlossen sei, die Retorsion zu üben".

Darauf hielt es der Ministerpräsident für erwünscht, im Abgeordnetenhause mitzuteilen, daß man mit der Ausweisung preußischer Untertanen vorgehen könne, wenn sich mit Rücksicht auf die inneren Verhältnisse ein Anlaß dazu biete.

Während Taaffe und Falkenhayn sich dafür aussprachen, in der Beantwortung der Interpellation die Motivierung Bismarcks nicht anzugeben und lediglich hervorzuheben, daß die preußische Regierung die Maßregel als eine innere Frage betrachte, hielt es Dunajewski „in Rücksicht auf die Stellung der Regierung im Reichsrate, für wichtig, die wesentlichen Motive Bismarcks anzuführen".

Die Fassung der Interpellationsbeantwortung kam in der Minister-

---

gaben von Handel und Gewerbe den Inländern völlig gleichgestellt sein".

[105]) Vgl. Nr. 1080/M. P. 85.

ratssitzung vom 8. Oktober 1885 zustande[106]). Vom Ministerium des Äußeren lagen zwei Denkschriften vor, in denen es seinen Standpunkt in der Ausweisungsfrage, mit Rücksicht auf den Handelsvertrag und das Völkerrecht, begründete und zu der Auffassung kam, daß weder auf Grund des Völkerrechts noch auf Grund der vertragsmäßigen Abmachungen ein Anhaltspunkt für eine prinzipielle Bekämpfung der Ausweisungsmaßnahmen gegeben sei. Eine Anführung der Motive Bismarcks in der Interpellationsbeantwortung hatte Kálnoky abgelehnt, mit der Begründung, daß die betr. Note Bismarcks einen vertraulichen Charakter habe. Dagegen wünschte Kálnoky, daß man die wohlwollende Berücksichtigung der einzelnen Fälle, die Bismarck in seiner Note zugesichert hatte, im Abgeordnetenhause mitteile. Vom Geltendmachen von Entschädigungsansprüchen, wie sie der Justitzminister angedeutet hatte, könne keine Rede sein.

Die Ausführungen des Ministeriums des Äußeren wurden von dem Referenten Ziemiatkowski einer scharfen Kritik unterzogen. Die Motivierung seines Standpunktes, die das Ministerium des Äußeren in einer so wichtigen Angelegenheit gab, machte auf ihn „einen höchst traurigen Eindruck". Die angeführten Argumente erschienen ihm dürftig, und er begründete seinen entgegengesetzten Standpunkt in längeren Ausführungen. Da er der Ansicht war, daß die Darlegungen Kálnokys nur „Anlaß zu manigfachen Anfechtungen" geben könnten, wünschte er, daß sie in der Interpellationsbeantwortung nicht aufgenommen würden.

In der anschließenden Diskussion ging das Bestreben dahin, dem Abgeordnetenhause keine Angriffspunkte für eine Debatte über die Interpellation zu geben. Graf Taaffe wollte sich mit Grocholski persönlich ins Einvernehmen setzen, um wenigstens von seiten der Rechten keine Debatte hervorzurufen. Auch mußte man den Anschein vermeiden, als ob man „lediglich aus Schwäche" nicht auftreten könne.

In der endgültigen Fassung der Interpellationsbeantwortung wurde die Ausweisung als „eine rein interne, durch die Verschiebung der konfessionellen und sprachlichen Verhältnisse hervorgerufene Maßregel" dargestellt[107]). Bei diesem Standpunkt der preußischen Regierung stelle eine Berufung auf das Völkerrecht und den Handelsvertrag einen günstigen Erfolg nicht in Aussicht. Daher könne die Regierung keine weiteren Schritte wegen Aufhebung dieser Maßregel unternehmen. Die wohlwollende Berücksichtigung, die Bismarck versprochen hatte, wurde erwähnt, Unterstützung der Hilfskomitees durch Bewilligung von Geldsammlungen und Ermäßigung der Fahrpreise auf den Staatsbahnen wurde zugesichert[108]).

---

[106]) Vgl. M. R. 66 v. 8. Oktober 1885.

[107]) Vgl. Beilage 3 u. 4 zu M. R. 66.

[108]) Die milde Handhabung der Ausweisungspraxis gegenüber den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen findet ihre Bestätigung in den Berichten des k. u. k. Konsuls Stadler in Breslau. (Fasc. 20/1. 4857/M. I. 1885 u. Fasc. 20/1. 4747/M. I. 1885.) Durch persönliche Vermittlung des Konsuls gelang es, die größeren Geschäftsleute von der

In gleichem Sinne fielen auch die Erklärungen Kálnokys im Budgetausschuß der Reichsratdelegatiaonen am 10. November 1885 aus [109]).

Mehrmals noch nahm Bismarck im Laufe des Jahres 1885 die Gelegenheit wahr, in Reichstagsreden auf die polnische Gefahr hinzuweisen und damit den Standpunkt der preußischen Regierung in der Ausweisungsfrage zu rechtfertigen. So hob er am 14. März 1885 im Anschluß an eine Rede Richters hervor, daß es gar nicht unnatürlich sei, wenn strebsame Mitglieder gewisser Fraktionen eine gewisse Ungeduld empfänden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheine. Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen sei ja doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Dabei konnte sich Bismarck auf die Haltung der französisch-chauvinistischen und der polnischen Presse stützen. Am 16. Mai 1885 stellte er, als v. Jazdzewski die Behauptung des Kanzlers zurückwies, die Frage: „Ist nicht die Herstellung des Königreichs Polen eines von den offen aufgestellten Idealen seiner Landsleute und namentlich der Fraktion, die hier vertreten ist?" . . . „Es liegt ja allerdings im Interesse der Herren, mit ihren Absichten nicht zu früh an den Tag zu treten, einen Mantel über dieselben zu breiten und sich dadurch das Recht zu erkaufen, in dem Schoße des deutschen Reichstages das Deutsche Reich zu bekämpfen" [110]).

Der Widerstand der oppositionellen Parteien gegen die Ausweisungsmaßnahmen war jedoch mit der Anfrage im Abgeordnetenhaus im Mai 1885 noch nicht erschöpft, man versuchte jetzt einen Konflikt zwischen der Reichsregierung und den Bundesstaaten herbeizuführen; am 1. Dezember 1885 stand auf der Tagesordnung des Reichstags eine Interpellation in der Ausweisungsfrage, die durch v. Jazdzewski und die polnische Fraktion unterstützt und von zahlreichen Mitgliedern des Zentrums, den Freisinnigen, Sozialdemokraten, Elsaß-Lothringern und dem

---

Gefahr der Ausweisung zu retten. Aus einer Liste österreichischer Staatsangehöriger, die Stadler beifügt, geht hervor, daß es sich zum größten Teile um jüdische Geschäftsleute handelte. (Anlage ad 4857/M. I. 1885.) Dem Konsul Stadler wurde von dem Ministerium des Äußeren eine Spende von 2 000 ℳ zur Verfügung gestellt. Auf den Antrag Stadlers ist es auch zurückzuführen, daß den Ausgewiesenen neben freier Fahrt auch freier Transport des Umzugsguts zugesprochen wurde. (Fasc. 20/1. 4470/M. I. 1885. Erlaß 38838 des Handelsministers v. 9. November 1885.) Die Erwerbung österreichischer Staatsbürgerschaft für von Preußen ausgewiesene russische Staatsangehörige wurde durch einen Erlaß des Innenministeriums an den Statthalter in Lemberg vom 1. August 1885 geregelt. (Fasc. 8/3217/M. I. 1885.) Zum Vergleich sei angeführt, daß der russische Kaiser aus seiner Privatschatulle 30 000 Rubel für hilfsbedürftige russische Ausgewiesene stiftete. (Bericht Nr. 14 B, Warschau, 1. Mai 1886. St. A.)

[109]) Schulthess 1885, S. 226/7; Kálnoky hob hervor, daß die Mehrzahl der Ausgewiesenen galizische Juden seien.

[110]) Reden XI, S. 287/98.

Dänen Junggreen eingebracht war [111]). Eine kaiserliche Botschaft, die Bismarck verlas und näher begründete, stellte fest, daß die Rechtsauffassung, zu welcher die Mehrzahl der anwesenden Abgeordneten durch ihre Unterstützung der gedachten Interpellation sich bekannt habe, in Widerspruch mit dem deutschen Verfassungsrecht stehe.

Der Bundesrat wies die Interpellation einstimmig zurück [112]).

In seiner Rede am 1. Dezember 1885 betonte Windthorst, daß sich das Recht der Interpellation beim Reichstag nicht bestreiten lasse, nachdem in Ungarn und von Kálnoky in den Delegationen gesagt sei, die Ausweisungen aus Preußen seien wegen konfessioneller und sprachlicher Verschiebungen erfolgt, während in Preußen der Minister des Innern versichert habe, daß der konfessionelle Gedanke nicht maßgebend gewesen sei.

Nach der Abweisung der Interpellation durch den Bundesrat konnten die Ausweisungen nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Sie erstreckten sich bis weit ins Jahr 1886 hinein. Mitte Juli 1886 wurden die Ausweisungsfaszikel in Breslau geschlossen, wenigstens sollte, was nun noch an Ausweisungen erfolgte, nicht mehr in die Kategorie der gegen die fremden „Polen" gerichteten fallen [113]).

Daß die Ausweisungspraxis gegenüber den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen im allgemeinen milde gehandhabt wurde, war schon hervorgehoben worden, ebenso, daß sie sich sowohl gegen die Juden wie gegen die Polen richtete [114]).

Über die Zahl der Ausgewiesenen, die sich nach Galizien begaben und dort Unterkunft fanden, — ein großer Teil der Ausgewiesenen wanderte nach Russisch-Polen zurück oder nach Amerika aus — sind wir durch die Berichte des Statthalters in Lemberg genau orientiert. Die Gesamtzahl der bis zum 31. August 1886 in Galizien überhaupt eingetroffenen russischen Untertanen wird mit 576 Familien und 1726 Personen angegeben, davon waren noch 55 Familien mit 137 Personen unterzubringen. Die Gesamtzahl der bis zum 31. August eingetroffenen österreichischen Untertanen wird mit 218 Familien angegeben [115]).

---

[111]) Die Verhandlungen in Dt. Gesch. Kal. 1885, I, S. 246 ff. Über die Haltung der Parteien zur Ausweisungsfrage: Dt. Gesch. Kal. 1885, I, S. 302 ff.

[112]) Vgl. Wendt, S. 57.

[113]) St. A. Bericht Nr. 46 des Grf. Széchényi, Berlin, 17. Juli 1886.

[114]) Vgl. Fasc. 8. 4469/M. I. 1885 und Bericht des Konsuls Stadler Nr. 1267, Breslau, 14. Oktober 1885.

[115]) Vgl. Fasc. 3983/M. I. 1886. Zum Vergleich seien noch einige Zahlen aus früheren Statthalterberichten angeführt: Fasc. 8. 4862/M. I. 1885: Stand v. 14. November 1885:

In Krakau sind bish. eingetroffen: 289 Familien, 992 Personen;
In Lemberg sind bish. eingetroffen: 34 Familien, 56 Personen;
Von diesen wurden untergebracht:
323 Familien, 1048 Personen.

Wendt gibt nach Egelhaaf [116]) die Zahl der ausgewiesenen Polen mit 30 000 an. Wenn man diese Zahl mit den vorliegenden Angaben der Statthalterberichte vergleicht, erscheint sie reichlich hochgegriffen, zum mindesten wird durch diesen Vergleich von neuem bestätigt, daß die Ausweisungspraxis gegenüber den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen mit größter Milde gehandhabt wurde. Sie betraf also vorwiegend russische Staatsangehörige, von denen der größere Teil nach Rußland zurückwanderte, sofern es die Ausgewiesenen nicht vorzogen, nach Amerika auszuwandern; das galt besonders für das semitische Element [117]).

Besondere Erregung riefen die Ausweisungsmaßnahmen bei der polnischen sozialistischen Partei hervor, und zwar sowohl in Galizien wie in Russisch-Polen.

In Russisch-Polen richtete sich die hochgradige Erregung in den Arbeiterkreisen vornehmlich gegen die dort beschäftigten Arbeiter deutscher Nationalität [118]). So sehr auch von russischer Seite jede Maßnahme der preußischen Regierung gegen die Polen im Interesse der eigenen Polenpolitik begrüßt wurde, so vermerkte man es andererseits auch nicht ungern, wenn diese Maßnahmen nebenher eine Beschränkung des deutschen Arbeiterelements in Russisch-Polen mit sich brachten.

Auch bei der polnischen Emigration gingen die Wogen der Erregung hoch. So fand im Februar 1886 in Zürich eine große Versammlung gegen die Polenausweisung statt; man hatte versucht, dieser Versammlung einen „durchaus neutralen Charakter" zu sichern. Da sich aber unter den Züricher Professoren niemand fand, der das Referat übernahm, trug die Versammlung, an der auch über 1000 Deutsche teilnahmen, einen rein sozialistischen Charakter.

Die Resolution, die von der Versammlung angenommen wurde, bezeichnete die Polenausweisungen „als eine Schmach für unsere Kultur und einen Faustschlag gegen alle Humanität und Freiheit" [119]). Man sah in ihnen den „Ausfluß einer ‚brutalen Junkerpolitik'" [120]).

Vom Krakauer Komitee:	273 Familien,	952 Personen:
Vom Lemberger Komitee:	25 Familien,	39 Personen,
	298 Familien,	991 Personen.

Fasc. 8. 126/M. I. 1886. Stand vom 31. Dezember 1885: Gesamtzahl der eingetroffenen russischen Untertanen: 375 Familien, 1168 Personen; davon sind noch unterzubringen: 36 Familien, 83 Personen. Gesamtzahl der eingetroffenen österreichischen Untertanen: 115 Familien.

[116]) Wendt, S. 56; Egelhaaf, S. 191.

[117]) St. A.: Bericht Nr. 28 C (Vizekonsul Pietschka), Warschau, 16. August 1885.

[118]) s. Anm. 117.

[119]) Vgl. 705/4 I. B. 86 (24. Februar 1886).

[120]) Es ist bemerkenswert, daß von dem Referenten die schwache Stelle auch der zukünftigen Polenpolitik Bismarcks richtig erkannt wurde, wenn er feststellte, daß die Maßnahmen sich doch in der Haupt-

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Wert der Maßnahmen Bismarcks für die Zukunft zu beurteilen, es genügt für unseren Zweck, wenn wir feststellen, daß es sich für Bismarck damals um Maßnahmen handelte, die im Rahmen seiner allgemeinen Politik notwendig erschienen.

Bismarck mußte versuchen, Grundlagen zu schaffen, auf denen sich eine ersprießliche Politik im Sinne des Zweibunds und des Drei-Kaiser-Bündnisses entwickeln konnte.

Er brauchte dabei scharfe Maßregeln gegenüber den russischen Polen nicht zu scheuen, da er sich in einer Polenpolitik dieser Art mit den Russen einig wußte [121]).

Bezeichnend ist es, daß sich selbst bei einer durchaus nicht bedeutungsvollen Angelegenheit, wie den internen österreichisch-ungarischen Verhandlungen in der Ausweisungsfrage, die Bruchlinien angedeutet finden, die früher oder später zu einem Verfall der Donaumonarchie führen mußten. Man empfindet den Gegensatz zwischen der Leitung der äußeren Politik, die vor allem die großen Gesichtspunkte herauszustellen bemüht ist, und der kleinlichen Führung der inneren Politik, die in ihrem Nachgeben gegenüber den autonomen Bestrebungen der einzelnen Nationalitäten und in ihrer Scheu vor der parlamentarischen Kritik lieber manches vertuscht, anstatt ein offenes Spiel zu treiben.

Es muß anerkannt werden, daß Kálnoky seinen Standpunkt durchzusetzen vermochte, und daß es ihm im allgemeinen gelang, seinen Einfluß auch in der inneren Politik geltend zu machen, sobald die Gefährdung der außenpolitischen Beziehungen durch Übergriffe der Parteien zu befürchten war [122]).

---

sache gegen den polnischen Adel richteten, gelänge es auch, „den polnischen Adel zu expropriieren, so seien noch die 2 Millionen polnischen Landvolkes da mit einem kräftig erwachenden Klassenbewußtsein, das um so leidenschaftlicher zum Ausdruck gelangen würde, wenn der Gutsherr ein Nationalfeind sei...“ .

[121]) Vgl. St. A.: Bericht Nr. 12 B (von Krauß), Warschau, 27. März 1886: „...kann man auch noch nicht sagen, es sei das rückhaltlose Vertrauen in den westlichen Nachbar wiedergekehrt, so überwiegt dennoch, namentlich in offiziellen Sphären, die Befriedigung, daß von seiten der preußischen Regierung gegenüber den Polen ein Modus vivendi inauguriert werde, wie er den hier maßgebenden Intentionen nicht besser zu entsprechen vermöchte...“.

[122]) Bezeichnend hierfür ist die „Erklärung des Abgeordneten Hausner“ in einem konfiszierten Exemplar der Gazeta Powszechna, Lemberg, Nr. 9, 28. Februar 1886 (829/4 J. B. 86), in der er auch von der Haltung des Polenklubs zur Politik Kálnokys spricht. Vgl. a.: St. A.: Bericht Nr. 3 A (v. Krauß) Warschau, 20. Januar 1886, in dem über die Neujahrsbetrachtung des Kurjer Warszawski aus der Feder des Wiener Korrespondenten Szczepański berichtet wird; hier wird hervor-

Freilich darf nicht übersehen werden, daß hinter den Kulissen vieles spielte, was in der offiziellen Berichterstattung nicht zum Ausdruck kam [123]).

3. Kirchenpolitik und polnische Frage.

Daß Bismarck, wenn auch in ganz anderer Weise als Kálnoky, mit dem Widerstand der Parteien zu rechnen hatte, war schon erwähnt worden [124]).

Der Kulturkampf hatte bekanntlich zum Konflikt Bismarcks mit dem Erzbischof Ledochowski geführt, auf den wir in userem Zusammenhang nicht näher einzugehen brauchen [125]). Jahrelang blieb der erzbischöfliche Stuhl unbesetzt, während Ledochowski von Rom aus seinen Feldzug für das katholische Polentum weiterführte [126]).

Anfang März 1885 erfolgte die Ernennung Ledochowskis zum Sekretär der Breven. Darin sah man einen Beweis dafür, daß nunmehr in Rom der Gedanke an eine Rückkehr Ledochowskis aufgegeben sei [127]).

gehoben, daß der Dualismus, die Orientpolitik und die Politik des Deutschen Reiches die Donaumonarchie notwendigerweise in slawische Bahnen dränge. Die Zentralregierung könne auf dieser Bahn nur schrittweise vorgehen. Die Polen machten es sich nun zur Aufgabe, diesen Prozeß zu beobachten und ihn in einem gegebenen Moment durch ihren Einfluß zu beschleunigen, jedoch ohne die innere und äußere Lage der Monarchie zu gefährden. So lasse sich die Haltung des Polentums begreifen.

[123]) Gerade die Beschäftigung mit der polnischen Frage bestätigt die methodisch-wertvolle Einsicht, daß ein historisches Bild, das sich allein auf offizielle Berichte stützt, immer mehr oder weniger einseitig und falsch sein wird; dasselbe gilt natürlich von Darstellungen, die sich allein auf Denkwürdigkeiten von Staatsmännern stützen. Es gibt wohl kaum einen Staat außer Rußland, in dem das Konfidenten- und Spitzelwesen so geblüht hat wie in Österreich-Ungarn. Es war schon einmal darauf hingewiesen worden, daß gerade bei Behandlung der polnischen Frage ein vorsichtiges Heranziehen von Berichten dieser Art nicht zu umgehen ist.

[124]) Selbst Waldersee, der doch in seinen Ansichten über die polnische Frage, wie wir gesehen hatten, mit Bismarck übereinstimmte, konnte sich nicht enthalten, über die „unglaublichen Härten" bei der Ausweisung zu klagen; er schließt sogar das Urteil an: „Es beweist dies übrigens auch, wie er die Menschen zu charakterlosen Figuren macht, was zu bedauern ist". (Waldersee, Denkw. I, 31. Januar 1886, S. 273.)

[125]) Wendt, S. 47 ff.

[126]) Wie stark die allgemein polonisierende und katholisierende Tätigkeit Ledochowskis auch späterhin war, beweist z. B. St. A.: Bericht 12 C (von Krauß), Warschau, 27. März 1886. Hier wird von dem Kampf der Russen gegen die katholische Propaganda gesprochen; hierbei wurden auch Briefe Ledochowskis beschlagnahmt.

[127]) Germania vom 10. März 1885.

Trotzdem bauten die Polen auf die Freundschaft des Papstes. Sie hielten es für unmöglich, daß sie einem von der Regierung auserwählten „Germanisator" unterstellt werden könnten [128]). Umso größer mußte ihre Enttäuschung sein, als am 27. Januar 1886 Kardinal Ledochowski einem Mitglied des Domkapitels in Posen seinen Verzicht mitteilte und Julius Dinder als seinen Nachfolger bezeichnete [129]).

Die Ernennung Dinders blieb übrigens nicht ohne ein kleines diplomatisches Nachspiel zwischen Wien und Berlin, das die polnische Frage von neuem als einen Stein des Anstoßes zwischen den Bundesmächten kennzeichnet und uns zeigt, wie ein gemeinsames Handeln der Polen über die Grenzen der Teilgebiete hinaus immer wieder versucht wurde.

Noch ehe die Ernennung Dinders allgemein bekannt wurde, wurde den Posener Polen von seiten ihrer Abgeordneten der Wink gegeben, überall, wo Polen wohnen, Unterschriften g e g e n die Ernennung Dinders zu sammeln [130]). In einem Artikel vom 24. Februar 1886 warnte der Kurjer Poznański vor Unterzeichnung einer Dinder-Adresse, die angeblich durch Vermittlung des Geistlichen Adam Slotwinski in Krakau dem Papst überreicht werden sollte [131]). Sie sollte von einem Revolutionär von 1863, Agathon Giller, ausgegangen sein und in Galizien schon 50 000 Unterschriften gefunden haben. Eine Unterzeichnung dieser Adresse widersprach den Ermahnungen Ledochowskis, der seine Getreuen in einem Abschiedsschreiben aufgefordert hatte, sich dem Willen des Papstes zu fügen [132]).

Auf diese Zeitungsnachrichten hin wurde Prinz Reuß von Bismarck ersucht, den Grafen Kálnoky vertraulich auf Beteiligung österreichischer Untertanen an der Agitation aufmerksam zu machen. Man rechnete darauf, daß die österreichisch-ungarische Regierung eine derartige Einmischung in Interessen eines befreundeten Nachbarstaates nicht dulden werde [133]).

Kálnoky billigte den Standpunkt der deutschen Regierung und versprach, mit Taaffe Rücksprache zu nehmen [134]).

Dem österreichischen Ministerpräsidenten war die Idee einer Dinder-Adresse wohl durch die Zeitung bekannt geworden, er wußte aber nichts von den 50 000 Unterschriften in Galizien und betonte, daß in Galizien

---

[128]) Kurjer Poznański, 2. Januar 1886.

[129]) Die Ernennung Dinders erfolgte am 3. März, seine Einführung am 8. Juni 1886. Dt. Gesch. Kal. 1886. I, S. 176 ff. Charakteristik Dinders bei Lucius, S. 349/50.

[130]) Pol. Arch. Beil. z. Ber. Reuß' Nr. 164, 22. März 1886.

[131]) Kurjer Poznański Nr. 44, 24. Februar 1886.

[132]) Das Abschiedsschreiben v. 2. März 1886. s. Dt. Gesch. Kal. 1886 I, S. 175. Eine weitere Warnung erfolgte im Kurjer Poznański Nr. 51, 4. März 1886 .

[133]) Pol. Arch. Erlaß Nr. 178 n. Wien, 8. März 1886.

[134]) Pol. Arch. Ber. Reuß' Nr. 147, 10. März 1886.

von den offiziellen und polnischen Kreisen einer solchen Agitation entgegengetreten worden sei [135]).

Am 14. März brachte die „Vossische Zeitung" ein Privattelegramm aus Posen, nach dem die Petition der Polen an den Papst dem Kardinalstaatssekretär Jacobini überreicht worden war. Der Staatssekretär habe die Petition sehr ungnädig aufgenommen und bedauert, daß die Polen dem Papst seine ohnehin sehr schwierige Stellung noch mehr erschwerten [136]).

Diese Zeitungsnotiz veranlaßte den österreichischen Ministerpräsidenten zu einer Nachfrage bei der Statthalterei Lemberg [137]).

Der Bericht des Statthalters wies nach, daß die Initiative zu der Dinder-Adresse von Posen ausgegangen sei; man habe vergeblich den Versuch gemacht, die galizisch-polnischen Kreise dafür zu interessieren. Es seien in Galizien keine Unterschriften gesammelt worden [138]).

Die Angaben des Statthalterberichts werden im allgemeinen bestätigt durch ein aus Posen nach Krakau gelangtes Privatschreiben v. 17. März 1886, das dem Prinzen Reuß zur Klärung der ganzen Angelegenheit von Kálnoky übergeben wurde [139]).

In der Tat gingen in Rom mehrere Petitionen aus Posen gegen Dinder ein, an denen sich aber weder Adel noch Geistlichkeit oder irgend bekannte Personen beteiligt hatten. Der Papst ließ an geeigneter Stelle in Posen sein Mißfallen darüber ausdrücken [140]).

Dieses kleine Intermezzo ist insofern lehrreich, als es uns zeigt, wie schwierig es gerade bei der Beurteilung von Fragen, die das Polentum der Teilgebiete gemeinsam angingen, ist, sich darüber klar zu werden, woher nun eigentlich der Anstoß zu den Agitationen ausging. Während der Kurjer Poznański die Urheber der Bittschrift in Galizien sieht, wird von dem galizischen Statthalter jede Beteiligung der galizischen Polen abgestritten. Als letzte Quelle muß schließlich ein zufällig aufgegriffenes polnisches Privatschreiben herhalten, dessen Angaben doch keinesfalls völlig zu trauen ist.

Am Wesen des Kulturkampfes änderte freilich der Verzicht Ledochowskis und die Ernennung Dinders unmittelbar wenig, hatte doch inzwischen in Rom die optimistische Auffassung früherer Augenblicke einer nüchternen Anschauung Platz gemacht. Sah man früher in dem bekannten Briefe Bismarcks an Leo XIII. den Beginn friedlicher Gesinnung und aufrichtiger Verhandlungen, so war man jetzt geneigt, ihn als eine „Demonstration gegen die jetzige Politik König Humberts" aufzu-

---

[135]) Pol. Arch. Ber. Reuß' Nr. 151, 13. März 1886.

[136]) Voss. Ztg. Nr. 123, 14. März 1886. Neue Freie Presse Nr. 7741. 16. März 1886.

[137]) 903/4 I. B. 1886.

[138]) 1127/4 I. B. 1886. Über die angebliche Beteiligung des Paters Slotwinski in Krakau war ein Dementi in der Nowa Reforma Nr. 49 v. 1. März 1886 erschienen.

[139]) Pol. Arch. Ber. Reuß' Nr. 164, 22. März 1886.

[140]) Pol. Arch. Ch. Telegr. Schlözers aus Rom, Nr. 37, 22. März 1886.

fassen [141]). Man gab sich also in Rom keinen Illusionen über die Tragweite und Bedeutung des bekannten Briefwechsels hin, faßte ihn vielmehr als eine besondere Höflichkeit des Reichskanzlers auf, die dem Gefühle entsprungen war, daß Italien nur der Form nach an der Seite der beiden Kaisermächte stehe, dem Wesen nach jedoch ganz mit England gehe [142]).

In dem Streit um die kirchenpolitische Vorlage glaubte schließlich die preußische Regierung in dem Bischof Dr. Kopp jene Persönlichkeit gefunden zu haben, die der Kirchenpolitik des Reichskanzlers das Einlenken und Nachgeben erleichtern konnte, ohne dieser notwendig gewordenen Schwenkung den Anschein eines Rückzuges vor dem geschlossenen Vorgehen des unbequemen Zentrums zu geben [143]). Die von Kopp gestellten Anträge zur kirchenpolitischen Vorlage wurden im März 1886 von der Kommission des Herrenhauses in zweiter Lesung im allgemeinen angenommen.

Von polnischer Seite faßte man dieses Nachgeben des Fürsten Bismarck allerdings als eine neue Demonstration gegen die Polen auf [144]).

Anfang April 1886 war es endlich soweit, daß man von einer Klärung der bisher so verworrenen staatskirchlichen Beziehungen sprechen konnte [145]).

Es war immerhin möglich, dieses Einlenken gegenüber der Kurie als das Ergebnis politischer Erwägungen anzusehen, die in engem Zusammenhang mit der polnischen Frage standen [146]).

---

[141]) St. A. Ber. Széchényis Nr. 21 C, Berlin, 13. Februar 1886.

[142]) Bezeichnend für die Beurteilung des Verhältnisses Bismarcks zu Leo XIII. ist auch eine Episode, die Széchényi in seinem Bericht Nr. 40 C v. 27. März 1886 erzählt: „Es war beim Diner des Reichskanzlers am Geburtstage des Kaisers Wilhelm, zu welchem stets die hiesigen Vertreter aller Mächte vollzählig geladen sind. Ich kam an die linke Seite der Fürstin Bismarck zu sitzen, und kaum, daß wir uns an die Tafel niedergelassen hatten, wandte sie sich zu mir und sagte in Begleitung eines feinen und vielsagenden Lächelns: „Sehen sie doch meinen Mann an, er hat heute seinen Christusorden angelegt, und es dürfte dies meinem Nachbarn zur Rechten (es war dies der italienische Botschafter) nur wenig Freude bereiten".

[143]) St. A. Ber. Széchényis Nr. 32 C, Berl. 13. März 1886.

[144]) St. A. Ber. Széchényis Nr. 35, Berl. 17. März 1886.

[145]) St. A. Ber. Széchényis Nr. 50 A, Berlin, 10 April 1836.

[146]) St. A. Ber. Széchényis Nr. 52, Berl. 13. April 1886.

Hier heißt es: „Einerseits kennt Bismarck zu gut den Einfluß des katholischen Klerus in den slawischen Teilen Preußens, andererseits verschließt er sich keineswegs der Einsicht, daß seine Pläne betreffs der Germanisation Posens selbst im Zentrum beifällig aufgenommen würden, wenn von denselben das Odium einer konfessionellen Maßregel, welches ihnen jetzt anhaftet, genommen würde. Nach Ansicht wohlunterrichteter Kreise sei der Kanzler von diesem Gesichtspunkte aus bestrebt, auch die Aversion zu mildern, die der Kaiser dagegen habe, nach Canossa gegangen zu sein."

Während noch im Februar 1886 Nachrichten durch die Presse gingen, daß die Polen in Galizien beabsichtigten, Herrn Windthorst eine Adresse zu überreichen[147]), mußte die polnische Presse im Mai 1886 sich eingestehen, daß die Polen von Rom aufgegeben seien, daß Windthorst sie verlassen und verraten habe[148]).

4. Die Ansiedlungspolitik Bismarcks

Wir sind mit unserer Betrachtung der kirchenpolitischen Frage den Ereignissen ein wenig vorausgeeilt; die veränderte Stellung des Zentrums zu den Polen gewinnt ihre tiefere Bedeutung erst im Zusammenhange mit den neuen Maßnahmen Bismarcks in der Polenpolitik, die seit Anfang 1886 eingeleitet wurden.

In der Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 14. Januar 1886 wurden neue Vorlagen in dieser Richtung angekündigt, die zunächst Verwunderung und Aufsehen erregten[149]).

Zur Grundlage der Maßnahmen, die durch staatliche Siedlungen der Polonisierungsgefahr im Osten entgegenzutreten bezweckten, diente eine Denkschrift des Bromberger Regierungspräsidenten von Tiedemann, die Tiedemann am 8. Januar 1886 an Bismarck abgesandt hatte. Der Fürst hatte sich entschlossen, die Sache weiter zu verfolgen, mit einigen redaktionellen Abänderungen des Fürsten kam die Denkschrift am 10. Januar 1886 in der Sitzung des Staatsministeriums zur Besprechung.

Es erschien Bismarck zunächst schwierig, eine Summe von 10 Millionen vom Finanzminister bezw. vom Abgeordnetenhaus „herauszupressen", aber Miquel zeigte mehr Entgegenkommen, als Bismarck erwartet hatte und trat ohne weiteres für eine Forderung von 100 Millionen ein.

Da man eine Verschleppung des Ansiedlungsgesetzes fürchtete, wenn seine Ausarbeitung auf die einzelnen Ressorts verteilt würde, arbeitete Tiedemann auf den Rat des Justizministers Friedberg selbst einen Gesetzentwurf aus, den er am 20. Januar 1886 fertigstellte und Rottenburg übergab.

Inzwischen hatte Tiedemann mit Enneccerus, Hobrecht und Dziembowski auch die Frage erörtert, ob nicht „gewissermaßen als Antwort (Echo) der Thronrede, eine Resolution einzubringen sei, in welcher die Bereitwilligkeit des Abgeordnetenhauses ausgesprochen werde, zu Germanisierungszwecken ausreichende Mittel zu bewilligen"[150]).

[147]) St. A. Ber. Széchényis Nr. 34 A, Berl. 16. März 1886. In einem Art. der Berl. Pol .Nachrichten v. 15. März 1886 wurde in ironischer Weise bedauert, daß Herrn Windthorst der Lorbeer „aus Polenhänden" nicht überreicht worden sei. Nach Ber. Széchényis Nr. 34 B. 16. März 1886, stammte dieser Artikel vom Reichskanzleramt.

[148]) Vgl. Dt. Gesch. Kal. 1886 I, S. 233/4. Pol. Arch., Pressebericht Nr. 103 aus Warschau, 11. Mai 1886.

[149]) Wendt, S. 57. Zum Folgenden vgl.: Notizen Tiedemanns bei Bernhard, S. 117/119 (zuerst gedr. im „Tag" 1907, Nr. 231), vgl. Lucius, S. 329 ff.

[150]) Notiz von Tiedemann vom 19. Januar 1886.

Trotz anfänglicher konstitutioneller Bedenken waren die Herren schließlich mit diesem Gedanken einverstanden, auch mit Puttkamer und Rottenburg wurde darüber verhandelt.

In der Tat wurde am 23. Januar 1886 dem Preußischen Landtag ein Antrag Achenbach eingereicht, der seine Genugtuung über die in der Thronrede angekündigten Maßregeln aussprach und die Bereitwilligkeit erklärte, die für die Maßnahmen notwendigen Mittel zu gewähren [151]). Der Antrag Achenbach kam am 28. Januar zur Verhandlung, am 29. Januar erfolgte seine Annahme [152]).

An beiden Tagen hatte Bismarck Gelegenheit, in die Debatte einzugreifen und in ausführlichen Darlegungen eine umfassende Begründung seiner Polenpolitik zu geben [153]).

Wir brauchen in unserem Zusammenhang nicht auf die Einzelheiten der parlamentarischen Verhandlungen einzugehen; es ist für uns wichtiger festzustellen, wie die Kritik aussah, die das verbündete Österreich-Ungarn an diesen neuen Schritten in der Polenpolitik übte.

Das Schwergewicht der Ausführungen Bismarcks lag entschieden in dem genauen Bild, das er von der historischen Entwicklung der polnischen Agitation entwarf [154]). Auch hob Bismarck ausdrücklich hervor, daß die preußische Regierung im Einverständnis mit den Nachbarregierungen vorgehe.

Am 29. Januar wuchs sich die Diskussion zu einem parlamentarischen Zweikampf des Reichskanzlers mit Windthorst aus, wobei Bismarck es an Schärfe gegenüber seinem politischen Gegner nicht fehlen ließ.

Széchényi vermißte an dem bisherigen Verlauf der Debatte, daß man keinen einzigen Fall aus neuerer Zeit herangezogen habe, nach dem ein Pole wegen landesverräterischer Umtriebe unter das Strafgesetz gefallen wäre. Gegen die Bemerkung Bismarcks, daß die polnischen Bauern als preußische Soldaten stets ihre Schuldigkeit getan hätten, während das von den polnischen Edelleuten nicht gesagt werden könne, erhob Széchényi den Einwand, daß in den preußischen Ranglisten eine ganze Reihe polnischer Adelsnamen zu finden sei [155]).

Die Bemerkungen, die Bismarck über die österreichisch-ungarische Monarchie gemacht hatte, konnten leicht so gedeutet werden, als sei eine Erkaltung in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland eingetreten. Sie veranlaßten Széchéniy daher zu einer Be-

---

151) Die Darstellung, die Wendt S. 93, Anm. 229, gibt, berücksichtigt die Notizen Tiedemanns garnicht und ist infolgedessen trotz aller Umständlichkeit nicht in allem richtig.

152) Am 27. Februar 1886 nahm das Herrenhaus einen ähnlich lautenden Antrag Kleist-Retzow an. (Vgl.: Dt. Gesch. Kal. 1886, I, S. 132.)

153) A. H. R. 28. und 29. Januar 1886. Reden XI, S. 407—47 und S. 453—71.

154) St. A. Ber. Széchényis Nr. 12, 29. Jänner 1886.

155) St. A. Bericht Széchényis Nr. 13 B. 30. Jänner 1886.

trachtung über das österreichisch-deutsche Bündnis[156]). Er beurteilt die deutsche Politik im allgemeinen sehr scharf und hält sie für sehr eigennützig; Bismarck und die Hohenzollern erscheinen ihm als die „nüchternsten aller Realpolitiker". „Es liegt demnach", meint Széchényi, „ganz in der Natur der Dinge, wenn unser Bündnis mit Deutschland, ohne daß deshalb bereits eine wirkliche Verschiebung in dessen Grundlagen stattfände, gewissen Fluctuationen unterworfen ist, und daß das Thermometer hier für uns stets etwas fällt, wenn es für Rußland steigt"[157]).

Da Széchényi aber im Augenblick weder eine Verminderung der von Frankreich her drohenden Besorgnisse noch eine namhafte Vermehrung des Vertrauens zu den Zuständen in Rußland feststellen kann, so hält er es nicht für begründet, in den Anspielungen auf die Verhältnisse der Donaumonarchie, die Bismarck in seiner Polenrede machte, „die Keime einer Lockerung unserer gegenseitigen Bande" zu sehen.

Von der Zweckmäßigkeit der Maßnahmen in der Ansiedlungsfrage war Széchényi übrigens durchaus nicht überzeugt. Sie trafen seiner Ansicht nach „gerade die gefährlichsten Organe der anti-deutschen Agitation nicht in ihren materiellen Interessen". Auch glaubte er, daß der Landankauf vor allem einer besonderen Klasse Nutzen bringen werde, deren Angehörige „weder Polen noch Deutsche" seien, ihre Hypothekengeschäfte würden dadurch zunächst begünstigt werden[158]).

Széchényi hat also die schwachen Punkte der Ansiedlungspolitik Bismarcks im allgemeinen richtig erkannt; während er die Frage der Ausweisungen als ein „allerdings drastisches, aber wirksames Mittel" zur Entpolonisierung des Landes bezeichnete, sah ihm die neue polnische Aktion schon im April „nicht mehr so schrecklich aus wie vor wenig Wochen"[159]).

---

[156]) Ber. Széchényis Nr. 21 A, Geh. 13. Februar 1886. Über das Echo der Polenreden im österreichischen Reichsrat und den Konflikt zwischen dem deutschen und deutsch-österreichischen Klub vgl. Schulthess 1886, S. 200.

[157]) Széchényi stellt ein Steigen des Thermometers zu Gunsten Rußlands bei Gelegenheit des ostrumelischen Aufstands fest. Anfangs habe es zwar an einem gewissen Verständnis für die Lage Österreich-Ungarns nicht gefehlt (Sz. verweist auf seine Unterredung mit Bismarck in Friedrichsruh; vgl. Gr. Pol. V 957, 958; vgl. a.: E. C. Corti, S. 204 f), als aber Kaiser Alexander auf der Wiederherstellung des Status quo bestanden habe, habe Bismarck in dem Bestreben, das russische Kabinett „mit Samthandschuhen anzufassen" in Österreich den Ruhestörer erblickt. Neuerdings sei man aber wieder geneigt, in Rußland den Spielverderber zu sehen (vgl. a. Ber. Széchényis Nr. 21 B vom 13. Februar 1886).

[158]) Ber. Nr. 27 f. (Széchényi), 27. Februar 1886 St. A.

[159]) St. A. Ber. Széchényis Nr. 61 B, 24. April 1886.

5. Die Stimmung im polnischen Lager

Um ein anschauliches Bild von dem Stand der polnischen Frage im Jahre 1886 zu erhalten, wird es zweckmäßig sein, wenn wir uns die Stimmung, die durch die Polenvorlagen Bismarcks im polnischen Lager hervorgerufen wurde, vergegenwärtigen.

Die Presseberichte des österreichisch-ungarischen und des deutschen Generalkonsuls in Warschau bieten hierfür die beste Quelle. Besonders gilt das von den Berichten des Herrn von Rechenberg, weil sie die polnische Presse aller drei Teilgebiete heranziehen.

Herrn v. Rechenberg kam unter den Diplomaten und in der Gesellschaft Warschaus eine besondere Stellung zu. In einer Reihe Feuilletons „Aus der Gesellschaft in Warschau", die der „Czas" Anfang 1886 veröffentlichte — sie sollten hauptsächlich die besondere Bedeutung der politischen Stellung Polens in Europa hervorheben, kam Rechenberg in der Beurteilung sehr gut weg. Man hob wohl hervor, er sei in Polen eher „ein preußischer diplomatischer Resident als ein Konsul", man erkannte jedoch seine Verdienste ohne Gehässigkeit an [160]).

Die Polenrede Bismarcks hatte in allen polnischen Kreisen eine tiefe Erregung hervorgerufen und durch ihre Bemerkungen, die sich nicht auf Polen allein bezogen, auch in russischen Kreisen einigermaßen verstimmt [161]).

Man kann sich aber im allgemeinen nicht dem Eindruck entziehen, daß sich die Polen im Grunde ihrer Seele durch die Bedeutung, die ihnen der Reichskanzler beimaß, geschmeichelt und in ihrem Nationalstolz gehoben fühlten. Es fehlte nicht an Stimmen, die behaupteten, wenn Bismarck so scharf gegen die Polen vorgehe, so werde er sich wohl eines Tages gezwungen sehen, selbst zur Wiederaufrichtung des polnischen Reiches beizutragen. Unverhohlen gab man der Freude darüber Ausdruck, daß Bismarck den Polen zur Einigkeit verholfen habe.

So brachte die Nowa Reforma Anfang Februar 1886 einen offenen Brief an Bismarck von einem polnischen „Patrioten" [162]). Er hob hervor, daß die Polen Bismarck Dank schuldeten, weil er zu ihrer Einigung

---

[160]) Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 10 A, 17. Januar 1886. Bismarck machte dazu die Randbemerkung: „Nicht blöde!" St. A. Ber. Nr. 6 f. (v. Krauß). 7. Februar 1886. Der Bericht Krauß' ist nicht ganz frei von Neid. Er hebt mit Genugtuung hervor, sein deutscher Kollege sei mit den Worten: „Mais vous ne croyez donc pas ce que le Czas dit de moi" zu Gurko gekommen.

[161]) St. A. Ber. 6 E (Krauß), 7. Februar 1886. Hier wird besonders die gehässige Art des Kurjer Warszawski hervorgehoben. Er brachte im Briefkasten die Notiz: „Man habe noch keine Nachricht, ob Fürst Bismarck bereits von Pasteur behandelt worden sei." Vom Chef der russischen Zensur wurde als Strafe die Weglassung der Briefkastenrubrik verhängt. Vgl. Pol. Arch. Ber. Nr. 29 (Rechenberg), 3. Februar 1886.

[162]) Er war von Dr. Jean Lestchitz gezeichnet; vgl.: Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 35, Résumé vom 9. Februar 1886.

beitrage. Als österreichischer Staatsbürger prophezeite der Verfasser, daß der Kanzler durch seine Maßnahmen die Polen noch mehr in die Arme Österreichs treiben werde [163]).

Es fehlte demgegenüber auch nicht an Zeitungsstimmen und Broschüren, die auf anderen Wegen eine Lösung der von neuem aufgerollten polnischen Frage suchten. Viel Aufsehen erregte der Brief des „wolhynischen Gutsbesitzers" in der „Schlesischen Zeitung" [164]). Dieser Brief riet den polnischen Patrioten, ihre Aspirationen auf die preußischen Provinzen aufzugeben und mit Deutschlands Hilfe für die Einigung der übrigen Provinzen zu einem Polenreiche „bis zum Schwarzen Meere" zu arbeiten.

Die polnische Presse hielt diesen Brief allgemein für eine von deutscher Seite veranlaßte Kundgebung und vermutete sogar, daß Bismarck dahinter steckte [165]).

Denselben Zielen diente eine Broschüre von E. v. Reile [166]): Die Polen sollten unter Verzicht auf das Großherzogtum Posen mit Unterstützung Deutschlands ihr Reich wiederherstellen.

„Nowa Reforma" sah auch in dieser Schrift einen Versuch, der von amtlicher Seite inspiriert sei; man wolle die nationalen Hoffnungen der Polen wecken, um auf diese Weise ihren Widerstand gegen die Maßnahmen der preußischen Politik abzuschwächen [167]).

---

[163]) Vgl. a.: Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 17 u. 20., Résumé vom 24./25. Januar und vom 28. Januar 1886.

[164]) Vgl.: St. A. Ber. Nr. 10 (Krauß), Warschau, 10. März 1886 und Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 51, Résumé vom 1. März 1886; vgl. a.: St. A. Ber. Nr. 12 B (Krauß), Warschau, 27. März 1886. Hier heißt es: „Die Desavouierung des erregten Patrioten dürfte ihren Grund einerseits in dem Widerwillen gegen jeden Verzicht auf irgendeinen Teil des ehemals polnischen Reiches haben, andererseits aber in dem Wunsche, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles vermieden werde, was die Polen bei ihren Regierungen diskreditieren und die leicht erregbaren Gemüter zu unbesonnenen Schritten verleiten könnte. Die konservativen Kreise, welche mit Krakau Fühlung haben, besorgen nichts mehr, als daß die zerstreuten Reste der alten revolutionären Organisation sich wieder zusammenfinden oder gar sozialistische Elemente sich der nationalen Sache bemächtigen."

[165]) Als Verfasser wurde im ‚Słowo' am 9. März Prof. Caro, Breslau, bezeichnet. Prof. Caro erklärte in der Abendausgabe des „Słowo" vom 12. März, daß er diesem „puerilen" Artikel fernstehe. Vgl. St. A. Ber. Nr. 11 (Krauß), Warschau, 13. März 1886.

[166]) E. v. Reile, Die Zukunft der Polen und ihre Politik in Rücksicht auf eine einstige Wiederherstellung des Königreichs. Berlin 1886.

[167]) Vgl. Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 57, Résumé vom 9. März 1886. Als einziger Feind Polens wurde Rußland dargestellt in einem Artikel: La prochaine restauration de la Pologne, in der ‚Revue universelle internationale' in Paris. Dieser Artikel wurde im ‚Dziennik Poznański' abgedruckt. In ihm hieß es, Deutschland werde eines Tages mit Polen

Andere Broschüren gingen andere Wege, so trat Graf Johann Zamojski, österreichisches Reichsratmitglied in einer Broschüre ‚Russie-Pologne'[168]) gegen die Maßnahmen Bismarcks auf. Er erstrebte eine Angliederung eines selbständigen Polens an Rußland etwa im Sinne der Stellung Ungarns zu Österreich.

Diese Broschüre blieb nicht unerwidert; der Verfasser einer in Lemberg aufgelegten Flugschrift, ein ‚deutschgesinnter Pole', sah das Heil der Polen nicht im Anschluß an Rußland oder Deutschland, sondern im engsten Anschluß an Österreich[169]).

So waren überall in den polnischen Kreisen, veranlaßt durch die allgemeine politische Lage und im besonderen durch die Polenpolitik Bismarcks, Symptome einer politischen Spannung und Erregung zu finden, die sich oft unbewußt äußerten[170]).

Die Polen hofften, es werde sich aus den Balkanwirren eine europäische Komplikation entwickeln, aus der den Polen nur Vorteile erwachsen könnten. In der Polenpolitik Bismarcks sah man die Ansätze zu einem Wiederaufrollen der polnischen Frage; es kam hinzu, daß die Polen im politischen und parlamentarischen Leben Österreichs eine bedeutende Rolle spielten. Man bedauerte es in den polnischen Kreisen lebhaft, daß die österreichische Politik nicht in das von Ungarn angegebene Fahrwasser kam, zumal man in den neuesten Erklärungen Bismarcks ein Anzeichen für den engeren Zusammenschluß der Kaisermächte Rußland und Deutschland erblickte, die in ihrer Polenpolitik den gleichen Standpunkt vertraten[171]).

Die wirtschaftliche Krisis dieser Jahre trug schließlich auch noch dazu bei, daß man nicht nur im polnischen, sondern auch im russischen Lager nur von gewaltsamen Erschütterungen die Befreiung aus dem „Zustande des Marasmus" erwartete.

Von russischer Seite wurde jeder noch so geringe Anlaß benutzt, um

---

vereint gegen die Russen ziehen. Vgl. Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 96. Résumé vom 23. April 1886.

[168]) Pol. Arch. Ber. Nr. 99 (Rechenberg), 4. Mai 1886. Die Broschüre selbst war mir nicht zugänglich.

[169]) Vgl.: Pol. Arch. Ber. Nr. 129. (Rechenberg), 5. Juni 1886. „Die nahe Zukunft Österreichs und die damit verbundene Zukunft Polens". Von einem deutschgesinnten Polen. Lemberg 1886.

[170]) Krauß erwähnt z. B. einen Vorgang, der sich im Januar 1886 im Großen Theater zu Warschau abspielte: Ein Zuschauer erhob sich während der Vorstellung und verkündete, daß Polen von Meer zu Meer, mit Rußland vereinigt, wieder erstehen werde, und verlangte vom Orchester die polnische Nationalhymne. Vgl.: Ber. Nr. 12 B, Warschau, 27. März 1886. St. Arch.

[171]) Vgl. die Broschüre ‚Wieczory Wielkopolanina', Lemberg 1886. In einer Besprechung dieser Schrift erklärte die Nowa Reforma die Polenpolitik Bismarcks aus seiner Politik gegenüber Rußlands. Vgl.: Pol. Arch., Ber. Rechenbergs Nr. 177. Résumé vom 19. und 20. August 1886.

Zwietracht zwischen die Polen zu säen und das Verhältnis Österreichs zu Rußland in möglichst schlechtem Lichte darzustellen.

Hatte Bismarck bei seinen Angriffen gegen das Polentum dem polnischen Bauern als Soldaten volle Gerechtigkeit widerfahren lassen, so liegen darin Anklänge an das Verfahren, das bei der russischen Regierung seit längerer Zeit geübt wurde. Die russische Regierung versuchte, auf das bäuerliche Element in Russisch-Polen Einfluß zu gewinnen, um den Bauern gegen den grundbesitzenden Adel auszuspielen. Der Generalgouverneur Gurko hatte sich schon 1884 gegen die Bevorzugung des Großgrundbesitzes ausgesprochen; bei den Reisen des Zaren durch Russisch-Polen wurde dafür gesorgt, daß Bauerndeputationen mit dem Kaiser Fühlung nahmen; der offiziöse „Dnewnik Warszawskij" vertrat offen die Interessen der Bauern [172]). Durch Verbreitung von Broschüren suchte man die bäuerliche Bevölkerung im Sinne der Regierung zu beeinflussen und zu kaisertreuer Gesinnung zu erziehen [173]).

Die offiziöse Presse benutzte ferner jede Gelegenheit, um durch Verbreitung sensationeller Verschwörungsgerüchte Beunruhigung und Gereitzheit unter der bäuerlichen Bevölkerung in Galizien hervorzurufen. Das geschah z. B. um die Jahreswende 1885/6 und veranlaßte einen Einspruch Kálnokys bei Gurko [174]).

Die feindliche Haltung der offiziösen russischen Presse kam dem Prinzen Reuß in Wien ganz gelegen. Denn sie unterstützte ihn bei seinen Bemühungen, den Optimismus, dem sich Kálnoky hinsichtlich der Stimmung Rußlands gegenüber Österreich immer noch hingab, zu erschüttern [175]).

Die Sucht der russischen und polnischen Presse, durch Aufnahme der abenteuerlichsten Gerüchte Aufsehen zu erregen, führte u. a. zu einer Aufbauschung der Nachrichten über einen angeblichen galizischen Bauernaufstand, die in den Ostertagen des Jahres 1886 im Vordergrund des Interesses standen.

Schon im Herbst 1885 waren Gerüchte über einen bevorstehenden Aufstand des polnischen Adels unter der Landbevölkerung Westgaliziens verbreitet worden, namentlich in den Bezirken Grybow, Gorlice, Tarnow, Pilzno und Dąbrowa. Es hieß, der Adel bezwecke die Wiedereinführung des Robot, er wolle Revanche üben für das Jahr 1846 [176]).

Die Ausweisungen der Polen aus Preußen und die verworrene Vorstellung von den politischen Vorgängen, von den Kriegsvorbereitungen

---

[172]) St. A. Ber. Nr. 6 D (Krauß), Warschau, 7. Februar 1886.

[173]) Hierher gehört z. B. die Broschüre ‚Gawędy starego Macieja z ludem wiejskim' (Plaudereien des alten Matthias mit der Landbevölkerung.) Warszawa w drukarni rządu gubernialnego 1885.

[174]) St. A. Erlaß Kálnokys nach Warschau, 21. Jänner 1886; Ber. Nr. 4 A (Krauß), 25. Jänner 1886.

[175]) Pol. Arch. Ber. Reuß Nr. 33, Geh., 18. Januar 1886. Vgl. a.: Ber. Rechenbergs, Nr. 34, 6. Februar 1886 und: Köln. Ztg. Nr. 46, 15. Februar 1886.

[176]) Vgl.: 1261/4 I. B. 1886.

in Rußland und auf der Balkanhalbinsel hatten dann ihr übriges getan, um bei der Landbevölkerung den Gedanken eines Aufstandes wachzurufen [177]).

Der Aufstand sollte in den Ostertagen 1886 losbrechen. Da die Unruhe unter den Bauern bedrohliche Formen annahm, wurde am 21. April 1886 eine Kompanie Militär aufgeboten. Sie konnte allerdings schon am 27. April zurückgenommen werden, ohne daß die Ruhe und Ordnung erheblich gestört wurde [178]).

Die in der Tagespresse verbreiteten Nachrichten, daß die Bewegung unter den Bauern durch russische und sozialrevolutionäre Agitationen veranlaßt worden sei, erschienen unbegründet. Die Beunruhigung hatte rein lokalen Charakter [179]).

Die nationalliberale Presse Deutschlands ergriff die Gelegenheit der unklaren Zustände in Galizien, um den polnischen Adel gerade hinsichtlich Österreichs als „Hindernis jeder politischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Entwicklung" darzustellen [180]).

Die russischen Kreise griffen natürlich solche Nachrichten mit großer Genugtuung auf; man sah darin einen Beweis dafür, daß das von den polnischen Nationalen als Ideal politischer Einmütigkeit gepriesene Galizien doch bedenklich Dissonanzen wahrnehmen lasse.

Der Antagonismus zwischen Adel und Bauer, den die Polen fürchteten, war in der Hand der russischen Regierung eine mächtige Waffe. Das führte wohl auch dazu, daß man Vorgänge wie die eben behandelten in polnischen Kreisen auf russische Machenschaften zurückzuführen pflegte [181]).

Konnte auf sozialem Gebiete eine unmittelbare Agitation von russischer Seite nicht einwandfrei nachgewiesen werden, so war sie auf religiösem Gebiete zweifellos nicht nur auf russischer, sondern auch auf österreichischer Seite vorhanden [182]). Den Missionsreisen galizischer Jesu-

---

[177]) Dabei soll die Verwechslung zweier ähnlich klingender Worte eine große Rolle gespielt haben: ‚wygnańcy' (die Ausgewiesenen), ‚powstańcy' (die Aufständischen).

[178]) Vgl.: 1377/4 I. B. 1886.

[179]) Vgl.: 2174/M. I. 1886. Statthalterbericht, Lemberg, 3. Mai 1886.

[180]) Vgl. St. A. Ber. Széchényis Nr. 68 D. 8. Mai 1886: „. . . Die inspirierende Partei, die es sich nicht nehmen läßt, auf die Unfehlbarkeit des preußischen Schulmeisters zu schwören, läßt eben keine Gelegenheit vorübergehen, ohne im Namen des banalen, sie charakterisierenden ‚Liberalismus der Phrase' die Bewohner Österreichs zu bedauern und jede Maßregel der k. u. k. Regierung mit ihrer allerdings wohlfeilen, wenn auch übelwollenden Kritik zu beehren . . ."

[181]) St. A. Ber. Nr. 14 A (Krauß), Warschau, 1. Mai 1886.

[182]) St. A. Ber. 12 C (Krauß), 27. März 1866 und Erlaß (streng vertraulich) Kálnokys an Krauß. 13. April 1886. In einer notice confidentielle, die am 23. Januar 1886 vom russischen Botschafter in Wien überreicht wurde, führte die russische Regierung Beschwerde gegen die Übergriffe der galizischen Jesuiten in Russisch-Polen (Fasc.

iten in Russisch-Polen entsprach eine ausgedehnte Tätigkeit der orthodoxen Geistlichkeit bei den Uniaten Galiziens.

„Die unausgesetzten Angriffe der russischen Presse gegen die Polen, das russische Strebertum, die Energie, mit der die preußische Regierung ihre Polenmaßregeln betreibt, und nicht in letzter Linie das oft regellose und unverständige Auftreten der Polen selbst" waren dazu angetan, auch von russischer Seite eine Verschärfung der Regierungsgewalt den Polen gegenüber zu veranlassen [183]).

Man war aber andererseits — wenigstens sprach die Stellungnahme einzelner russischer Blätter dafür — mit der polnischen Agitation gegen die Deutschen ganz einverstanden [184]).

Waren den Polen in Rußland die Hände gebunden, so daß sie lediglich durch die Presse und im Privatverkehr ihrer Stimmung Ausdruck gaben, so wäre es den galizischen Polen schon eher möglich gewesen, auch offiziell ihren Einfluß auf die Regierung geltend zu machen. Es entsprach aber, wie wir bereits gesehen haben, den Grundsätzen der polnischen Konservativen im Reichsrat, die Regierung möglichst zu stützen. Aus dieser Rücksichtnahme war es zu erklären, daß man gegen

---

22/Gre, 554/M. I. 1886). Die Verhaftung dreier Priester des Lubliner Dominikanerklosters führte am 31. Januar zum „Lubliner Tumult". (St. A. Ber. Nr. 7 [Krauß], 10. Februar 1886). Der Statthalter in Lemberg erhielt Anweisung, sich mit dem Provinzial des Jesuitenordens, v. Nostitz-Jackowski, in Verbindung zu setzen, um in Zukunft Übergriffe der Jesuiten zu verhüten. (Fasc. 22/Gre, 973/M. I. 1886.)

[183]) St. A. Ber. Nr. 20 B (Krauß), Warschau, 4. Juni und: Ber. Nr. 23 E (Pieetschka). Warschau, 30. Juli 1886.

[184]) Die polnische Aktion hatte sich folgende Punkte zum Ziele gesetzt:

1. Entfernung aller in Russisch-Polen ihren Erwerb suchenden Deutschen.
2. Abbruch der Handelsbeziehungen zu deutschen Handelshäusern;
3. Vollständiges Einstellen aller Bade- und Vergnügungsreisen nach Deutschland.

Ein Erfolg im ersten Punkte war schwer zu erreichen, da ja die russische Regierung den Ausweisungsmaßnahmen zugestimmt hatte und auch mit den neuen Maßregeln Bismarcks einverstanden war; auch konnten sich selbst national gesinnte polnische Industrielle nicht der Überzeugung entziehen, daß sie, wenigstens gegenwärtig die deutschen Hilfskräfte in ihren Betrieben nicht zu entbehren vermochten. Einen Erfolg im zweiten Punkte schienen die Klagen Breslauer Geschäftsleute zu bestätigen. Im dritten Punkt ließ sich ebenfalls einiges erreichen, denn das polnische Reisepublikum fürchtete den in polnischen Kreisen beliebten „nationalen Ostrazismus". Es trug noch zur Verstärkung des Hasses und des Mißtrauens gegen Deutschland bei, daß dem deutschen Generalkonsulat ein preußischer Landrat, Dr. Maurach, früher in Rastenburg, zugeteilt wurde; gegen seine „polizeilich-militärische" Stellung äußerten die Polen unverhohlen ihre Abneigung. (Bericht Nr. 22 A [Krauß], 2. Juli 1886.)

die Polenpolitik Bismarcks klugerweise nicht schärfer auftrat und sich bemühte, sie als interne Angelegenheit darzustellen, die gegenüber den wichtigeren außenpolitischen Fragen zurückzutreten habe.

Das hinderte die Bevölkerung Galiziens natürlich nicht, ihre Gefühle offen zu bekennen. Und so fehlte es nicht an Stimmen, die, gerade angesichts der Lage, gegen die Bevormundung Österreichs durch Rußland und Deutschland auftraten. Offen gab man seiner Sympathie für Alexander Battenberg — Alexanders Mutter war bekanntlich eine polnische Gräfin — Ausdruck. Die beste Gelegenheit zu Kundgebungen für den Fürsten Alexander bot sich bei dessen Aufenthalt in Lemberg[185]). Als „prince héros" wurde er mit Beifall begrüßt, und aus seiner Rede in Lemberg sprachen die Sympathien für die Polen, die ihm Bismarck so verübelt hat[186]).

---

[185]) Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 198, Résumé v. 11.—17. September; und: Ber. Rechenbergs Nr. 186, Résumé v. 26.—31. August 1886.

[186]) Vgl. die Charakteristik, die Bismarck von Alexander gibt: Gr. Pol. V, S. 59 Anm. Nach dem Bericht Rechenbergs sagte Alexander in seiner Rede: „Je ne vous oublierai pas cela jusqu'au tombeau, et c'est jusqu'à la dernière goutte de mon sang, que je plaiderai en faveur des interêts polonais."

Vgl. zu dem Besuch Alexanders in Lemberg: Waldersee I, S. 297 und St. A. Brief Zaleskis an Kálnoky. Der Brief lautet:

Lemberg, d. 28. VIII. 86.

„Prinz Alexander von Battenberg, welcher hier gestern eingetroffen war, ist heute mittels Extrazuges über Czernowitz—Bukarest nach Giurgewo abgereist, wo er sich morgen auf einem Schiffe der Donau-Dampf-Schiffahrtsgesellschaft einschiffen soll. Der Entschluß der Rückkehr nach Bulgarien wurde erst heute in den Vormittagsstunden nach Eintreffen des Prinzen Louis v. Battenberg gefaßt und sofort zur Ausführung gebracht. Wie mir der Herzog von Württemberg, bei dem Prinz Alexander den gestrigen Abend zubrachte, vertraulich mitgeteilt hat, war derselbe gestern über seine weiteren Pläne noch vollständig unschlüssig. Prinz Louis scheint auf den Entschluß zur Rückkehr bestimmend eingewirkt und auch die erforderlichen Geldmittel mitgebracht zu haben. Am gestrigen Abend erhielt Fürst Alexander ein chiffriertes Telegramm aus Balmoral, mit der Unterschrift: „Grandmama". Wie ein Vertrauensmann mir mitteilt, telegraphierte Prinz Ludwig gleich nach seiner Ankunft heute, morgens, während der Fürst noch schlief, an den Prinzen Henry in Balmoral, das Telegramm der „K." sei eingetroffen, könne aber wegen abgehenden Schlüssels nicht entziffert werden, er ersuche daher um verschleierte Mitteilung des Inhalts. Als Antwort hierauf langte von Balmoral ein Telegramm ohne Unterschrift nachstehenden Inhalts an: „Sinn Depesche: „Beschwöre schleunige Rückkehr angesichts der wahren Gesinnung des Volkes." — Dieses Telegramm halte ich für so wichtig und interessant, daß ich nicht umhin kann, Ew. Excellenz hiervon im

Großes Aufsehen erregte es in den galizischen Blättern, als der Reichsratsabgeordnete Dzieduszycki im September 1886 vor seinen Wählern behauptete, was die österreichische Regierung bisher den Polen gewährt habe, genüge keineswegs, um ihre wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen [187]).

Die „Gazeta Narodowa" schloß sich den Klagen Dzieduszyckis an und betonte die geringen Vorteile, die Galizien und Polen aus der dauernden Stützung der Regierung hätten; die „Nowa Reforma" meinte, das Drei-Kaiser-Bündnis binde Österreich nur die Hände und nehme ihm alle Handlungsfreiheit, und sie gab Österreich den Rat, sich von der Triple-Allianz zurückzuziehen [188]).

Die innen- und außenpolitischen Verhältnisse wirkten zusammen, um in Österreich-Ungarn eine Stimmung hervorzurufen, der die Interpellation der Abgeordneten Heilsberg u. Gen. über den Fortbestand des Bündnisses zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Deutschen Reiche entsprang.

Am 4. Oktober 1886 verhandelte der österreichische Ministerrat über die Beantwortung der Interpellation [189]). Da der deutsch-österreichische Klub die Anfrage Heilsberg nicht für opportun hielt und keine Debatte zu befürchten war, beschränkte sich der Ministerrat in der Beantwortung darauf, die Annahme, als sei das Verhältnis der Monarchie zu Deutschland erschüttert, für vollkommen grundlos zu erklären.

Die zuletzt berührten Ereignisse waren zum größten Teil auf die Haltung Bismarcks in der bulgarischen Frage zurückzuführen.

Wie schon mehrmals hervorgehoben wurde, vermied es die offizielle Politik der polnischen Konservativen, die außenpolitische Lage der Monarchie zu gefährden. Sie stellte also ihre eigentlichen Wünsche aus Vernunftgründen zurück, um die Politik Kálnokys nicht zu stören; so kam es, daß Kálnoky dem deutschen Kanzler manche Zugeständnisse machte, die der polnische Klub im Herzen kaum billigte.

Dagegen war es möglich, in stiller Arbeit über die Grenzen Österreich-Ungarns hinaus den bedrängten Landsleuten des preußischen Anteils tatkräftige Unterstützung zuteil werden zu lassen und sie in ihrer Abwehr gegen den eisernen Kanzler, gegen das „dämonische Genie", das auf Polen lastete [190]), zu stärken.

Der polnische Adel unternahm einen letzten Versuch, die Führung der Polen zu behaupten; „vom Herbst 1886 bis Sommer 1888

---

engsten Vertrauen die ergebene Mitteilung zu machen, zumal jeder Zweifel an dessen Authentizität ausgeschlossen ist. Genehmigen usw.

Zaleski."

[187]) Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 203, Résumé vom 18.—26. September 1886.

[188]) Pol. Arch. Ber. Rechenbergs Nr. 204, Résumé vom 27. September bis 2. Oktober 1886.

[189]) M. R. Nr. 67, 4. Oktober 1886.

[190]) Feldmann, S. 289.

lag in Krakau der Schwerpunkt der polnischen Gegenwehr gegen die preußische Ansiedlungspolitik“ [191]).

6. Die Maßnahmen der Polen gegen Bismarcks Ansiedlungspolitik

Gleich nachdem 1886 der neue Kurs in der Polenpolitik Bismarcks eingesetzt hatte, war es zu Verhandlungen zwischen dem posener und dem galizischen Adel gekommen. Man wollte zur Abwehr der preußischen Ansiedlungspolitik eine „Rettungsbank“ gründen. Schon am 25. Februar hatte die „Neue Freie Presse“ [192]) ein Telegramm aus Lemberg gebracht, nach dem sich in Lemberg und in anderen Städten Vereine gebildet hatten, welche Geldsammlungen veranstalteten, „um dem polnischen Adel in Preußen angesichts der dort geplanten agrarpolitischen Maßnahmen zu Hilfe zu kommen“.

Auf eine Anfrage des österreichischen Innenministers teilte der Statthalter in Lemberg am 10. März 1886 nur mit, daß wohl von einigen Journalen in Galizien unter dem Eindruck der bekannten Polenvorlagen der preußischen Regierung ein dahingehender Plan angeregt worden sei, er bestritt aber die Bildung von Vereinen und erklärte die Idee überhaupt für undurchführbar „in anbetracht der ökonomisch bedrängten Lage Galiziens“ [193]).

Der Gedanke einer Rettungsaktion wurde im Laufe der Jahre 1886 und 1887 weiter besprochen, kam aber erst zu wirklichem Leben, als die Gründung der Bank Ziemski Poznański beschlossen worden war [194]).

Dem ‚Komitee für die Angelegenheiten der Posener Bank‘ in Galizien gehörten u. a. die Fürsten Georg und Ladislaus Czartoryski, Fürst Adam Sapieha, Graf Arthur Potocki und der Lemberger Stadtpräsident Edmund Mochnacki an [195]). Im Oktober 1887 wurden zwei Versammlungen in Lemberg und Krakau abgehalten, die zu festen Beschlüssen über die Art der Hilfsaktion kamen. Die Bank Ziemski Poznański hatte schon im Januar eine Erhöhung des Grundkapitals von 50 000 Mk. auf 3 Millionen beschlossen [196]).

In der Krakauer Versammlung wurde nun festgestellt, daß Galizien mindestens 1 200 000 Mk. subskribieren könne, also auch zu subskribieren hätte, und zwar sollten 800 000 Mk. durch die Bezirke, 400 000 Mk. durch die Städte aufgebracht werden.

Aus den Anweisungen für die Lokalkomitees ging hervor, daß man einen gewissen Druck zum Zeichnen von Beträgen auszuüben beab-

---

[191]) Bernhard, S. 122 ff.
[192]) N. Fr. Pr. Nr. 7722, u. 603/4 I. B. 1886.
[193]) 945/I. B. 1886.
[194]) Die Bank wurde zufolge Verfg. vom 17. Dezember 1886 in das Gesellschaftsregister des Amtsgerichts zu Posen eingetragen. Bernhard, S. 124, Anm. 2.
[195]) Ad 3397/4 I. B. 1887.
[196]) Bernhard, S. 125 und 4012/M. I. 1887.

sichtigte; durch die Ausgabe von Kollektivaktien sollte ferner allen Kreisen der Bevölkerung die Zeichnung ermöglicht werden. Um dies zu erreichen, wollte man die Geistlichkeit zur öffentlichen Mitwirkung heranziehen, es schien überhaupt erwünscht, die Subskription möglichst offenkundig erfolgen zu lassen, darum sollten die Namen der Subskribenten unter Nennung des gezeichneten Betrages in den Zeitungen veröffentlicht werden.

Der Innenminister mußte wohl anerkennen, daß die Gesetze keine Handhabe zum wirksamen Einschreiten gegen die geplante Aktion boten, aber mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage erschien ihm ihre „auffällige und geräuschvolle Art" doch bedenklich [197]).

Es waren dieselben Bedenken, die uns im Laufe unserer Betrachtung schon mehrmals begegnet sind, ihnen konnte sich auch der galizische Landsmannminister nicht verschließen; in einem Privatbrief an Taaffe vom 1. November 1887 [198]) gab er seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß sich die Aktion des Komitees auf die „geräuschlose Aufmunterung" zum Ankauf der Aktien zu beschränken habe, jeder Druck sei zu vermeiden; auch eine periodische Veröffentlichung der Namen erschien ihm nicht zweckmäßig; vor allem trat er gegen die Beteiligung der Geistlichkeit auf. Im Sinne dieses Privatbriefes waren die Anweisungen gehalten, die der Statthalter in Lemberg am 7. November 1887 vom Minister erhielt [199]).

Die mit großem Pomp eingeleitete Rettungsaktion des galizischen Adels hatte übrigens durchaus nicht den Erfolg, den man von ihr erwartete [200]); der demokratischen Partei konnte das nur erwünscht sein, und sie hielt mit ihrer Schadenfreude nicht hinter dem Berge.

III. Das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn 1886—1887

1. Orientalische Krisis und russisch-französische Kriegsgefahr

Wir sind mit der Betrachtung der polnischen Frage zu einem Punkte gelangt, der es ratsam erscheinen läßt, die Aufmerksamkeit von den Einzelheiten der inneren Vorgänge auf das weitere Blickfeld der Großen Politik zu richten.

Bei der Eigenart unseres Stoffes und der engen Verflechtung und Verknüpfung innen- wie außenpolitischer Vorgänge ließ es sich nicht vermeiden, daß wir manches vorwegnahmen, was seine letzte Begründung erst durch die außenpolitische Situation erhält. Genügte es, an den betreffenden Stellen bei Behandlung der polnischen Frage die außenpolitischen Vorgänge nur anzudeuten, so gehen wir jetzt zu ihrer

---

[197]) 3397/4 I. B. 1887.
[198]) Fasc. 15/14. 4012 M. I. 1887.
[199]) 3397/4 I. B. 1887.
[200]) Bernhard, S. 128/9.

zusammenfassenden Betrachtung über, um unseren Einzelausführungen den weiteren Hintergrund zu geben und den Übergang zu neuer Detailzeichnung zu gewinnen.

Es ist damit gegeben, daß wir die allgemeinen Vorgänge nur insoweit berücksichtigen werden, als sie für unser engeres Gebiet in Frage kommen.

Wir hatten am Anfang die politische Lage im Jahre 1885 gekennzeichnet und gesehen, daß die orientalische Krisis einerseits, die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses andererseits damals am politischen Horizont aufgetaucht war.

Je mehr die „Riegelstellung“ [201]) der Bismarckschen Politik, die Drei-Kaiser-Entente, durch die bulgarische Krisis gefährdet wurde, umso mehr war Bismarck bemüht, das deutsche Staatsschiff im rechten Kurs zu halten, der für ihn durch den Drei-Kaiser-Vertrag vorgezeichnet war. Gerade die Politik Bismarcks in den Jahren 1886/7 beweist, daß er den Zusammenschluß zu Dreien unbedingt behaupten wollte, daß er nicht gewillt war, ihn einer einseitigen Option für Österreich zu opfern [202]). Andererseits wies Bismarck jedes Ansinnen Rußlands, „die Österreicher doch sitzen zu lassen“, weit von sich [203]).

Um so peinlicher berührte es ihn, daß die Politik am Ballhausplatz seinen Interessen entgegenarbeitete.

Besonders war es die ungarische Regierung und Presse, die den Grafen Kálnoky immer wieder zu einer energischen Haltung in der bulgarischen Frage zu veranlassen suchte; hatte Bismarck schon im Dezember 1885 während des serbisch-bulgarischen Krieges ein eigenmächtiges Vorgehen Österreichs für einen Vertragsbruch erklärt und eine abwartende Haltung Österreichs durchgesetzt [204]), so war er auch weiterhin bemüht, Bulgarien als russische Interessensphäre gelten zu lassen [205]).

Freilich war man in Österreich-Ungarn hierüber anderer Meinung [206]).

Außerdem überschätzte man in Österreich-Ungarn allgemein die

---

[201]) Meissner, Preuß. Jahrb., S. 281.

[202]) So auch: Becker, S. 68.

[203]) Vgl. die Unterredung Bismarcks mit Schuwalow am 17. Oktober 1886. Gr. Pol. V, 989; ebenso 992 und Anm. S. 78.

[204]) Vgl. Gr. Pol. V, 969, 971, 972. Becker, S. 69 ff. Es ist interessant, daß sich Tavera schon im Januar 1886 über die „burschikose“ Auffassung der Balkanverhältnisse in Berlin beklagte; er führt einen Ausspruch des Grafen Herbert Bismarck an: „Die Geschichte dauert übrigens schon viel zu lange, und die Mächte haben sich allzuviel mit diesen ruppigen Gesellen da unten beschäftigt“. (St. A. Priv.-Brief Taveras an Baron Pasetti, Berlin, 8. Jänner 1886.)

[205]) Vgl. Gr. Pol. V, 994, 1011, 1014 .

[206]) Vgl.: Gr. Pol. III, 639. Heller hebt S. 100 hervor, daß auch in einem vor der Kaiserzusammenkunft in Skierniewice für Bismarck verfaßten Promemoria (Gr. Pol. III, 644) nichts von Abmachungen über ein Vorwiegen des russischen Einflusses erwähnt werde.

Tragweite des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, so sehr sich auch Bismarck bemühte, einer falschen Auffassung entgegenzutreten [207]).

In der gemeinsamen Ministerkonferenz am 25. September 1886 [208]) kam es bei der Beratung des gemeinsamen Voranschlages für 1887 zu einer Erörterung über die politische Lage. Da ein Mehraufwand von 16 Millionen Gulden veranschlagt war, der in der Hauptsache auf das Heeresbudget entfiel, forderte der Finanzminister Dunajewski eine Aufklärung über die politische Lage, damit man der Mißstimmung und Beunruhigung der Bevölkerung entgegentreten könne. Kálnoky konnte nicht leugnen, daß in letzter Zeit das Prestige Deutschlands in der öffentlichen Meinung einigermaßen gesunken sei, und er hob ausdrücklich hervor, daß die Beunruhigung hauptsächlich auf eine falsche Auslegung des deutsch-österreichischen Bündnisses zurückzuführen sei. Das Streben Deutschlands, ein gutes Verhältnis mit Rußland um jeden Preis aufrecht zu erhalten, erklärte Kálnoky ganz richtig aus der Furcht vor einem Bündnis Rußlands mit Frankreich [209]).

Ein Ausgleich der Interessengegensätze zwischen Österreich und Rußland sei nicht zu ermöglichen, denn Österreich sei wohl seiner Vertragstreue sicher, aber es könne Versprechungen Rußlands nur mit Mißtrauen entgegennehmen. So sah sich Österreich in der Wahrung seiner Interessen auf der Balkan-Halbinsel in einer keineswegs günstigen Lage, denn es war auf sich selbst angewiesen; wollte es sich nicht der Gefahr aussetzen, im Augenblick einer Aktion alleinzustehen, so blieb ihm nichts übrig als eine zuwartende Haltung. Allerdings gab es für Kálnoky „einen Punkt", „wo die Monarchie aus ihrer Reserve heraustreten müßte", nämlich den Fall einer Vertragsverletzung seitens Rußlands durch gewaltsame Besetzung Bulgariens.

Dieser Feststellung entsprachen denn auch die Erklärungen Tiszas im ungarischen Abgeordnetenhause und die Erklärungen, die Kálnoky am 13. November 1886 in den Delegationen abgab.

In der genannten Ministerkonferenz hatte Tisza noch besonders Folgendes hervorgehoben: man könne wohl begreifen, daß Bismarcks Haltung durch die Interessen Deutschlands bestimmt werde, und es sei erwiesen, daß Bismarck alles tue, um einen Zusammenstoß zu verhindern, aber er selbst könne sich dem Eindruck nicht verschließen, „daß Bismarck jetzt, um sein Ziel zu erreichen, einen geringeren Druck auf Rußland ausübe als früher".

So erklärt es sich, daß Andrássy in den ungarischen Delegationen

---

[207]) Vgl.: Gr. Pol. V, 1014, 1016, 1017 und: St. A. Aufzeichnung einer Unterredung Kálnokys mit Prinz Reuß, 6. Oktober 1886. Nach Ansicht Bismarcks sollte eine öffentliche Aufklärung nicht notwendig von „Bündnis" reden, sondern sich begnügen, „von den Interessen eines jeden der beiden Reiche zu sprechen, für die Integrität des anderen einzutreten, wenn sie angegriffen würde".

[208]) Vgl. zum Folg.: 331/R. M. R. 25. September 1886.

[209]) Vgl. a.: St. A. Priv.- Brief Taveras an Kálnoky, 7. August 1886. Ausführlich angeführt weiter unten.

sogar von einer Entwertung des deutsch-österreichischen Bündnisses sprach und das Vertrauen zu ihm erschütterte.

Hierauf ließ Bismarck in einem Erlaß nach Wien hervorheben, man werde sich nicht durch dieses Bündnis „an einen ungarischen Kometenschweif binden", er äußerte sogar Bedenken, ob man dieses Bündnis überhaupt fortsetzen könne [210]).

Kálnoky suchte die Vorwürfe Bismarcks zu entkräften [211]). Er wandte sich in einer Unterredung mit Reuß besonders gegen die Behauptung Bismarcks, daß die neue Démarche Österreich-Ungarns wegen Regelung der bulgarischen Union (Ende November 1886) mit der Entente à trois unvereinbar sei. Die Démarche enthalte nichts, was eine Änderung in den vertragsmäßigen territorialen Verhältnissen der Balkanländer anstrebe; Prinz Reuß mußte das zugeben.

Die Zurückhaltung, die man in Petersburg beobachtete, erklärte sich Kálnoky weniger aus einem vorgefaßten Plane als vielmehr aus dem Mangel eines leitenden Gedankens. Immer wieder versicherte Kálnoky, daß Österreich nichts mehr wünsche, als eine friedliche Lösung und die Fortdauer der guten Beziehungen zu Rußland; er werde gewiß nicht hindernd in den Weg treten, wenn das russische Kabinett einen gangbaren Ausweg zeige.

Vielleicht hätte man eher eine Änderung in der orientalischen Krise herbeiführen können, hätte Österreich den Entschluß gefaßt, die Türkei zu opfern [212]), aber Österreich sah seine traditionelle Politik in dem Schutze der Türkei, und es wußte sich darin mit England einig; man verhielt sich freilich in England abwartend, so sehr sich Bismarck bemühte, die Engländer zu größerer Aktivität in den Balkanfragen anzuhalten [213]). Aber man wies von England aus Österreich auf seine aktive Rolle im Orient hin [214]).

---

[210]) Gr. Pol. V, 1022 u. Chiffretelegramm (Geh.) Taveras Nr. 201, 3. Dezember 1886. St. A.

[211]) St. A. Geh. Privatschreiben Kálnokys an Tavera, 11. Dzbr. 1886. 1886.

[212]) Waldersee, Denkw. I, S. 387, vgl.: Becker, S. 68.

[213]) Vgl. Gr. Pol. IV, 861—878.

[214]) St. A. Ber. 101 A. Geh. Taveras über eine Unterredung des Grafen Hatzfeldt mit Lord Salisbury, 18. August 1886. Privatbrief Taveras an Kálnoky, Ber.. 7. August 1886. Hier berichtet Tavera über eine Unterredung mit Herrn v. Holstein: „Um meinem Gewährsmann besser auf den Zahn zu fühlen, entwickelte ich geflissentlich sehr pessimistische Anschauungen, worauf mir ersterer seinen Gesichtspunkt in dieser Weise darlegte: „Wenn Ihr Staat — was ich aber für dieses Jahr nicht als wahrscheinlich halte — in einen Konflikt auf dem Balkan hineingezogen werden sollte, so ist unsere Stellung eine ganz klare, wir können uns nicht rühren, denn wir sind durch Frankreich gebunden. Aber für Österreich-Ungarn liegt es nahe, sich rechtzeitig für eine solche Eventualität der Stütze Englands zu versichern, zumal letzteres gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke zu einer aktiveren Politik

Hellers Urteil, daß Bismarcks Balkanprogramm nie über eine bloß „allgemeine" Formel hinausgekommen sei [215]), mag berechtigt erscheinen; es wurde nie in wirklich konkrete Form gefaßt, denn alle Versuche, die Bismarck in Wien und Petersburg machte, eine Abgrenzung der Interessen zu veranlassen, scheiterten an der ablehnenden Haltung, die zunächst Österreich-Ungarn, dann auch Rußland diesen Vorschlägen gegenüber einnahm [216]).

Schließlich waren „die Ziele auf beiden Seiten zu hoch gesteckt", um den von Bismarck erstrebten Ausgleich zu ermöglichen [217]). So sah sich Bismarck gezwungen, „zwischen Österreich und Rußland zu stehen wie zwischen zwei bissigen Hunden, welche aufeinander stürzen würden, wenn er das Halsband loslasse" [218]).

Es kam hinzu, daß der Haß der Panslawisten unter dem bekannten Katkow [219]) durch die Reden Andrássys und Kálnokys neue Nahrung erhalten hatte [220]); ihr Lügenfeldzug richtete sich wohl zunächst gegen Österreich, aber den Berichten der Petersburger Botschaft entnahm Bismarck seit Mitte November auch ein steigendes Mißtrauen gegen Deutschland, so daß er sich verpflichtet fühlte, in einem ausführlichen Promemoria Mitte Dezember 1886 dem Zaren gegenüber seine Politik zu rechtfertigen [221]).

Der Brief Wilhelms I. an den Zaren im Januar 1887 sollte des weiteren zur Klärung beitragen, indem er die gemeinsamen monarchischen Interessen den revolutionären Tendenzen gegenüberstellte; der Brief wies auch auf die Sympathien der Polen für den Battenberger hin [222]).

Es war schon wiederholt hervorgehoben worden, daß für Bismarck die Erhaltung des Friedens im Osten um so wichtiger war, als sich seit 1885 ein dauerndes Anwachsen der Revanche-Idee in Frankreich bemerk-

---

gegen Rußland drängt. Ich bitte Sie aber dringend, wenn Sie dies erwähnen, nicht meinen Namen als Quelle anzugeben, denn es kostet mir den Kopf, wenn man etwas hierüber erfahren sollte". Vgl. a.: Privatschreiben Taveras an Kálnoky vom 12. August 1886. St. A.

[215]) Heller, S. 109.

[216]) Vgl. Gr. Pol. III, 603, 636, 637. Gr. Pol. V, 987, 991, 1023. Gr. Pol. VI, 1352, 1354.

[217]) Gr. Pol. VI, 1357, S. 357.

[218]) Lucius, S. 359.

[219]) Vgl. über Katkow: Fischel, S. 407 ff., Plehn, S. 221 ff.

[220]) Vgl. Gr. Pol. V, 993, Plehn, S. 242.

[221]) Gr. Pol. V, 1001—1004; Trützschler, S. 22 ff.

[222]) Vgl.: Gr. Pol. V. 1033: „. . . il est de notre intérêt de déjouer et de combattre d'un commun accord les aspirations de nos ennemis qui n'ont d'autre but que celui de preparer la désunion entre les monarchies qui restent debout contre les tendances subversives dont le prince de Battenberg a adopté le résultat en Roumélie et qui lui ont valu la sympathie et les ovations des Polonais lors son séjour à Léopol . . .".

bar machte, so daß die Gefahr eines Zweifrontenkrieges drohte; die Vorgänge auf der Rundreise des französischen Revanche-Apostels Déroulède sprachen für eine Verbrüderung der Panslawisten mit den Franzosen und ließen ein Bündnis Frankreichs mit Rußland befürchten.

Seitdem im Januar 1886 Boulanger, die „ministerielle Schnellzugslokomotive“ [223]), Kriegsminister geworden war, wurde Bismarck die Befürchtung nicht los, daß die Franzosen „aus Verlegenheit“ losschlagen könnten [224]). Truppenvermehrungen an der Ostgrenze Frankreichs [225]), Boulangers Plan einer Probemobilmachung ließen eine Vermehrung der deutschen Wehrkraft notwendig erscheinen, zumal der Schlagfertigkeit des verbündeten Österreich nicht ganz zu trauen war [226]).

Am 25. November 1886 ging dem Reichstage eine neue Wehrvorlage zu, und in seiner berühmten Reichtagsrede vom 11. Januar 1887 wandte sich Bismarck sowohl gegen die Revanchepolitik Frankreichs als auch gegen die falsche Auffassung vom deutsch-österreichischen Bündnis, wie sie besonders in Ungarn verbreitet war. Hier nahm Bismarck Stellung zur orientalischen Frage und sprach es offen aus, daß sie für Deutschland „keine Kriegsfrage“ bedeute. „Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren“ [227]).

Das Pferdeausfuhrverbot sollte den Wählern die Situation richtig kennzeichnen [228]). Es blieb auch nicht ohne Wirkung auf Frankreich.

---

[223]) Times v. 30. Juni 1886 (Plehn, S. 220. Gr. Pol. VI, 1232.

[224]) Gr. Pol. VI, 1237 Randbemerkung.

[225]) Gr. Pol. VI, 1228.

[226]) Vgl. Waldersee I, S. 294, 2. Juni 1886: „Ich fürchte, wir haben in Österreich einen recht geringwertigen Bundesgenossen.“ Vgl. auch Waldersee I, S. 295, 302, 308. Vgl. des weiteren R.-Arch. Militärbericht aus Bruck, 24. August 1884; hier wird über das „Passivsystem“ des Erzherzogs Albrecht geklagt. (Dazu die Bemerkungen von Altens, 27. Oktober 1884).

R. Arch. Militärber. Wien, 31. Januar 1884; hier wird über einen „ureigensten“ Plan des Erzherzogs die österreichische Ansicht wiedergegeben: „Wenn man in Deutschland Kenntnis davon hätte, würde man Österreich die Allianz kündigen.“

R. Arch. Abschrift eines Schr. Waldersees an Bismarck, 20. März 1884: Beck trete dem vorsichtigen Erzherzog Albrecht nicht energisch genug entgegen. Waldersee hält es für zweckmäßig, die maßgebenden Persönlichkeiten in Österreich nicht darüber im Zweifel zu lassen, „daß wir bei ihnen Bescheid wissen“.

R. Arch. Bemerkungen v. Altens zu dem Militärber. aus Wien, 11. April 1884: „In den Plänen des F/M/Ltn. Beck steckt die althergebrachte, so oft von der Geschichte verurteilte ängstliche Methodik der Österreicher, die zu wenig das für den gerade vorliegenden Fall Zweckmäßige ins Auge faßt . . .“

[227]) Reden XII, S. 195.

[228]) Trützschler, S. 38. Dt. Allg. Ztg., 26. April 1922.

„Quand je vous dis," sagte der französische Botschafter Herbette zu Széchényi, „que personne ne songe à la guerre en France et je suis un homme d'honneur qui n'a jamais menti! Mais lorsque le vainqueur commence à armer, comment voulez-vous que le vaincu n'en fasse pas autant?" Nach einer Unterredung mit Bismarck war Herbette allerdings anderer Ansicht: „Je suis sorti du cabinet du Chancelier aussi rassuré que j'y étais entré inquiet et préoccupé", erzählte er Széchényi in freudigem Tone [229]).

Trotz der beruhigenden Versicherung Bismarcks erfolgte am 5. Februar 1887 der Reservistenerlaß [230]), Széchényi suchte nach Gründen für dieses „stete und schwer zu erklärende Auf- und Abwogen in der Situation", zumal ihm Herbette erklärt hatte, daß die Größe Boulangers „Au moins pour la bonne moitié une création de l'Allemagne" sei. Da Széchényi nicht annehmen konnte, daß ein „so genialer Politiker und scharfsinniger und gewiegter Staatsmann wie Bismarck" dies nicht sehe, kam er schließlich zu dem Urteil, Bismarck lasse sich von der Überzeugung leiten, das Friedensbedürfnis in der großen Masse des französischen Volkes gehe so tief, daß man allmählich vom Volk aus auf die Beseitigung des Mannes dringen werde, der die Quelle aller Beunruhigung und aller Kriegsgefahr war [231]).

In Österreich erwartete man schon im Dezember 1886 binnen kurzem einen Krieg Deutschlands mit Frankreich. Deutschland hatte das unsichere Rußland im Rücken. Gelang es ihm nicht, sich die Freundschaft Rußlands zu erhalten, so war die Lage Österreichs auch bei Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich auf jeden Fall gefährlich; denn Deutschland würde wahrscheinlich versuchen, Rußland auf Österreich abzulenken, um im Westen freie Hand zu haben [232]). Darum suchte man sich in Österreich rechtzeitig über die dazu erforderlichen Vorbereitungen und die Beschaffung der nötigen Geldmittel klar zu werden; denn nach dem Zusammentritt des Reichsrats und der Delegationen war ein Versteckenspiel schwer möglich.

---

[229]) St. A. Ber. Széchényis 16 A. 29. Jänner 1887.

[230]) Lucius, S. 366, 369 ff.

[231]) St. A. Vertraulicher Ber. Széchényis Nr. 19 A Berl, 6. Februar 1887. — Vgl. a. Ber. Nr. 54 A, 7. Mai 1887.

[232]) Vgl. M. R. 89, 22. Dez. 1886; RMR. 337, 29. Jänner 1886. Neben den Mobilmachungskosten kamen besondere Ausgaben zur Sicherung der Lokalbahnlinie Dembica-Nadbrzezie mit Abzweigung nach Rozwadow wegen ihrer militärisch-strategischen Bedeutung in Frage. Die Gesamtheit der Ausgaben v o r der Mobilisierung gab der österreichische Minister für Landesverteidigung mit 17 Mill. fl. an, bei Eintritt der Mobilisierung sollte sich der unmittelbare Geldbedarf auf über 13 Mill. fl. belaufen (M. R. 91, 26. Dezember 1886). In einer Vorbesprechung der Minister bei Kálnoky waren außerdem an notwendigen Ansprüchen genannt worden: für die Marine 4 Mill. fl., vom ungar. Landesvert.-Min. 8 Mill. fl., vom ungar. Handelsminister 1 Mill. fl., vom österr. Handelsminister 1,3 Mill. fl. (Vgl. a. M. R. Nr. 94, 31. Dezember 1886).

In der gemeinsamen Ministerkonferenz am 5. Jänner 1887 wurde die Heeresverwaltung unter allen Umständen ermächtigt, Bestellungen bis zum Betrage von 16,2 Millionen vorzunehmen, sollte eine größere Summe beansprucht werden, so seien vorher die Delegationen einzuberufen [233]).

Da es in der Tat zur Überschreitung des festgesetzten Betrages kam, so bestand der österreichische Ministerrat auf rechtzeitiger Einberufung der Delegationen [234]).

In Berlin war man wohl erfreut, daß Österreich daranging, die Wehrkraft seines Reiches zu vervollständigen, aber man fand es doch bedenklich, daß dies nicht geschah, ohne durch den Zusammentritt der Delegationen die „Türen für aufreizende und in Rußland verletzende Reden neuerdings zu öffnen" [235]).

Die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland erreichte ihren Höhepunkt mit dem „Fall Schnäbele" [236]); als einer der Gründe, die Deutschland zum Nachgeben veranlaßt hatten, wurde Széchényi durch Herrn von Holstein der genannt, „daß eine weiter eindringende Verfolgung dieser Angelegenheit in letzter Analyse zum Sturze des Generals Boulanger hätte führen müssen, was zu vermeiden im Interesse Deutschlands wäre" [237]).

Schneller als Kálnoky vermutet hatte, trat der Sturz Boulangers und damit eine Entspannung der Lage im Westen ein [238]). Weder der berühmte Boulanger noch das Liebäugeln mit den Panslawisten und die Hoffnung, daß Rußland schlimmstenfalls Frankreich vor dem Verderben schützen werde, gaben den Franzosen den Mut, es auf einen Krieg und eine zweite Invasion der Deutschen ankommen zu lassen.

Bismarck hatte, bei aller Freundlichkeit gegenüber Rußland, doch zu sehr durchfühlen lassen, daß die Allianz mit Österreich für ihn unerschütterlich sei; die Offenheit, mit der Bismarck vom „Zweifrontenkrieg" und der Notwendigkeit, sich auf ihn vorzubereiten, gesprochen hatte, blieb im verein mit dem entschlossenen Vorgehen Österreichs nicht ohne Wirkung auf die Kriegshetzer in Rußland.

Freilich, die orientalische Frage war noch immer nicht entschieden, und das politische Interesse wandte sich jetzt wieder mehr den östlichen Fragen zu, weil man vor dem Ablauftermin der geheimen Abmachungen

[233]) R. M. R. 335, 5. Jänner 1887.

[234]) M. R. Nr. 11, 26. Jänner 1887.

[235]) Unterredung Széchényis mit Graf Herbert Bismarck. St. A. Ber. Széchényis Nr. 19 B, 6. Februar 1887.

[236]) Vgl. Gr. Pol. VI, 1258, 1260, 1262. Delbrück, Staatsarchiv, Bd. 48, S. 328 ff.

[237]) Ber. Nr. 54 A Széchényis, 7. Mai 1887. St. A. Széchényi hebt allerdings auch hervor, daß im Gegensatz dazu Graf Waldersee ihm bedeutet habe, Bismarck erblicke in der Person des Generals die gefährlichste Verkörperung des Revanchekrieges.

[238]) Vgl. a. zum Folg. St. A. Geh. Priv.-Schreib. Kálnokys an Wolkenstein, Wien, 7. Mai 1887.

mit Rußland stand, ohne daß es für Österreich zu einer näheren Besprechung über die Verlängerung des Drei-Kaiser-Bündnisses gekommen war.

Da Kálnoky auch keinen Erfolg der Bemühungen Bismarcks, mit Rußland in ein besseres Verhältnis zu kommen, sah [239]), so beurteilte er die Lage pessimistisch; er wurde in seiner Auffassung noch durch den Fürsten Lobanow bestärkt, der seine Hoffnungen, daß der Kaiser Herrn von Giers gegen Katkow offen halten werde, nicht verwirklicht fand.

Am 29. Dezember 1886 hatte Wolkenstein eine Unterredung mit Giers gehabt [240]), die „das Eis gebrochen hatte". Giers hatte es sehr beklagt, daß die Ungarn sich ständig bemühten, Rußland und Österreich-Ungarn zu entzweien. Da nun das Ende des Geheimen Vertrages herannahe, müsse man rechtzeitig die Ordnung in Bulgarien wiederherstellen, um dadurch die Vertragserneuerung vorzubereiten [241]). Die Unterredung Giers mit Wolkenstein hatte die Billigung des Zaren gefunden, und Giers hatte den Grafen Schuwalow und den Fürsten Lobanow im gleichen Sinne unterrichtet [242]).

Obwohl Kálnoky den besten Willen zeigte, verliefen seine Unterredungen mit Lobanow ohne besonderes Ergebnis [243]). Bismarck, der sofort merkte, „woher der Wind wehte" [244]), war jetzt um so mehr bereit, auf die Vorschläge, die ihm Graf Peter Schuwalow am 6. Januar in Berlin machte, einzugehen. Er war entschlossen, „mit Rußland à deux abzuschließen", „wenn Österreich sich nicht beteiligen wolle" [245]). In diesem Sinne sprach Reuß zu Kálnoky.

Da für Kálnoky seitdem „ein völliges Dunkel" über dem Drei-Kaiser-Bündnis schwebte [246]), wurde Wolkenstein veranlaßt, den geheimen Punkt Giers gegenüber zur Sprache zu bringen. Die Unterredung Wolkensteins mit Giers fand am 11. Mai 1887 statt, die Frage, ob es zu dem formellen Akte werde kommen können, blieb „in suspenso", Giers versicherte nur den friedlichen Charakter der russischen Politik [247]).

Zur gleichen Zeit fanden in Berlin die entscheidenden Verhand-

---

[239]) Kálnoky weist in dem angeführten Privatschreiben auf das Schreiben Bismarcks an Schweinitz Nr. 970, Friedrichsruh, 14. Dez. 1886 und auf den Erlaß an Reuß, Nr. 208, 18. April 1887, hin. Vgl. Gr. Pol. V, 994—1004.

[240]) St. A. Priv.-Schr. Wolkensteins an Kálnoky, 29. Dezember 1886. Rachfahl, S. 669; Trützschler, S. 56 ff.

[241]) Die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bundes sollte also als politisches Druckmittel in der bulgarischen Frage dienen. Trützschler, S. 58.

[242]) St. A. Chiffretelegramm Nr. 5 Wolkensteins an Kálnoky, 5. Jänner 1887.

[243]) St. A. Chiffretelegramm Kálnokys an Wolkenstein, 7. Jänner, 1887. — Geh. Priv.-Schr. Kálnokys an Wolkenstein, 9. Jänner.

[244]) Rachfahl, S. 669

[245]) Gr. Pol. V, 1062, 1065, 1066.

[246]) Priv.-Schr. Kálnokys an Wolkenstein, 7. Mai 1887. St. A.

[247]) St. A. Chiffretelegramm Nr. 73 aus Petersburg, 11. Mai 1887.

lungen über den Abschluß des Rückversicherungsvertrages mit Rußland statt; nach Wien wurde am 30. Juni 1887 mitgeteilt, es hätten „die Russen den Termin einfach ablaufen lassen, ohne ihrerseits auf den auch auf speziellen Befehl Sr. Majestät des Kaisers lebhaft ausgesprochenen diesseitigen Wunsch zur Verlängerung à trois zu reagieren [248]).

Es würde über den Rahmen unserer Arbeit hinausgehen, wollten wir uns näher mit dem Rückversicherungsvertrag beschäftigen, ebensowenig kann es unsere Aufgabe sein, den politischen Konsequenzen nachzugehen, die durch die Verzögerung der Verhandlungen seitens Rußlands veranlaßt wurden [249]). Aus verschiedenen Gründen kam Bismarck dazu, Rußland als einen unsicheren Faktor in seinem Bündnissystem anzusehen [250]), und er schuf sich rechtzeitig die nötige Rückendeckung durch Heranziehung neuer Sicherungen [251]).

Wir wissen, daß Bismarck noch kurz vor der Ratifikation des Rückversicherungsvertrages sogar mit dem Gedanken umging, sich nach anderen Bundesgenossen gegen Rußland umzusehen [252]). Es bewogen ihn dazu vor allem russische Forderungen, die mit dem deutsch-österreichischen Vertrage nicht zu vereinbaren waren, aber auch die große Macht des Panslawismus, der in der russischen Presse neue Anfeindungen gegen Deutschland verbreitete, ohne daß die verantwortlichen Leiter der russischen Außenpolitik imstande gewesen wären, ihnen mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten.

Im Zarenukas vom 16. März, 24. Mai 1887 über die Beschränkung bei Erwerbung von Grundbesitz und Immobilien in den westlichen Provinzen Rußlands durch Ausländer lag sogar eine offizielle Kundgebung der russischen Regierung vor, die einer Spitze gegen Österreich und Deutschland nicht entbehrte.

Er mußte besonders verstimmend auf die deutsche Regierung wirken, weil man sich im Gegensatz zu der Haltung der preußischen Regierung in der Ausweisungsfrage nicht vorher mit Deutschland ins Einvernehmen gesetzt hatte [253]).

Der Zarenukas bedeutete nur einen Teil der allgemeinen Russifizierungsmaßnahmen, die damals in den westlichen Provinzen Rußlands

---

[248]) St. A. Geh. Erlaß Bismarcks an Reuß, 30. Juni 1887 (Abschrift). Identisch mit Gr. Pol. V, 1095, S. 259.

[249]) Vgl. Trützschler, S. 60 u. 85 f. — Über den Rückversicherungsvertrag vgl. bes. Trützschler, S. 91 ff. Auf die dort. Lit.-Ang. wird verwiesen.

[250]) Trützschler, S. 66 ff.; Becker, S. 80 ff.

[251]) In diese Richtung fallen: Engl.-ital. Abkommen v. 12. Februar 1887; Engl.-österr. Abk. 24. März 1887; Abk. d. Mittelmächte mit Spanien, Mai 1887; Erneuerung d. Drei-Bundes, 20. Februar 1887. Vgl. d. betr. Abschnitte bei Přibram.

[252]) Vgl. Becker, S. 98/99; Gr. Pol. V, 1088.

[253]) Vgl. Becker, S. 99. — Die Polen betrachteten das Gesetz als Racheakt gegen die deutsche Regierung für die Ausweisungen russischer Untertanen. — Dnewnik Warszawskij Nr. 113, 27. Juni 1887.

angestrebt wurden. Auch die Deutschen hatten darunter zu leiden. Mit besonderer Strenge ging man aber gegen die Polen vor, man verdrängte sie aus allen staatlichen Dienstposten, führte strenge Vorschriften gegen die katholische Geistlichkeit durch, sperrte katholische Kirchen, die überflüssig erschienen und unterdrückte den polnischen Sprachunterricht; mit der Erhöhung der Eisenzölle war die Lahmlegung der polnischen Eisen- und Stahlwerke verknüpft [254]).

Durch den Ukas wurde den fremden Untertanen und allen ausländischen Gesellschaften und Genossenschaften nicht nur jeder Erwerb, jede Pachtung und jede Verwaltung von Landgütern untersagt, sondern es wurde ihnen auch die Vererbung von Landbesitz fast unmöglich gemacht.

Bei der ziemlich dunklen Fassung des Textes im Zarenukas war es schwer möglich, seine Tragweite von vornherein zu bestimmen, man mußte annehmen, daß in Zukunft auch kein Ausländer die Stelle eines Gutsverwalters oder Gutsbeamten bekleiden durfte. Das traf besonders Österreich, da sehr viele österreichische Staatsangehörige (galizische Polen) Grundbesitz in Russisch-Polen hatten und ihn durch österreichische Staatsangehörige verwalten ließen [255]). Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Zarenukas ergaben, waren nur durch Naturalisation zu vermeiden, und russische Zeitungen verbreiteten, daß gerade den österreichischen Untertanen große Erleichterungen in der Annahme der russischen Staatsangehörigkeit gemacht würden. Dagegen wehrte sich Österreich, weil es dadurch viele Tausende von Untertanen, „welche für unseren Staat eine große Kraft von politischer Hingebung und Intelligenz, von Arbeit und Kapital repräsentieren", verlieren konnte [256]).

Die deutsche Regierung betrachtete die Frage als eine innere Angelegenheit Rußlands und hatte nicht die Absicht, sich einzumischen. Sie wurde zu dieser Haltung bestimmt durch die Überlegung, daß „die Suppe nicht so heiß werde gegessen werden können, wie sie gekocht sei" [257]). Außerdem erwartete sie, daß der General Gurko, der gegen den Ukas war, alles tun werde, um seine Ausführung zu mildern.

Vielleicht sprach für die deutsche Regierung auch der Grund mit, daß durch die Maßnahme zunächst die Polen getroffen wurden und die „Solidarität, welche sich zwischen den Polen der drei Reiche durch die wechselweisen Erbfälle dokumentiert" [258]).

Jedenfalls war der polnischen Presse die Enttäuschung darüber an-

---

[254]) St. A. Ber. Nr. 23 A, Warschau, 28. Mai 1887; vgl. a. Wendt, S. 65 u. Anm. 262.

[255]) Es handelte sich besonders um die polnische Aristokratie, „die sich längst ein Nest unter dem Obdach der österreichischen Monarchie gebaut hat". Dnewnik Warszawskij Nr. 113, 27. Juni 1887.

[256]) Vgl. 580/M. P. 1887: „Mémoire in Betr. des mittels des russ. Ukas ergangenen Verbotes usw. —", dem Ministerium des Äußeren am 10. Juni 1887 vorgelegt. Vgl. a. 635/M. P. 1887.

[257]) 600/M. P. 1887. — Ber. Széchényis v. 11. Juni 1887 u. Priv.-Schr. Széchényis an Kálnoky, 18. Juni 1887 (Abschrift).

[258]) 635/M. P. 1887.

zumerken, daß die Freizügigkeit zwischen den zerstreuten Teilen der Nation und „das Bewußtsein von sujets mixtes" zerstört werden sollte.

Da Kálnoky in den vorhandenen Verträgen mit Rußland keine Handhabe zu amtlichem Einspruch sah, da man es ferner in Berlin bebestimmt abgelehnt hatte [259]), wegen des Ukas eine Démarche in Petersburg zu machen, so hielt auch er ein amtliches Einschreiten für aussichtslos [260]).

2. Die Preßfehde von 1887 [261])

Während man, wenn auch Bismarck nicht für eine Démarche in Petersburg zu haben war, in der Angelegenheit des Zarenukas doch grundsätzlich einer Meinung in Österreich-Ungarn und Deutschland war, führte die chauvinistische Hetze der russischen Blätter infolge der Haltung der ungarischen Presse zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Wien und Berlin; aus dem Verlauf dieser Fehde ergab sich eine Klärung des Bundesverhältnisses und die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879. Sie erfolgte allerdings erst am 3. Febr. 1888.

Am 15./27. März 1887 zweifelte es der „Petersburger Herold" (Nr. 74) an, daß vor dem Berliner Kongreß eine Einigung zwischen Österreich und Rußland über die Besetzung Bosniens und der Herzegowina erfolgt sei — diese Behauptung war von der „Wiener Presse" aufgestellt worden — und bat um aktenmäßige Veröffentlichung, die er mit den Worten begründete: „Wenigstens hätten wir dann eine Waffe mehr gegen den ebenso erbärmlichen als gemeinen Deutschenhaß, der sich in unserer russischen Presse so niedrig breit und breiter macht."

Der Deutschenhaß und die antiösterreichische Haltung Rußlands gründete sich in der Hauptsache auf die von Gortschakoff und Ignatieff in Umlauf gebrachte Fabel, die beiden Zentralmächte hätten sich auf dem Berliner Kongreß zum Schaden Rußlands dahin verabredet, daß zwei türkische Provinzen ohne Schwertstreich an Österreich fallen sollten, während Rußland leer ausging.

Es erschien Bismarck als „wirksamer Schachzug" gegen diese Gerüchte, wenn man durch Veröffentlichung der Pester Verträge nachwies, daß gerade „der als Prototyp des Nationalrussentums gepriesene Fürst Gortschakoff" am 15. Januar 1877 zu Pest den Vertrag unterzeichnen ließ, durch den er gegen Österreichs Neutralität in dem bevorstehenden Kriege die Anwartschaft auf Bosnien und die Herzegowina zusagte. Eine solche Veröffentlichung der Wahrheit konnte die Stellung Giers stützen

---

259) Trotzdem konnte Széchényi noch am 14. Juli 1887 in einem Privatschreiben an Kálnoky melden, daß durch die „Maßregelung der Deutschen" die „Irritation Bismarcks gegen die Russen aufs höchste gestiegen sei". — St. A.

260) 775/M. P. 1887. Antwort Kálnokys auf das Mémoire vom 10. Juni 1887.

261) Vgl. Delbrück, Staatsarchiv, Bd. 48.

und auch für Kálnoky eine nützliche und stärkende Wirkung haben [262]).

Als daher der „Dnewnik Warszawskij" von neuem die unaufrichtige Politik Deutschlands auf dem Berliner Kongreß als Ursache des Mißtrauens gegen die deutsche Freundschaft hinstellte [263]), hob die „Norddeutsche Allgemeine" [264]) hervor: „Die Unterstützung der Orientpolitik Österreichs datiert keineswegs vom Berliner Traktat und ist auch nicht von Deutschland, sondern vom Fürsten Gortschakoff ausgegangen." Damit war der Auftakt gegeben zu einer Zeitungspolemik, die über einen Monat anhielt.

In Rußland fand man die Idee einer Veröffentlichung der russisch-österreichischen Verträge zunächst unbequem, aber es lag für Bismarck gerade im Interesse der künftigen guten Beziehungen zu Rußland, wenn man die deutsche Politik durch Richtigstellung der Tatsachen rechtfertigte [265]).

In Wien stieß man damit ebenfalls auf Widerstand, der Kaiser und Kálnoky fürchteten eine Bloßstellung Andrássys, was Bismarck durchaus nicht als einen politischen Schaden empfand. Ferner war Franz Joseph besorgt, daß ein solches Verfahren, das man meist erst einschlage, wenn man „vor dem Bruch stehe", für den Frieden gefährlich werden könne. Bismarck nahm das Gegenteil an, schloß sich aber insofern der Ansicht des österreichischen Monarchen an, als er eine vorherige Anfrage in Petersburg für richtig hielt [266]).

Bülow meldete am 22. April das Einverständnis des Zaren [267]). Der Zar gönne Giers eine „réparation". Auf Grund dieses Berichtes suchte man erneut in Wien die Einwilligung zur Veröffentlichung der russisch-österreichischen Abmachungen zu erhalten [268]).

Inzwischen hatte aber die „Norddeutsche Allgemeine" am 27. April 1887 [269]) als Erwiderung auf Artikel der „Petersburgskija Wedomosti" und des „Dnewnik Warszawskij" den Schleier weiter gelüftet und behauptet, es handele sich um „russisch-österreichische Verabredungen ohne Mitwirkung und ohne Wissen Deutschlands, welche schon im Jahre 1876 vereinbart und im Januar 1877 vertragsmäßig sanktioniert wurden."

Demgegenüber hatte der „Pester Lloyd" das Bestehen irgendwelcher besonderen Vereinbarung mit Rußland kategorisch bestritten [270]).

---

[262]) Pol. Arch. Nr. 208 (Erlaß Bismarcks nach Wien). 18. April 1887.

[263]) Pol. Arch. Press-Bericht Nr. 59; 7. April 1887.

[264]) Nr. 181, 20. April 1887.

[265]) Pol. Arch. Erlaß nach Petersburg Nr. 343, 24. April 1887.

[266]) Pol. Arch. Ber. Reuß' Nr. 204; Wien, 26. April 1887 (mit Randbemerkungen Bismarcks).

[267]) Pol. Arch. Ber. aus Petersburg Nr. 145 v. 22. April 1887.

[268]) Pol. Arch. Erlaß Nr. 233 nach Wien, 30. April 1887.

[269]) Nordd. Allg. Nr. 193.

[270]) Pester Lloyd v. 1. Mai 1887, abgedr. in Nordd. Allg. Nr. 206, 5. Mai 1887. — Das Berl. Tagebl. Nr. 220, 2. Mai 1887 äußerte Zweifel

Damit war das eingetreten, was Kálnoky „am meisten befürchtete". Graf Andrássy hatte sich „eingemengt". Kálnoky war diese ganze „wieder mit der in Berlin angewohnten Rücksichtslosigkeit angezettelte Affäre äußerst unangenehm", vor allem wegen der bevorstehenden Wahlen für Tisza [271]).

Er versuchte die Angelegenheit mit aller Gewalt zu „stoppen" und erklärte sich bereit, selbst Preßdirektiven zu geben [272]).

Das erschien Bismarck sehr willkommen, denn er wünschte eine möglichst breite Behandlung in der Presse, um endlich den „panslawistischen Mythus" zu zerstören [273]). Aber alle Maßnahmen Österreichs gingen ihm zu langsam, zumal Kálnoky sich auch noch beklagte, daß er nicht vor den weitgehenden Veröffentlichungen der Norddeutschen Allgemeinen über ihre Art und ihr Maß gehört worden sei.

Kálnoky fürchtete besonders, daß ein Preßgefecht zwischen Pest und Berlin wieder zu hämischen Bemerkungen über das österreichisch-deutsche Bündnis führen werde [274]). Er beklagte sich Reuß gegenüber, daß Andrássy „garnicht zu überwachen sei und Herrn v. Tisza Gott weiß was für Märchen aufbinde" [275]).

Bismarck konnte die Unbequemlichkeit der Situation für Kálnoky wohl verstehen. Aber nach der Lage, in der er sich selbst seit der Einleitung der Verhandlungen mit Rußland über den Rückversicherungsvertrag befand, mußte es ihm nützlich erscheinen, Österreich wie Rußland gegenüber offenes Spiel zu treiben, um weder in Rußland noch in Österreich-Ungarn falsche Hoffnungen aufkommen zu lassen [276]).

Bismarck hatte bei den Verhandlungen mit Schuwalow ohne die Einwilligung Österreichs Aufklärung geben müssen über den Vertrag von 1879; dem Verdacht eines „verdeckten Spiels" konnte er sich jetzt nur entziehen, wenn er eine offizielle Veröffentlichung des Bündnisses von 1879 durchsetzte [277]). Sie wurde am 8. Mai in Wien beantragt. Reuß sollte die treue Beachtung geschlossener Verträge als ein Gebot deutschen Interesses wiederholt hervorheben. Bismarck rechnete mit dem Verständnis

---

an der Richtigkeit des von Andrássy inspirierten Artikels: „Graf Andrássy, welcher vor Jahren einmal eine türkische Note aus Versehen 14 Tage lang ungelesen in seinem Schlafrock stecken ließ, kann auf den Ruhm eines ausgezeichneten Gedächtnisses keineswegs Anspruch erheben."

[271]) St. A. Privatschr. Kálnokys an Wolkenstein, 7. Mai 1887. Er urteilt über Andrássy: „Bei dem wenig exakten Gedächtnis, welches er überhaupt für Geschäfte besitzt, und ohne Aktenbehelfe, war vorauszusehen, daß dies zu einer ungeheuren Verwirrung führen würde."

[272]) Pol. Arch. Ber. Nr. 216 aus Wien, 30. April 1887.

[273]) Pol. Arch. Erlaß nach Wien, Nr. 237, 4. Mai 1887.

[274]) Das geschah schon am 4. Mai, N. Freie Presse, Nr. 8148.

[275]) Pol. Arch. Ber. Nr. 221 aus Wien, 5. Mai 1887.

[276]) Vgl. Becker, S. 94 f.

[277]) Vgl. Rachfahl, S. 692 ff., besonders S. 693.

Kálnokys für die Nachteile einer Geheimhaltung der Verträge von 1877 und 1879 [278]).

Das Verhalten Bismarcks in der Preßfehde findet also seine tiefere Begründung darin, daß er sie einem doppelten Zweck dienstbar machen wollte. Es bot sich hier eine günstige Gelegenheit, einerseits dem panslawistischen Treiben Einhalt zu gebieten und das Verhältnis Deutschlands zu Rußland zu klären, andererseits die Frage der Veröffentlichung geheimer Verträge überhaupt anzuschneiden und dabei vielleicht von Österreich die Zustimmung zur Bekanntmachung des Zweibunds zu erreichen, auf die Bismarck nach seiner Indiskretion gegenüber Schuwalow besonderen Wert legte, um nicht in falsches Licht zu kommen. Die Veröffentlichung der Abmachungen von 1877 wurde gewissermaßen vorgeschoben, um die Einwilligung Österreichs zur Veröffentlichung des Vertrages von 1879 zu erhalten. Wenn dabei gleichzeitig eine Klärung des Bundesverhältnisses zwischen Österreich und Deutschland erfolgte, so war sie Bismarck nur erwünscht; denn wir wissen, zu welchen unerfreulichen Zwischenfälsen die falsche Auffassung vom Bündnis mit Deutschland schon geführt hatte.

Das zweite Ziel, das Bismarck bei der Preßfehde vor Augen stand, wurde in Wien natürlich nicht erkannt; daher mußte das Verhalten Bismarcks dort befremden, und man nahm die Angelegenheit, wie wir schon sahen, als einen neuen Beweis der bekannten Bismarck'schen „Rücksichtslosigkeit" [279]).

Graf Andrássy, der noch immer in dem Wahne lebte, daß in der Preßkampagne gegen die russischen Panslawisten eine Spitze gegen ihn liege, hatte sich zu Reuß beklagt, daß durch die bisherigen Publikationen seine Politik „nicht ins richtige Licht gestellt worden sei" [280]). Andrássy und Kálnoky wünschten, daß diese Fehde unterbleibe, da sie in Ungarn verstimme [281]).

Andrássy vereinbarte schließlich mit Reuß den Entwurf eines Communiqués, das nach Andrássys Wunsch in der Nordd. Allg. Ztg. zur Veröffentlichung kommen sollte [282]).

---

[278]) Gr. Pol. V, 1101; zur Ergänzung: Pol. Arch., Auszug aus Erlaß Nr. 244 nach Wien.

[279]) Wenn wir sie in dieser Beleuchtung sehen, gewinnt die Preßfehde im Rahmen der allgemeinen Politik Bismarcks an Bedeutung, und wir können es verstehen, daß Bismarck die Erlasse in dieser Angelegenheit zum großen Teil eigenhändig entworfen und zu den Berichten, wie seine Randbemerkungen beweisen, mit besonderem Interesse Stellung genommen hat.

[280]) Pol. Arch. Ber. aus Wien, 8. Mai 1887. Das „nicht" von Bismarck „eingeklammert"! —

[281]) Vgl. d. Bem. d. Kaisers Franz Joseph zu dem Ber. Nr. 51 aus Berlin, 4. Mai 1887: „Es wäre Zeit, in Berlin mit weiteren Publikationen aufzuhören, die absolut keinen Nutzen haben und nur überall aufreizen."

[282]) St. A. Erlaß Kálnokys nach Berlin, 9. Mai 1887.

Fürst Bismarck „bedauerte ungemein", seine Zustimmung zur Veröffentlichung versagen zu müssen, da das nur aussehen könne wie eine „Kapitulation vor dem russischen Lügengewebe und wie ein Bekenntnis, daß man deutscherseits in dem, was bisher geschah, zu weit gegangen sei" [283]). Er konnte den Standpunkt Kálnokys nicht verstehen, der eine so günstige Gelegenheit, „nicht mehr zur Folie für Andrássy zu dienen", ungenützt vorübergehen ließ [284]).

Wenn es Andrássy schmerzlich berührte, daß es so aussehen könne, als habe er hinter dem Rücken Deutschlands mit Rußland paktiert, während er doch „die Freundschaft mit Deutschland als Objektiv seiner Politik betrachtet habe", so konnte sich Bismarck nicht enthalten, zu bemerken: „Wir noch heute, nur wollen wir nicht der Potsdamer in der Gemeinschaft sein" [285]).

Wenn Andrássy die Bemerkung der Norddeutschen-Allgemeinen, daß es Deutschland ganz gleichgültig sein könne, wem Bosnien oder andere Gebietsteile gehörten, bedauerte, so ging der Standpunkt Bismarcks aus der Bemerkung hervor: „Mit Recht, die Gebiete sind uns an sich gleichgültig, z. B. Galizien, den österreichischen Besitz an denselben vertreten wir."

Schließlich hielt Bismarck die ganze Empfindlichkeit Österreichs für „künstlich gemacht", die österreichische Politik ließ sich nach seiner Auffassung viel zu sehr durch Rücksichten auf die Presse leiten; mit der Bemerkung: „Unsere Politik hat nicht Eindruck auf Zeitungsleser, sondern Bekämpfung unserer gemeinsamen Gegner in Rußland zum Zweck", rechtfertigte Bismarck sein Verhalten [286]).

Herr v. Giers versprach sich übrigens nach Mitteilung Lobanows auch nicht viel von der Pressepolemik, er glaubte nicht, daß man einen Einfluß auf die öffentliche Meinung Rußlands gewinnen könne, aber Bismarck war anderer Ansicht; es werde gewiß nicht sehr schnell gehen, aber „es würde gehen, wenn man uns in Wien dabei beistände, anstatt persönliche Empfindlichkeit zu kultivieren" [287]).

Es fehlte in Österreich, wohl unter dem Einfluß der Verhandlungen Reuß' mit Kálnoky und Andrássy, doch nicht an Stimmen, die der Handlungsweise Bismarcks gerecht wurden. In einem Artikel des Pester Lloyd vom 7. Mai war schon ein bedeutendes Einlenken zu merken,

---

[283]) St. A. Chiffretelegramm Széchényis Nr. 49, 10. Mai 1887. Vgl. a.: Pol. Arch., Ber. a. Wien v. 8. Mai 1887; Bismarck machte zu dem Entwurf Andrássys die Randbemerkung: „Fällt mir nicht ein!"

[284]) Pol. Arch. Randbemerkung Bismarcks zum Ber. aus Wien Nr. 228, 9. Mai 1887.

[285]) Vgl. a. zum Folgenden: Anm. 284, Randbem. Bismarcks.

[286]) Randbemerkung Bismarcks zum Ber. Nr. 230 aus Wien, 9. Mai 1887. Pol. Arch.

[287]) Randbemerkung Bismarcks zu Ber. 229, 9. Mai 1887, Pol. Arch. Nach Ber. aus Petersburg Nr. 172, 11. Mai 1887, Pol. Arch., mußte Giers doch anerkennen, daß sich das Urteil über Deutschlands Einfluß auf die Balkanpolitik berichtigt und gemildert habe.

und in der offiziösen Wiener „Presse" vom 10. Mai 1887 wurde in einer Korrespondenz aus Berlin „Gradheit und Offenheit" als Grundzug der Bismarckschen Politik hingestellt. In der gleichen Richtung gingen Veröffentlichungen des „Fremdenblatts", der „Politischen Korrespondenz" und der „Neuen Freien Presse", sie waren wahrscheinlich vom Ministerium des Äußeren veranlaßt [288]).

Auch aus Petersburg kam die Nachricht, daß die dortigen Zeitungen einen Wink erhalten hätten, die Polemik einzustellen [289]). Allerdings blieb man sowohl in Petersburg wie in Wien bei dem Standpunkte, daß eine Bekanntgabe der geheimen Verträge von 1876/77 durch die Presse nicht erwünscht sei [290]). Der Zar bestimmte nur, daß auf mündliche Anfrage fremder Vertreter geantwortet werden sollte, die in Berlin veröffentlichten Angaben seien richtig.

In Wien stimmte man der Veröffentlichung des Bündnisses von 1879 im Prinzip zu, nur wollte man bei der Veröffentlichung das Hauptgewicht auf das Fortbestehen des Bündnisses legen [291]). Mit dieser Auffassung war Bismarck jedoch nicht einverstanden, denn „das würde doch einer Drohung gegen Rußland nahekommen, jedenfalls den Entschluß zu dauerndem Mißtrauen gegen Rußland bekunden". „Mit monarchischem Österreich ginge das, aber wohin können ungarische Majoritäten und französierende Ungarn uns führen?" [292]).

Die weiteren Verhandlungen führten dann dazu, daß Bismarck Österreichs Zustimmung zur Bekanntgabe des Vertrages von 1879 und damit die nötige Bewegungsfreiheit für den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages erhielt [293]). Er hatte damit eins seiner Ziele erreicht.

Dagegen beharrte man in Wien nach wie vor bei der Weigerung, die russisch-österreichischen Abmachungen von 1876/77 zu veröffentlichen [294]). Man begründete diese Weigerung vor allem damit, daß man die Mißstimmung in der Türkei befürchte, wenn der Sultan erfahre, „daß sich die beiden Kaiser bereits in seine Haut geteilt und auf die Eventualität des Zerfalls des osmanischen Reiches spekuliert hätten" [295]).

Nicht zuletzt sprach für Österreich-Ungarn immer wieder die Rücksicht auf die Verhältnisse im eigenen Lande gegen eine Ver-

---

[288]) Pol. Arch., Ber. Nr. 233, Wien, 12. Mai 1887.

[289]) Pol. Arch., Ber. Nr. 178, Petersburg, 12. Mai 1887.

[290]) Pol. Arch., Chiffrebericht 176; Petersburg, 11. Mai.

[291]) Gr. Pol. V, 1102.

[292]) Pol. Arch. Randbem. z. Ber. a. Wien Nr. 232, vgl.: Gr. Pol. V, 1102.

[293]) Vgl.: Gr. Pol. V, 1102—1104, 1105 u. 1106, 1109—1112 u. 1078, vgl.: Becker. S. 95—96; die endgültige Veröffentlichung erfolgte am 3. Februar 1888.

[294]) Vgl. auch zum Folg.: Pol. Arch. Ber. 232 aus Wien, 11. Mai 1887. In Gr. Pol. V, 1102 nur im Auszug wiedergegeben.

[295]) Dazu die Randbem. Bismarcks: „Der Sultan ist froh, wenn er behält, was er heute noch hat. Sollten die Russen nicht das alles schon in Konstantinopel verwertet haben?".

öffentlichung. Man hielt Tisza für den einzigen, der imstande war, Ungarn bei der schlechten pekuniären Lage zu beherrschen. Ferner mußte man Tisza auch deshalb stützen, weil er der wärmste Anhänger des deutsch-österreichischen Bündnisses war. Kálnoky betonte in Gesprächen mit Reuß besonders das Bündnis- und Friedensinteresse Österreichs. Selbst in einem siegreichen Kampfe gegen Rußland könne Österreich immer nur eine „momentane Schwächung dieses Kolosses" erreichen. Bei einer Wiederherstellung Polens, wie sie im Kriegsfalle voraussichtlich eintreten müßte, werde Österreich „noch schlechter fahren als Deutschland". Den letzten Grund konnte Bismarck durchaus nicht anerkennen, für ihn stand es fest, daß „Polen eine österreichische Dépendence werden würde" [296]).

Auch die Ansicht des Zaren über die Veröffentlichung der geheimen Abmachungen mit Österreich hatte sich geändert; das geschah besonders unter dem Einfluß der Katkow-Tatistschewschen Veröffentlichungen in den Moskowskija Wedomosti vom 11. Mai 1887. Giers betrachtete die Situation seitdem sehr pessimistisch. Gegen Katkow war er machtlos, wenn freilich auch der Zar meinte: „Fürst Bismarck hat Verstand genug, um zu wissen, daß ich nicht mit Katkow gehen werde" [297]).

Mit Österreich teilte man den Standpunkt, daß zweiseitige Verträge nur mit Zustimmung beider Kontrahenten veröffentlicht werden könnten. Ferner fürchtete man, daß die dauernde Diskussion über frühere geheime Verträge und Verhandlungen auch die späteren ans Licht bringen könne [298]).

So führte die Preßfehde wohl zu dem Ergebnis, daß Bismarck die Zustimmung Österreichs zu der Veröffentlichung des Zweibunds von 1879 erhielt; sie trug ferner dazu bei, in manchem eine Richtigstellung der österreichischen Auffassung über das Bündnis mit Deutschland zu befördern, aber eine dauernde Einwirkung auf die öffentliche Meinung Rußlands und damit eine Beruhigung des östlichen Gefahrenherdes erreichte sie nicht.

Die Lage im Osten spitzte sich vielmehr im Laufe des Jahres 1887 weiter zu, so daß Österreich und Deutschland vor der schwierigen Entscheidung standen, ob man einen Angriff Rußlands abwarten oder einen Präventivkrieg führen solle.

IV. Die Haltung der Polen 1887

Wir hatten uns im Laufe unserer Darstellung schon einmal die Stimmung der Polen in den Jahren 1885/86 vergegenwärtigt [299]); es

[296]) Randbemerkung Bismarcks. Vgl. Anm. 294.

[297]) Pol. Arch., Ber. Nr. 183 Geh., Petersburg, 17. Mai 1887; vgl. a.: St. A. Chiffretelegramm Nr. 79 aus Petersburg, 18. Mai 1887.

[298]) Ein neuer Vorschlag zur Veröffentlichung der österreichisch-russischen Abmachungen, den Bismarck 1888 in Wien machte, wurde von Kálnoky ebenfalls abgelehnt. Pol. Arch., Ber. aus Wien vom 28. Januar 1888.

[299]) Vgl. Kap. II, Abschn. 5, d. Arb.

erhebt sich nun die Frage: Welche Stellung nahmen sie gegenüber der kritischen außenpolitischen Lage von 1887 ein?

Aus unseren früheren Betrachtungen ergab sich, daß die Polen in den drei Teilgebieten und in der Emigration mit Interesse die allgemeinpolitische Entwicklung verfolgten. In Österreich, wo sie als politischer Faktor am stärksten hervortraten, nahmen sie im allgemeinen eine vorsichtige und abwartende Haltung ein, um die außenpolitische Lage der Monarchie, als deren Stütze sie sich ansahen, nicht zu gefährden.

Die konservative polnische Partei Galiziens behielt diesen Kurs der klugen Zurückhaltung weiter bei, sie wußte sich darin einig mit den gemäßigten Elementen unter den russischen Polen. Auch dort ging der Wunsch der Mehrheit dahin, keinen „Anlaß zur Kompromittierung" zu geben [300]).

Freilich fehlte es hier wie dort auch nicht an Organen, welche das Geschäft der Verhetzung weiter betrieben, indem sie in der polnischen Presse übertriebene Gerüchte von russischen und österreichischen Kriegsrüstungen ausstreuten oder Broschüren verbreiteten, in denen die Polen zu einer Wiederherstellung ihres Reiches durch gewaltsame Erhebung aufgefordert wurden [301]). War man in den polnischen Kreisen auch vorwiegend national und russenfeindlich, so wies man doch derartige Torheiten, wenigstens bei der Intelligenz, aus Gründen der Vernunft zurück.

Unsicher blieb die Haltung der polnischen Bauern in Russisch-Polen. Wir hatten gesehen, daß die russische Regierung sich bemühte, den polnischen Bauern gegen den adeligen Großgrundbesitz auszuspielen [302]). Die russische Regierung hatte mit ihren Bestrebungen teilweise Erfolg; denn man war weder im deutschen noch im österreichischen Generalkonsulat sicher, ob sich der polnische Bauer nicht etwa im Falle eines Krieges mit Rußland zu einer Parteinahme für die russische Regierung entschließen würde, während man doch den übrigen Polen mindestens eine abwartende Haltung zutraute [303]).

---

[300]) St. A. Ber. Nr. 3 A (Krauß), Warschau, 25. I. 1887. Hier heißt es u. a.: „. . . auch mein deutscher Kollege, welcher in solchen Fällen dem Scharfblick der russischen Regierungsmänner nachzuhelfen liebt, findet diesmal nichts über das hiesige Polentum zu bemerken" . . .

[301]) Hierher gehört z. B. eine Broschüre: „Noch ist Polen nicht verloren". (Leipzig, bei Findel, 1887). Ihr Verfasser gab den Polen den Rat, im verein mit den Großmächten sich gegen Rußland zu erheben und ein Reich unter dem früheren Fürsten von Bulgarien zu schaffen. Vgl.: St. A., Ber. Nr. 6 C (Krauß), Warschau, 3. März 1887; vgl. a.: Ber. Nr. 11 (Krauß), Warschau, 5. April 1887.

[302]) S. Kap. II, Abschn. 5, d. Arb.

[303]) Vgl. St. A. Ber. Nr. 17 A (Krauß), Warschau, 6. Mai 1887. Hier heißt es: Die Polen würden sich „durch den ersten, vielleicht vorübergehenden Erfolg fremder Waffen noch zu keiner kompromittierenden Unternehmung verleiten lassen" . . . „Wahrscheinlich

Neben den Kriegsgerüchten, die die polnische Bevölkerung in dauernder Spannung hielten und ihr zu Betrachtungen über die Haltung im Kriegsfalle Anlaß gaben, war es weiter das Auftreten Bismarcks, das die Polen immer wieder beschäftigte. Man bedauerte es allgemein, daß die Polen in Posen durch die Herstellung des kirchlichen Friedens ein Kampfmittel gegen Preußen verloren hätten, und man verband in Russisch-Polen damit Erwägungen über die Möglichkeit einer preußischen Regierung in den Weichsellanden nach einem Kriege mit Rußland. Das Urteil fiel nicht zu Gunsten Preußens aus, denn man sagte sich, daß der Widerwille gegen Preußen viel zu stark sei, „als daß er durch die Aussicht auf eine bessere Stellung der katholischen Kirche in Polen besiegt werden könnte" [304]).

Bei der schon gekennzeichneten Richtung der gemäßigten polnischen Elemente fanden Aufrufe, die von der Emigration ausgingen und einen geheimen Zusammenschluß und Bewaffnung der Polen in Galizien und Russisch-Polen forderten, damit man im Kriegsfalle gerüstet sei und gegen Rußland kämpfen könne, im allgemeinen keinen günstigen Boden [305]), wenn man sich auch andererseits klar darüber war, daß die Polen im Falle eines Krieges mit Rußland „nicht untätig bleiben würden" [306]). Sie hofften die Unabhängigkeit Polens — unter dem Protektorat Österreichs — zu erreichen, wenn es zu einem Kriege Österreichs mit Rußland kam. War Deutschland mit in den Krieg verwickelt, so war die Lage allerdings nicht so günstig, denn man dachte, „daß die Freiheit, die die Polen etwa aus den Händen Bismarcks erhielten, nur eine Freiheit zur eigenen Hinrichtung sei" [307]).

Unter den Emigranten in Paris bestand ein leitendes Komitee, das die politische Lage aufmerksam zu beobachten hatte, damit der Augenblick des Handelns nicht versäumt und rechtzeitig für die Beschaffung der nötigen Geldmittel gesorgt werde. Es fehlte auch nicht an Verhandlungen mit offiziellen französischen Kreisen, wahrscheinlich mit Boulanger, die allerdings zu keinem günstigen Ergebnis führten [308]);

---

würden alle nationalgesinnten Elemente einem Kampfe Deutschlands gegen Rußland mit verschränkten Armen zusehen . . .". Vgl. a.: 2815/4 I. B. 1887 und 3517/4 I. B. 1887.

[304]) St. A., Ber. Nr. 13 C (Krauß), Warschau, 15. April 1887.

[305]) Vgl.: 215/4 I. B. 1887, über einen Aufruf des „patriotischen Verbandes der Veteranenkämpfer für die Unabhängigkeit Polens" v. 5. Jan. 1887. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Es ist ein Gebot der Vorsicht, beizeiten die Mittel und Wege zu einem Einverständnis mit jenen zu finden, deren Interessen und Bestrebungen von den unsrigen nicht divergieren . . .".

[306]) Vgl.: 237/4 I. B. 1887.

[307]) S. Anm. 306.

[308]) Vgl. a. z. folg.: 2561/4 I. B. 1887 (14. Aug.) Hier heißt es über die Verhandlungen: „Man offerierte einen polnischen Aufstand in Posen und Ostpreußen bei Ausbruch eines russisch-deutsch-französischen Krieges unter der Bedingung, daß das preußische Polen mit dem eigent-

denn die enge Fühlung Rußlands mit Frankreich war nicht geeignet, die Liebe der Polen zu Frankreich zu stärken. Der Gedanke, daß Frankreich, das die geknechteten Polen als Freunde und Brüder bei sich aufgenommen hatte, nun mit einem Male der Busenfreund Rußlands war, wirkte bei der Emigration verstimmend, zumal den Polen offiziös bedeutet wurde, sich aller revolutionären Pläne zu enthalten, da Frankreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts für Polen tun könne [309]). Man entschloß sich daher in dem leitenden Komitee, auf eine Wiederherstellung Polens durch Österreich hinzuarbeiten; war erst die Vereinigung von Kongreßpolen mit Galizien gelungen, so konnte man bei günstiger Gelegenheit ein unabhängiges Polen „mit Einschluß des preußischen Teils" proklamieren. Natürlich sollte dazu auch Danzig und Schlesien gehören.

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang, daß für Bismarck die Gefahr eines Wiederaufrollens der polnischen Frage nicht zuletzt mitsprach bei seinem Bemühen, einen Krieg mit Rußland auf jeden Fall zu vermeiden [310]). Die letzten Betrachtungen können uns als ein weiterer Beleg dafür dienen, wie berechtigt seine Befürchtungen waren.

V. Zusammenfassung und Ausblick

Wir sind am Schluß der Darstellung angelangt.

Von den Fragen der großen Politik, die den weiteren Rahmen der vorliegenden Arbeit bildete, stand das österreichisch-deutsche Bündnis im Vordergrunde der Betrachtung. Hierbei wurde der Hauptwert auf die Betonung der besonderen Stellung, die Österreich-Ungarn innerhalb des Bismarckschen Bündnissystems zukam, gelegt. Es bot sich Gelegenheit zu zeigen, daß das österreichisch-deutsche Bündnis, trotz mancher Schwankungen und trotz mancher Mißverständnisse auf beiden Seiten, für Bismarck doch den unverrückbaren Mittelpunkt des politischen Kräftespiels bildete. Aus der Kritik von verbündeter Seite fiel dabei mancher neue Gesichtspunkt für die Beurteilung der beteiligten Staatsmänner ab.

Wir haben die Geschichte des Jahres 1887 an einem Punkte verlassen, der in sich die Keime künftiger Entscheidungen trug [311]).

---

lichen Königreiche Polen zu einem neuen Polen vereinigt werde". Die französische Regierung habe keine Bedenken dagegen gehabt. „Eine Erklärung Rußlands blieb vorbehalten. Dieselbe soll in denkbar schroffster Form durchaus ablehnend ausgefallen sein . . .". „Der französischen Regierung wurde angedeutet, auf alle polnischen Verhandlungen zu verzichten, wenn sie die ernste Absicht habe, mit Rußland eine Allianz einzugehen, und sie hat wirklich verzichtet . . .".

[309]) Vgl. a.: 2653/4 I. B. 1887 und 2739/4 I. B. 1887.

[310]) Vgl.: Kap. II. d. Arb.

[311]) Wie zu Anfang hervorgehoben wurde, ist die vorliegende Darstellung als ein Ausschnitt aus einer größeren Arbeit aufzufassen. In ihr

Am Ende des Jahres 1887 beherrschte die Frage der Kriegsmöglichkeit die europäische Diplomatie. Das Bündnissystem Bismarcks erfuhr seine Belastungsprobe, und Bismarcks diplomatische Kunst zeigte sich auf der Höhe ihrer Meisterschaft.

Nur mit Mühe gelang es ihm, den Ausbruch des „Weltkrieges von 1887" zu verhindern. Er hatte dabei einen besonders schweren Stand, weil er einerseits den Rüstungen zu einem Kriege, der monatelang drohend am Horizont stand, im Interesse der Sicherheit Deutschlands und vor allem des verbündeten Österreichs nicht entgegentreten durfte, weil er andererseits alle Energie aufwenden mußte, um dem Drängen des Generalstabs zu einem Präventivkrieg nicht nachzugeben.

Es kam zu militärischen Vereinbarungen zwischen dem preußischen, dem österreichisch-ungarischen und dem italienischen Generalstabe in Berlin und Wien; es ergab sich die Notwendigkeit, in den Verhandlungen mit Österreich über den Casus foederis eine endgültige Klärung des Bundesverhältnisses herbeizuführen [312]).

Dem aufmerksamen Beobachter zeigten sich damals im Berliner Auswärtigen Amt schon die Spuren einer neuen Richtung und einer neuen Zeit, die zum Teil mit der Politik Bismarcks nicht einverstanden war und ihr entgegenzuarbeiten suchte [313]).

---

werden einzelne Fragen, die im Rahmen dieser Abhandlung nur angedeutet wurden, weiter auszuführen sein.

[312]) Vgl. St. A., Ber. Nr. 15 B (Széchényi), streng geh., Berlin, 6. März 1888. Széchényi sagt dort: „. . . zwei gesonderte Richtungen bestehen: Jene der Vergangenheit und der Gegenwart, welche entscheidet, und die der Zukunft, welche sich unterordnet, aber still und unauffällig ihren Einfluß geltend macht."

[313]) Das deutsche Aktenmaterial für diese Zeit der politischen Hochspannung ist vor allem im 6. Bd. der „Gr. Pol. der europäischen Kabinette" enthalten. Bei der weiteren Fortführung der vorliegenden Abhandlung werden österreichische Akten herangezogen werden, die eine wesentliche Ergänzung zu den deutschen Akten darstellen.

Lebenslauf

Am 16. Mai 1892 bin ich, Hermann Johannes Behrendt, evangelischen Bekenntnisses, als Sohn des 1900 verstorbenen Amtsgerichtssekretärs Hermann Behrendt in Schrimm (Prov. Posen) geboren.

Nachdem ich Ostern 1911 am humanistischen Gymnasium in Schrimm die Reifeprüfung bestanden hatte, studierte ich Geschichte, Germanistik, Philosophie und Religion auf den Universitäten Berlin und Breslau.

Mein Studium wurde durch den Krieg unterbrochen. Ich trat im August 1914 als „Kriegsfreiwilliger" ein und kam im Oktober 1914 ins Feld. Bis zum Februar 1919 stand ich im Heeresdienst.

Am 23. Februar 1918 wurde ich zur Kriegsprüfung für das Lehramt an Höheren Schulen zugelassen; infolge des politischen Umsturzes von 1918 konnte ich aber die Prüfung erst am 15. November 1919 (nach der Prüfungsordnung von 1898) in Breslau ablegen.

Im August 1921 bestand ich in Schneidemühl die Pädagogische Prüfung und im Mai 1923 eine Erweiterungsprüfung in Breslau.

Mein Dienstalter im Höheren Schuldienst ist auf den 1. April 1918 festgesetzt. Ich besitze die Lehrbefähigung für Geschichte, philosophische Propaedeutik, Deutsch und Kunstgeschichte.

Seit September 1920 bin ich am „Deutschen Gymnasium" zu Posen (Polen) angestellt.

Einen Urlaub, den ich am 1. April 1925 zu Studienzwecken erhielt, benutzte ich zu weiterem Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Marburg.

Herrn Professor Häpke-Marburg verdanke ich die Anregung zur Archivarbeit in Wien und Berlin, die ich vom Juli bis November 1925 betrieb.

Gedruckt bei F. E. Haag, Melle.